

RECHTER WAHLKAMPF

H 8040 F
ISSN 1619-1404
24. Jahrgang
Nummer 144
September | Oktober 2013
3,00 Euro

der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen

Liebe Leserinnen und Leser,

kurz vor der Bundestagswahl 2013 und 21 Jahre nach den rassistischen Pogromen in Hoyerswerda und Rostock rückt nun mancherorts die »Flüchtlingsfrage« wieder auf die Tagesordnung. Berlin-Hellersdorf ist derzeit das bekannteste Beispiel. BürgerInnen gehen gegen die Flüchtlinge in ihrer Nachbarschaft vor, die Stimmung ist rassistisch aufgeheizt – ein widerliches Milieu. Auch der ein oder andere rechte Arm hebt sich – Neonazis aller Couleur wissen das zu nutzen, organisieren Kundgebungen und Aufmärsche. Mittlerweile hat sich auch die Bundespolitik zu Wort gemeldet. Doch war das, was Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) dazu gesagt hat, nicht eben deeskalierend. Auch hier scheint es nach 20 Jahren bei einigen in der Politik – wie beim Skandal um die Nazimörder des »Nationalsozialistischen Untergrunds« – wenig Lerneffekte gegeben zu haben. Ignoranz? Desinteresse? Kalkül? Interessant ist dagegen, dass sich offenbar auch die großen Medien heute anders verhalten als während der rassistischen Ausschreitungen Anfang der 1990er Jahre und bei der Debatte um die Abschaffung des Rechts auf Asyl.

In der vorliegenden Ausgabe beschäftigen wir uns ausführlich mit den Parteien der extremen Rechten, die zur Bundestagswahl antreten. Neben den beiden rechten Altparteien NPD und »Die Republikaner« finden sich dort auch einige skurrile Vereinigungen und Neugründungen. Am meisten Chancen, wenn auch nur geringe Optionen auf einen Einzug in das Parlament kann sich die »Alternative für Deutschland« (AfD) ausrechnen. Als reine Anti-Euro-Partei gestartet, versucht die AfD nun an Profil zu gewinnen und besetzt auch klassisch konservative Themen, wie Einwanderung oder die Nation. Das ist auch für etliche AktivistInnen vom rechten Rand attraktiv, die ihr politisches Glück innerhalb oder im Umfeld der jungen Partei suchen. Ob es sich hier nur um Einzelfälle handelt, wie die Partei behauptet, oder um gezielte Einflussnahme ist bisher noch unklar. Anders als kurzlebige rechte »Protestparteien« könnte die AfD ein längerfristiges Phänomen werden. Beim Personal der Partei »Die Rechte«, aufgebaut vom ehemaligen »Freien Kameraden« Christian Worch, gibt es dagegen keinen Zweifel über die politische Herkunft und Gesinnung. Neben einigen ehemaligen FunktionärInnen der DVU haben hier vor allem ehemalige Mitglieder verbotener Organisationen eine neue, derzeit noch legale Heimat gefunden.

Sommerzeit ist Festivalzeit – auch für die Fans von RechtsRock und völkischen LiedermacherInnen. Dieses Jahr gab es wieder zahlreiche Versuche, Musik und Politik unter freiem Himmel zu vereinen. Erfreulich ist, dass diese Veranstaltungen – lange Zeit Publikumsmagnete für die Szene – derzeit auf rückläufigen Zuspruch treffen. Wir berichten über RechtsRock-Festivals und wagen Einschätzungen.
In Gesprächskreisen, Salons, Zeitschriften und an Hochschulen sammelt sich die »Neue Rechte«. Ihre Themen kreisen, zwar in wechselnder Verpackung, um Identität und Volk und die Hoffnung auf den großen Wurf zur Rettung des »Abendlandes« – auch das ist wieder Thema im aktuellen Heft. Den Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag, der am 2. September im Parlament abschließend diskutiert wurde, werden wir dagegen erst in der kommenden Ausgabe auswerten. Denn dann gilt es, umfassend Rückblick auf zwei Jahre Wissen um den NSU und den bisherigen Stand der Aufklärung zu werfen. Doch bei alldem, was bis heute herausgefunden wurde, zeigt sich immer wieder: Geändert hat sich im Gefüge des Staates wenig.

Herzlich unwillkommen

»Alarmierend«: Mit seiner deutlichen Wortwahl sprach Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich Mitte August 2013 zu den laufenden Auseinandersetzungen eine klare Warnung aus. Knapp fünf Wochen vor der Bundestagswahl meinte der Minister damit aber nicht die anhaltenden Proteste gegen Flüchtlingsheime von Berlin bis Wolgast.

von Andreas Speit

Am 14. August warnte der CSU-Politiker mit Bundesamt: »Im Juli haben 9.516 Menschen Asyl in Deutschland beantragt, mehr als doppelt so viele wie die 4.498 des Vorjahresmonats« und er schob nach: »Wir werden noch in diesem Jahr die Marke von 100.000 Asylerstanträgen erreichen.« Da hetzte in Berlin-Hellersdorf bereits seit Wochen eine Bürgerinitiative im Internet gegen die Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft und die NPD mobilisierte vor Ort auf die Straße. Bei einer BürgerInnenversammlung am 9. Juli 2013 durfte die Berliner Landesvorsitzende des »Ring Nationaler Frauen« (RNF) Maria Frank reden. Mit hasserfülltem Gesicht und erhobenem rechten Arm zeigte sich zudem ein AnwohnerInnenprotest in den bundesweiten Medien. Auch »PRO Deutschland« lief im Stadtteil auf, um den AnwohnerInnen zu versichern, ein Kreuz bei ihnen sei ein »Nein« zu der Flüchtlingsunterkunft.



^ *Maria Frank redet bei einer BürgerInnenversammlung gegen das Flüchtlingsheim in Hellersdorf*

Stimmungsmache gegen Flüchtlinge

In Deutschland haben seit den 1990er Jahren Menschen immer seltener Schutz vor Krieg, Not und Elend gesucht. Von über 100.000 im Jahre 1997 ist die Anzahl derer, die versuchen, Asyl zu erhalten, fast kontinuierlich gesunken. Erst seit 2008 streben wieder mehr Menschen Asyl an, was bei einem Blick über die Grenzen Deutschlands und die Mauern Europas nicht überrascht: Die aktuelle Entwicklung in Deutschland geht mit den laufenden Krisen in der Welt einher, wie Flüchtlingsorganisationen hervorheben: Aus Tschetschenien kommen die meisten Schutzsuchenden, gefolgt von Flüchtlingen aus Syrien und Afghanistan. Den Opfern nationaler und globaler Konflikte verspricht Friedrich nicht viel. Vielmehr versicherte er im August der deutschen Öffentlichkeit, die Asylverfahren zu beschleunigen: »Ich habe angeordnet, alle Kräfte darauf zu konzentrieren, dass die Asylverfahren schneller durchgezogen werden.« Dass nur etwa ein Zehntel der Menschen schon jetzt überhaupt Asyl erhält, verschweigt der Minister. »Populistische Stimmungsmache« nannte prompt Katrin Göring-Eckardt diese ministeriale Rhetorik. »Wir müssen uns mit den Ursachen von Flucht auseinandersetzen, anstatt mit Hardliner-Rhetorik die realen Ursachen zu verleugnen«, mahnte die Bundestagsspitzenkandidatin der Grünen. Ach ja, na klar, das musste doch von so einer Person kommen, dürfte im rechten Milieu zwischen Wut und Neid gedacht werden. Frau, Grüne und Präses der Synode der »Evangelischen Kirche in Deutschland«. Ein »ewiggestriger Gutmensch«, der von der multikulturellen Bereicherung träume. Nicht erst seit Thilo Sarrazin bringt die bundesrepublikanische Ressentiment-Gemeinschaft solchen »Träumereien« Verachtung entgegen – und diese Gemeinschaft ist groß.

Materialisierung der Empirie

Seit Jahren offenbaren Studien der Forschungsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker, dass 37,2 Prozent der Befragten denken, die Bundesrepublik sei durch die »vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet« und 36 Prozent glauben, »die Ausländer« kämen nur hierher, »um unseren Sozialstaat auszunutzen«. Die Studiengruppe um Wilhelm Heitmeyer zeigt auch längst auf, dass 44,2 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass »Sinti und Roma« zur »Kriminalität neigen« und 46,7 Prozent glauben, »die meisten Asylbewerber« würden in ihren »Heimatländern« nicht wirklich »verfolgt«. Kurz: Die Proteste sind Materialisierungen der Empirie.

Schon weit vor den Protesten in Hellersdorf gegen Flüchtlinge artikulierte sich Widerstand gegen »Fremde« wie in Barsinghausen, Bremen, Duisburg, Hamburg, Reichertshofen oder Wolgast. Berlin ist aber Berlin. Kaum ist der Protest in der Bundeshauptstadt sichtbar, nimmt ihn die Bundespolitik wahr. »Man muss die Sorgen der Anwohner ernst nehmen«, erklärte am 21. August Wolfgang Bosbach, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, denn den »Rechtspopulisten« dürfe »das Thema« nicht überlassen werden. Der CDU-Bundestagsabgeordnete weiß auch gleich – wie der CSU-Bundesinnenminister – was geboten ist: mehr Personal, um die Asylverfahren zu beschleunigen.

»Rohe Bürgerlichkeit«

Ihre mangelnde Empathie für Menschen in Not verbirgt die ökonomische und gebildete Mitte der Gesellschaft längst nicht mehr. Keine vulgäre Rhetorik, vielmehr moderate Formulierungen sind zu vernehmen. »Ich habe nichts gegen Ausländer, aber ...«, so leiten diese »Aber-Satzbau-Konstrukteure« ihre Ressentiments ein. Diese »Abers« halten die NPD-Plakat-Parole »Sicher leben. Asylflut stoppen« für primitiv, den Plakat-Slogan der »Alternative für Deutschland« (AfD) »Einwanderung ja. Aber nicht in unsere Sozialsysteme« allerdings für überlegenswert. »Man muss doch auch mal«, ist eine ihrer weiteren Standardformulierungen. Mit dem »Mut zur Wahrheit« plakatiert die AfD dann auch: »Wir sind nicht das Weltsozialamt.« Diese rechten WutbürgerInnen stehen denn auch nicht mit der NPD und erhobenem Arm vor einer Flüchtlingsunterkunft – sie lassen AnwältInnen handeln.

Das ist eine »rohe Bürgerlichkeit« (Heitmeyer), die sich auch im »Bionade-Bürgertum« wieder findet. »Aber die Kulturen sind doch so unterschiedlich« wird auch bei Bio-Rind und eigenen Bio-Gartenkarotten schwadroniert. In den Mainstreammedien wird dieser radikale Hass und diese distinguierte Abwehr allerdings nicht sehr befeuert. 2013 ist nicht 1992/93, wo Medien und Politik AnwohnerInnen, die Molotowcocktails auf Flüchtlingsunterkünfte warfen, viel Verständnis entgegen brachten. Selbst »Bild« versuchte bei dem Protest einer biederen Bürgerinitiative in Berlin-Charlottenburg gegen Flüchtlinge dagegenzuhalten. Eine gebotene Zurückhaltung, die der Bundesinnenminister missen ließ. Vielleicht widerstand Friedrich einfach nicht der Versuchung, WählerInnenklientel von rechts für ein Kreuz gewinnen zu wollen. Dass er auf diese Weise gesellschaftliche Ressentiments zementiert, stört nicht.

Abgerissene Partei

»Die Republikaner« befinden sich seit Jahren im Niedergang – doch tot sind sie noch lange nicht.

von Ernst Kovahl



Wer abseits von Wahlkämpfen etwas über »Die Republikaner« (REP) erfahren möchte, ist auf das Internetangebot der Partei oder die neu-rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« angewiesen. Während sich sonst in der extremen Rechten niemand mehr für die Partei interessiert, veröffentlicht das Blatt noch immer regelmäßig die Pressemitteilungen der REP. Bundesweit liegt die Organisation seit Jahren am Boden. Von einst 25.000 Mitgliedern (1989) waren Ende 2011 nur noch rund 5.500 übrig. Auch das Spitzenpersonal ist öffentlich nahezu unbekannt. Nur der Dauervorsitzende Rolf Schlierer, Jurist und Burschenschaftler aus Stuttgart, und sein Stellvertreter Johannes Gärtner treten jenseits lokaler Akteure noch gelegentlich wahrnehmbar in Erscheinung. Die langjährige stellvertretende Bundesvorsitzende Uschi Winkelsett, die eine wichtige Figur war, trat 2011 aus. Sie lehnte die vom Bundesvorstand angestrebte Zusammenarbeit mit »Pro NRW« ab.

Durchhalteparolen

Zwar verfügt die 1983 gegründete Partei noch in allen Bundesländern über Landesverbände, doch manchmal gibt es nur noch AnsprechpartnerInnen vor Ort – arbeitsfähige Strukturen fehlen dort. Zur Bundestagswahl gelang es den REP nicht, flächendeckend anzutreten. Nur in zehn Bundesländern stehen sie auf den Wahlzetteln. Dennoch verkündete der stellvertretende Bundesvorsitzende stolz, 85 Prozent der Wahlberechtigten könnten ihr Kreuz bei der Partei machen. Das sind bloße Durchhalteparolen im politischen Geschäft, die den Niedergang nicht kaschieren können. Während die REP in ihren besten Zeiten zweistellige Ergebnisse auf Landesebene holten, liegen sie nun in der Regel unter der 1 Prozent-Marke. Selbst in ihren Hochburgen konnten sie bei den letzten Landtagswahlen nicht einmal mehr Achtungserfolge erzielen: In Baden-Württemberg 1,1 Prozent (2011) und in Bayern 1,4 Prozent (2008).

Am Stammtisch

Auch die parteieigene Publizistik ist in schlechtem Zustand. Hatte die Monatszeitung »Der Republikaner« einst eine Auflage von bis zu 95.000 Exemplaren (1992), existiert heute nur noch die sporadisch erscheinende vierseitige Zeitung »Zeit für Protest« zum Download im Internet. Auch das Werbematerial, das von der parteieigenen »BRV Verlags- und Vertriebs GmbH« angeboten wird, wirkt lieblos und veraltet. Hier wird klar: Politik findet bei den REP vor allem am Stammtisch statt. Im Partei-Shop gibt es Aschenbecher, ein Skat-Blatt, einen Stammtisch-Wimpel und Weißbiergläser mit dem Parteilogo. Thematisches Material dagegen gibt es fast gar nicht. Im Internet macht die Partei dagegen einen lebendigen Eindruck. Die Website ist zu Wahlkampfzeiten aktuell, es gibt Videos bei Youtube und knapp 15.000 Fans auf Facebook. Für eine verstaubte und wenig attraktive Partei eine gute Zahl.

Kommunalpolitik

Das wichtigste, wenn auch mittlerweile wackelige Standbein der REP ist ihre Präsenz in Kommunalparlamenten. Hier sitzen ihre VertreterInnen seit Jahren in Stadträten und Kreistagen und gelten zumeist nicht als AußenseiterInnen. In den kommunalen Gremien widmen sie sich praktischer Politik und den Sorgen der Menschen vor Ort. In den südwestdeutschen Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz lagen die Hochburgen, die sie auf niedrigstem Niveau bis heute verteidigen. In Rheinland-Pfalz sind es derzeit noch 20 kommunale Mandate, in Hessen 23. Verfügten die REP 2009 noch bundesweit über 235 kommunale Mandate, so liegt die Partei heute weit darunter – doch belastbare Zahlen liegen nicht vor.

Kern: Rassismus

Bei der Bundestagswahl und den Landtagswahlen in Bayern und Hessen wollen die REP als »freiheitlich-konservative Partei« und als Konkurrenz zu den »Altparteien« erscheinen. Populistisch geht die Partei gegen den Euro und gegen »Abzocke« durch die GEZ oder an den »Zapfsäulen« vor. Doch der ideologische Kern der Partei sind Nationalismus, Rassismus und autoritäre Ordnungspolitik. Der Bremer Landesverband bringt es auf den Punkt: Die REP setzen sich »für Heimatrecht und gegen Überfremdung, für deutsche Interessen und gegen den zunehmenden Verlust nationaler Souveränität« und »für mehr Innere Sicherheit durch Recht und Ordnung« ein.

»Wehrt Euch gegen dieses unverantwortliche Migrationsexperiment«, forderte die Partei im August 2013 in Berlin und München und rief zu Protesten gegen MigrantInnen auf. Es sei »völlig legitim und nicht rassistisch«, wenn sich die Deutschen »bewußt für ethnische Kontinuität im eigenen Land aussprechen«. Die REP setzen vor allem auf antimuslimischen Rassismus. »Nein zur Islamisierung«, steht auf den Plakaten. Das aktuelle Wahlprogramm der REP (»30 Schwerpunkte«) liest sich wie ein politischer Supermarkt – von allem ist etwas dabei. Doch im Kapitel »Integration« zeigt sich der Kern der Partei: »Flüchtlingen und Einwanderern, die sich seit Jahren in Deutschland aufhalten, aber die Kultur und die europäische Lebensart durch Integrationsverweigerung ablehnen, soll das Aufenthaltsrecht entzogen werden«. Die Ausweisung verurteilter MigrantInnen, die Anpassung von Moscheen an »unsere abendländische Kultur« oder »Schnellverfahren« an den Grenzen – das sind die Forderungen der REP. Skurril wird es, wenn die Partei nun in Bayern auf ihre Wahlplakate Menschen mit schwarzer Hautfarbe und dem Zusatz »100% integriert« druckt.

Die Partei wirkt abgerissen, ihre Strukturen erlahmt. Doch sie ist noch lange nicht tot. Denn der eingeführte und bekannte Name, eine gewisse Verankerung vor Ort und drei Jahrzehnte praktische Erfahrung sind im politischen Geschäft viel wert.

Hoffen auf die Schlagzeilen

Mit 13 Landeslisten tritt die extrem rechte Partei »Bürgerbewegung PRO Deutschland« erstmalig zu einer Bundestagswahl an. Erfolgschancen kann sie sich mehr in den Schlagzeilen denn auf dem Stimmzettel ausrechnen.

von Barbara Manthe



^ Einer der 10 TeilnehmerInnen einer »PRO«-Kundgebung am 29.08.2013 in Duisburg.

Pure Provokation und maßlose Selbstüberschätzung, so kann die Wahlkampfstrategie von »PRO Deutschland« (PRO D) auf den Punkt gebracht werden, mit der sie für die Bundestagswahl 2013 wirbt. In den vier Wochen vor dem Wahltermin reisen die Rechten in einer ambitionierten Wahlkampftour durch die Republik: Moscheen und islamische Gemeindehäuser, Flüchtlingsheime, linke Zentren und Zeitungsverlage sind die Stationen von »PRO« in über 50 Städten. Zu den Kundgebungen kommt in der Regel eine winzige Gruppe von 10 bis 15 AnhängerInnen. Ebenso wie die NPD – die bundesweit mit ihrem »Flaggschiff« unterwegs ist (s. Seite 8) – hofft PRO D vor allem auf gute Schlagzeilen. Und tatsächlich, überregionale Presseberichte, Verbote und Proteste begleiten die »Deutschland-Tour« der Rechten, die in Berlin-Hellersdorf und Duisburg-Rheinhausen auch in den derzeitigen Hotspots rassistischer Stimmungsmache gegen Flüchtlinge aufmarschieren.

Eiszeit bei PRO

Die »Bürgerbewegung PRO Deutschland«, die 2005 aus den Reihen der extrem rechten »Bürgerbewegung PRO Köln« heraus entstand, tritt am 22. September zum ersten Mal zur Bundestagswahl an. Nachdem Manfred Rouhs, seinerzeit Stadtratsmitglied und Schatzmeister von »PRO Köln«, vor über acht Jahren die Gründung initiiert hatte, fristete die Partei lange Zeit ein Schattendasein neben den regional erfolgreicheren Schwesterorganisationen »PRO Köln« und »PRO NRW«. Sie diente allemal als Auffangbecken für Angehörige der schwächelnden »Republikaner«. In der zerstrittenen rechten Parteienlandschaft konnte Bundesvorsitzender Rouhs nicht wirklich Fuß fassen, zumal geeignetes Personal für mögliche Ortsgruppen fehlte und sich weder »PRO Köln« noch »PRO NRW« für den bundesweiten Ableger stark machten. Im Gegenteil: Seit Jahren schwelt ein Streit, der sich in einem Konflikt zwischen Rouhs und dem »PRO NRW«-Vorsitzenden Markus Beisicht personifiziert. Viele »PRO«-AnhängerInnen hatten die deutschlandweite Expansion als verfrüht und überstürzt wahrgenommen. Anders als der Name suggeriert, stellt PRO D nicht den übergeordneten Dachverband dar, sondern lediglich eine weitere Organisation in der »PRO«-Landschaft. Das eisige Verhältnis hält an: Aus den Reihen von »PRO NRW« kam unverhohlen Kritik an der Bundestagskandidatur.

»Neuanfang« in Berlin

Erst als Rouhs 2010 nach Berlin umzog, kam Bewegung in seine Organisation: Seit 2010 besteht dort der – einzige – Landesverband der Partei. In einem ständigen Konkurrenzkampf mit der Partei »Die Freiheit« und weitgehend unfähig, sich in der Berliner Kommunalpolitik zu etablieren, war »PRO D« jedoch auch in der Hauptstadt kein Erfolg beschert. Das Jahr 2011 war für die Partei ein Fiasko: Im Frühjahr zog der Unternehmer Patrik Brinkmann seine zugesagte finanzielle Unterstützung zurück und gab den Landesvorsitz ab. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September erreichte »PRO D« dann ein wenig ermutigendes Ergebnis von 1,2 Prozent. Ein Blick auf ihre Akteure zeigt, dass es sich um eine Vielzahl alter Bekannter aus REP, DVU und anderen extrem rechten Parteien handelt: Neben Rouhs prägt vor allem »Generalsekretär« Lars Seidensticker die Partei: Der Niedersachse kommt von den «Republikanern«, war zeitweise bei der DVU aktiv und tat sich in den letzten Jahren als aktiver »PRO«-Funktionär hervor.

Magere Listen, altbekannte Themen

Die Landeslisten, mit denen »PRO D« für die Bundestagswahl antritt, offenbaren, dass die Organisation zwar in einigen Bundesländern mit exponierten Figuren aufwartet: In Baden-Württemberg etwa tritt auf Platz eins der stellvertretende Vorsitzende Alfred Dagenbach an, ehemaliger Landtagsabgeordneter der REP. Für Berlin steht Seidensticker auf der Liste und in NRW tritt Rouhs selbst an. Sonst sehen die Listen aber mager aus: Die hinteren Plätze füllte »PRO D« mit Aktiven aus Berlin und anderen Großstädten auf: So tritt für das Saarland auf dem ersten Platz Jan Hendrik Kalbhenn aus dem hessischen Echzell an, Platz zwei belegt der Kölner »identitäre« Aktivist Sebastian Nobile, gefolgt von dem Berliner Rentner Arnold Bellack. Die Listen für Bremen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg sind in ähnlicher Manier mit BerlinerInnen aufgestockt. Die Wahlkampfthemen bilden den altbekannten »PRO«-Sermon aus rassistischen, antieuropäischen und antimuslimischen Positionen: Es geht gegen »Zuwanderung« und den Islam, man will »Raus aus dem Euro« und mehr Sicherheit auf Deutschlands Straßen. Ab und an tauchen dann illustre Themen auf, wie etwa die Ankündigung, sich für eine nachhaltige ökologische Landwirtschaft einzusetzen oder Werbung für die Handreichung »Der Weg zum Testament« des PRO-Funktionärs und Juristen Andreas Graudin. »PRO D« will ganz offensichtlich auch ein älteres Wählerpublikum ansprechen.

Zufriedenheit schon vor der Wahl?

Weil PRO D sich weder in Berlin etablieren konnte noch bei den Schwesterparteien besonders beliebt ist, kann die Partei im September kaum auf große Wahlerfolge hoffen. Sie könnte allerdings mit ihren aggressiven Anti-Islam-Kampagnen von antimuslimischen Ressentiments in der Bevölkerung profitieren. Mit Schlagzeilen in den Wochen vor der Wahl wäre die Partei bei ihrem derzeitigen Zustand schon vor dem 22. September zufrieden. Bei einem Ergebnis von über 0,5 Prozent könnte die Organisation zudem noch über die staatliche Parteienfinanzierung ihre Finanzen aufbessern.



Liste 11

Angesichts schlechter Umfragen leistet sich die »Alternative für Deutschland« auf der Suche nach Stimmenpotenzial kurz vor der Bundestagswahl einige Ausflüge nach Rechtsaußen.

von Jörg Kronauer und Silvia Bleibtreu

Schafft die erst in diesem Jahr gegründete »Alternative für Deutschland« (AfD) den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde? Diese Frage treibt gegenwärtig viele um, nicht nur Wolfgang Haars. Haars ist aufgefallen, dass die Partei, der im Frühjahr noch gute Chancen auf einen Einzug in den Bundestag vorausgesagt wurden, in Umfragen seit geraumer Zeit bei nur drei Prozent oder weniger liegt. Das ist schlecht für ihre FreundInnen, denn schlechte Umfragewerte können leicht zur selbsterfüllenden Prophezeiung werden, wenn sich potenzielle WählerInnen denken: Das wird eh nichts. Haars hat deshalb tief in seine Geldbörse gegriffen und am 28. August im Namen eines bis dato unbekannten »Freundeskreises der AfD« eine ganzseitige Anzeige in der konservativen »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« geschaltet, hinter der er nicht nur »stets einen klugen Kopf«, sondern auch potenzielle AfD-AnhängerInnen vermutet. Er gehe fest davon aus, erklärt er in der Anzeige, dass die Partei »eher bei 15 Prozent als bei 6 Prozent landen« werde. Also: Kopf hoch, Kreuz bei der AfD!

Schwung verloren

In der Tat hat die AfD ihren steilen Aufstieg vom Frühjahr (s. drr Nr. 142) nicht fortsetzen können. Eilte Parteichef Bernd Lucke im März und im April 2013 noch von Talkshow zu Talkshow und konnte Interviews auch in Printmedien mit größter Reichweite prominent platzieren, so hat sich der Medien-Mainstream aus Sicht seiner Partei als unzuverlässig erwiesen. Noch gibt es eine aufmerksame Berichterstattung über sie – etwa in der »Welt«, deren Publikum sich schließlich teilweise mit demjenigen Segment des deutschen Establishments deckt, auf das die Partei setzt, nämlich Rechtskonservative, Nationalliberale, einige Marktradikale. Doch darüber hinaus sind die Sympathien, die vor allem die ProfessorInnenriege in der AfD zunächst verzeichnen konnte, deutlich zurückgegangen; auch ist es den Unionsparteien und der FDP gelungen, Übertritte prominenter KritikerInnen der Euro-Rettungspolitik wie etwa Frank Schäffler (FDP) oder Josef Schlarmann (CDU), auf welche die AfD gehofft hatte, weitgehend zu verhindern. Damit hat die Partei kurz vor den Wahlen deutlich an Schwung verloren.

Hinzu kommt das eine oder andere ›Skandälchen‹ um die Rechtsaußen-Kontakte der AfD. Die Partei hat sich von Anfang an in einem Dilemma befunden: Einerseits musste sie sich öffentlich von der extremen Rechten strikt distanzieren, um nicht den Ruf bourgeoiser Reputierlichkeit zu verlieren. Andererseits war klar, dass sie einen Wahlkampf gegen die etablierten Parteien nur dann gewinnen kann, wenn es ihr gelingt, auch das spießige, sich stets bedroht fühlende, nach rechts offene, vor allem aber relativ zahlenstarke Kleinbürgertum für sich zu gewinnen. Dieser potenziellen WählerInnenklientel muss ein Angebot unterbreitet werden. Entsprechend enthält schon die beim Gründungsparteitag am 14. April 2013 verabschiedete Partei-Satzung eine sehr dehnbare Klausel, der zufolge Mitglieder extrem rechter Organisationen zwar nicht erwünscht sind, aber der AfD beitreten dürfen, wenn sie über diese Mitgliedschaft »im Aufnahmeantrag Auskunft geben und der Bundesvorstand sich nach Einzelfallprüfung für die Aufnahme entscheidet«. »Einzelfallprüfung« – also, wie es gerade passt.

Entsprechend geht die selbst erklärte »Alternative« seither vor. Da wäre etwa der Düsseldorfer Ulrich Wlecke, der auf der nordrhein-westfälischen Landesliste für die Bundestagswahl Platz vier innehat. Wlecke hat inzwischen eingeräumt, von 1989 bis 1992 Mitglied der Partei »Die Republikaner« gewesen zu sein und war zudem noch 2009 und 2010 für die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) aktiv. Hinausgeworfen aber wird er nicht: Seine Kontakte in die NRW-Rechte sind offenbar gut; womöglich ist er in der Lage, Stimmen einzubringen. Anders zwei mittlerweile ehemalige Mitglieder des AfD-Kreisvorstandes in Göttingen. Einer von ihnen, Lennard Rudolph, war auf einem im Internet kursierenden Foto zu sehen, wie er den Hitlergruß zeigt; ein anderer, Lars Steinke, gehört der rechten Burschenschaft »Hannovera« an. Beide sind Ende August von ihren Vorstandsposten zurückgetreten. In Brandenburg gehören zwei ehemalige Funktionäre der Partei »Die Freiheit« dem Landesvorstand an, in Mecklenburg-Vorpommern wird der Landesverband sogar von dem Ex-»Freiheit«-Aktivisten Andreas Kuessner geleitet. Im Umgang mit Rechtsaußen herrscht also Pragmatismus bei der AfD.

O-Töne

Die Offenheit nach rechts, die offiziell abgestritten wird, zeigt sich auch in politischen Äußerungen aus der AfD. Ein Beispiel bietet ein Vortrag, den Frauke Petry, die einzige Frau unter den drei BundessprecherInnen der Partei, am 19. August 2013 im noblen Hotel Bergström in Lüneburg hielt. »Ich muss noch einmal betonen«, sagte Petry beispielsweise, dass die AfD in den Medien »als anti-europäisch diffamiert« werde, sei »gelinde gesagt lächerlich«. Die rund 120 in der Regel gut gekleideten ZuhörerInnen horchen auf: »Wir sagen es ganz deutlich und wiederholen damit eigentlich nur, was der große Staatsmann Charles de Gaulle vor 60 Jah-

ren nach Abschluss des Élysée-Vertrages auch schon gesagt hat: »Wir wollen mit allen europäischen [...] Ländern in einem großen Verbund der Vaterländer freundschaftlich zusammenleben«. De Gaulle habe »noch hinzugefügt: unter Führung Frankreichs; da bin ich mir nun nicht so sicher«, ergänzt die 38-Jährige aus Leipzig unter dem Gelächter des Saales. Das von Petry zitierte »Europa der Vaterländer« ist längst durch die europäische Integration abgelöst worden; heute wird es in Deutschland vor



^ *Frauke Petry*

allem von Rechtsaußen-Organisationen propagiert, weil es ihrem Nationalismus besser entspricht als die EU.

Zu den Themen, die die AfD in jüngster Zeit für sich entdeckt hat, gehört auch die Energiewende. Dieses Thema eignet sich erstens, weil die Zuschläge für erneuerbare Energien kaum jemand gern zahlt. Zweitens aber ermöglicht es verdeckte Brückenschläge nach rechts: Inzwischen treiben sich auch in der deutschen Rechten Verschwörungs-IdeologInnen herum, die behaupten, der Klimawandel sei nur erfunden worden, um den BürgerInnen im Namen des Ökostroms den Geldbeutel zu leeren. »Die Bilanz der Energiewende entnehmen Sie Ihrer Stromrechnung«, lautet der Slogan auf vielen AfD-Wahlplakaten am Laternenpfahl. Auch Bundessprecherin Petry knüpfte in Lüneburg an derlei Gedankengänge an. »Die höchsten Energiepreise der Welt müssen vor allem die deutschen Bürger, die deutschen Steuerzahler mit einer an Unverschämtheit grenzenden Selbstverständlichkeit zahlen«, echauffierte sich die studierte Chemikerin: »Und umso schlimmer, geht diese Art der Energiewende doch noch nicht mal mit einer wissenschaftlichen Sachlichkeit einher, sondern man benutzt die angeblich drohende Erderwärmung als Begründung für die überstürzt herbeigeführte Energiewende.«

Das Thema, mit dem die AfD ganz klassisch ihre Offenheit nach Rechtsaußen erkennen lässt, ist natürlich das Thema Migration. Ihre Positionen dazu formuliert sie deutlich auf ihren Wahlplakaten – indes nicht in allen Bundesländern und auch nicht mit denselben Slogans. »Wer einwandert, darf uns nicht hassen!« oder »Wir sind nicht das Weltsozialamt«, heißt es etwa in Thüringen, während man auf dem typischen blauen Grund der AfD-Plakate in Mecklenburg-Vorpommern liest: »Einwanderung ja. Aber nicht in unsere Sozialsysteme.« Die AfD Hamburg hat sich für folgende Variante entschieden: »Einwanderung nach Qualifikationen, nicht in Hartz IV.«

Der Wohlstandschauvinismus und die Ablehnung von MigrantInnen trat ganz deutlich auch in den Worten von Frauke Petry bei ihrem Lüneburger Auftritt hervor. »Ich gehe ein weiteres heikles Thema unserer Politik an«, sagte sie: »Und ich habe heute auf der Fahrt hierher gewissermaßen eine Steilvorlage für meinen Vortrag bekommen. Das Beispiel ist ganz konkret. In Bitterfeld, in Sachsen-Anhalt, hungerstreiken einige Asylbewerber in einem Zelt auf einer städtischen Wiese.« Von den Forderungen der Streikenden, denen es um eine Verbesserung der Zustände in den elenden Gemeinschaftsunterkünften, um schnellere und regelmäßige Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Menschen im Asylverfahren und für »Geduldete« und um die Abschaffung der Residenzpflicht geht, erfahren die ZuhörerInnen jedoch nichts. Stattdessen behauptet Petry: Es »sind in den meisten Fällen keine politisches Asyl Suchenden, die wir in Deutschland beherbergen, es sind schlichtweg Wirtschaftsflüchtlinge«. Damit erntet sie Beifall.

Obwohl Petry im weiteren Verlauf ihres Vortrags betont, das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte stehe für sie »niemals zur Debatte«, zeigen ihre rhetorischen Figuren deutlich, dass sie Flüchtlinge und MigrantInnen mehr oder weniger unter Generalverdacht stellt. Sie unterscheidet präzise zwischen denen, die kommen dürften und jenen, die tatsächlich kommen. Immer wieder betont sie, die »uns wohlgesonnenen, rechtschaffenen, ehrlichen, leistungsbereiten und wirtschaftlich wertvollen« Menschen seien willkommen. Als Gegenbild fungiert der »aus falsch verstandener Toleranz und Solidarität« aufgenommene »Wirtschaftsflüchtling«, der »uns auf der Tasche« liege: »Wer finanziert dieses Sozialsystem? Das sind Sie und ich, wir, die wir tagtäglich zur Arbeit gehen. Wir, die Steuerzahler.« Petry meint zu wissen, dass Deutschland »eine magische Anziehungskraft auf Zuwanderer jeglicher Herkunft« ausübe, »seien sie uns wohlgesonnen oder nicht«.

Schließlich malte Petry, die mit einem evangelischen Pastor verheiratet ist, die rechtsaußen üblichen Drohkulissen an die Wand. »Uns ist ein Zuwanderer willkommen, der sich an unsere ethischen Regeln hält«, tönte sie: »Aber wir lehnen es ab, uns von Zuwanderern, die ohne Gegenleistung in unser Sozialsystem kommen, auch noch diffamieren und beschimpfen zu lassen.« »Ich habe mit diversen Polizisten gesprochen. Die derzeitige Zuwanderungspolitik hat in zahlreichen deutschen Groß- und auch Kleinstädten bereits zur Bildung von Parallelgesellschaften geführt, in denen deutsches Recht nicht mehr anerkannt wird. Es kann und darf doch nicht sein, dass in deutschen Städten Bezirke vorhanden sind, in die sich nicht einmal mehr die Polizei hinein traut!« Dies sei das Ergebnis einer »außer Kontrolle geratenen Zuwanderungspolitik«, behauptete die AfD-Bundessprecherin – und griff damit die für die extreme Rechte typische Ethnisierung sozialer Probleme auf.

Schließlich äußerte Petry sich noch zur Familienpolitik. »Die Familie ist und bleibt die Keimzelle einer gesunden Gesellschaft und eines gesunden Staatswesens«, betonte die vierfache Mutter in ihrem Vortrag in Lüneburg: »Alle Zweifel daran oder Umdeutungsversuche, wie sie jüngst vermehrt zu beobachten sind, haben nur ein Ziel – die Desorientierung der Menschen und auch eine Destabilisierung der Gesellschaft.« Zweifel? Umdeutungsversuche? Unschwer ist darin eine deutliche Ablehnung von »Homo-Ehe und Gleichstellungspolitik« herauszulesen. Petry verband dies dann auch noch mit einer Ablehnung von Immigration: »Unser Land braucht mehr Kinder aus eigener Kraft und nicht nur die Zuwanderung kinderreicher Familien. Und ich glaube, man kann es schon als Diskriminierung des eigenen Volkes betrachten, wenn man den Geburtenmangel nicht aus eigener Kraft, sondern ausschließlich durch Zuwanderung beheben will.«

Natürlich dominiert aber weiterhin, auch bei Wahlkampfveranstaltungen und auf Wahlplakaten, das Kernthema der AfD: die Ablehnung der Euro-Rettungspolitik. Hier hat die Partei nach wie vor ihre Verankerung im Establishment – bei VolkswirtInnen, die beim Blick auf die halsbrecherischen Euro-Maßnahmen ihre eigene Krise kriegen, und bei Mittelständler-Innen, deren Interessen teils anders als diejenigen großer Unternehmen gelagert sind und die sich von einer Rückkehr zur D-Mark oder zumindest einer Aufspaltung der Euro-Zone ökonomische Vorteile versprechen. Allerdings sind diese Gruppierungen längst nicht zahlreich genug für Wahlsiege, weshalb der Ausritt nach Rechtsaußen der AfD in gewissem Maße unumgänglich scheint, solange er dem Ruf nicht schadet. Und für den Fall der Fälle springt ja nun Wolfgang Haars aus Salzgitter mit seinem »Freundeskreis der AfD« ein. »Neue Köpfe braucht das Land!«, hat er seine Anzeige überschrieben. Bleibt abzuwarten, ob die bisherigen Umfragen Recht behalten oder ob die AfD doch noch die Fünf-Prozent-Hürde überspringt.

Hetzen für Stimmen

Den laufenden Wahlkampf der NPD bestimmen rassistische Ressentiments. Sozial und seriös war gestern.

von Andreas Speit

Hamburg, 13. August 2013: Am Hauptbahnhof wird es kurz vor 16 Uhr laut. Jubel und Applaus ist zu hören, denn ein Sprecher des »Hamburger Bündnisses gegen Rechts« verkündet: »Die NPD wird heute nicht mehr herkommen.« Seit Mittag hatten sich an die 800 Menschen in der Innenstadt gegen die Wahlkampfkundgebung der Partei bei deren »Deutschlandtour 2013« versammelt. Ihre Botschaft: »Kein Platz für Nazis, nicht in den Parlamenten, nicht im Stadtteil, nicht in den Betrieben.«

Kleiner Aufwand, große Aufmerksamkeit

Die Bundestagswahl 2013 ist für den NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel selbst keineswegs ohne Bedeutung. Seit seiner Machtübernahme 2011 kann der umstrittene Vorsitzende, der in Sachsen auch die Landtagsfraktion anführt, mit seiner Strategie der »seriösen Radikalität« keine Erfolge aufzeigen. Mit der Tour will die älteste extrem rechte Partei Deutschlands bei der Wahl am 22. September daher nicht bloß neue Stimmen gewinnen. Den Parteimitgliedern und Kameradschaften wollen die Apfel-Vertrauten signalisieren: »Wir können.« NPD-Wahlkampfleiter Patrick Wieschke sagt: »Die Mitglieder sollen sehen: Hier passiert was.« Dem Aktionskonzept folgend fährt der Partei-LKW – intern »Flaggschiff« genannt –, auf dem die Parolen »D-Mark statt Euro-Pleiten« und »Sicher leben: Asylflut stoppen« prangen, täglich verschiedene Städte an. Die Intention verheimlicht Wieschke nicht: »Wir wollen große Aufmerksamkeit mit kleinem Aufwand erreichen.« Ein Stopp für Kurzkundgebungen mit Parteiprominenz ist in 100 Städten geplant. Eine große Mobilisierung der AnhängerInnen wird bewusst unterlassen; vier Wochen vor der Wahl hat die Führung keine zentrale Großwahlkampfveranstaltung öffentlich angekündigt. Die »soziale Heimatpartei« scheint sich auf die Tour zu konzentrieren. Einen Grund dafür räumt Wieschke ein: »Unsere Mittel sind knapp.«



^ *In Rostock musste sich die NPD vor Eiern schützen.*

Allgegenwärtige Proteste

Es ist wenig überraschend, dass die Parteiführung die Tour trotz allgegenwärtiger Proteste positiv darstellt. Nachdem sie ihre Kundgebung nicht im Hamburger Zentrum abhalten konnte, schwärmte Apfel von einem Kurzauftritt im Stadtteil Bergedorf. Auf Facebook feierte er das Ausweichen als »großen Erfolg«, den »Chaoten ein Schnippchen geschlagen zu haben«. Einen Tag später kann er den Wahlkampfverlauf nicht mehr schön reden. »Absoluter Wahnsinn«, schrieb er am 14. August. In Bremen hatte die NPD nur kurz Stopp gemacht: An die 150 DemonstrantInnen waren lautstark vor Ort, Obst, Gemüse und Eier flogen. Das abrupte Ende leitete der NPD-Trupp aber selbst ein, als er den umstrittenen »Badenweiler Marsch« spielte – Adolf Hitlers »Lieblingsmarsch«. Die Polizei untersagte die Kundgebung wegen »Glorifizierung des NS-Regimes« und setzte später den Trupp auf einer Raststätte an der A 27 fest. Ein Wahlhelfer soll eine gefährliche Körperverletzung begangen haben.

Rassistische Wahlkampfausrichtung

Am 12. August war die »Deutschlandtour« in Rostock gestartet. Im Internet, auf einer eigenen Webseite und über Facebook werden die Kurzstopps mit Parteiprominenz zeitnah weiterkommuniziert. Soll die treue Basis und mögliches Wählerklientel doch sehen, dass die Partei für »Volk und Vaterland« auf die Straße geht. In Schwerin schimpfte Udo Pastörs, NPD-Bundesvize und Landtagsfraktionsvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, unter Pfiffen über die Lüge von den »blühenden Landschaften« in Ostdeutschland. Die RednerInnen versuchten sich als »Kümmerer« zu gerieren, welche die sozialen Fragen national beantworten können, doch schnell wird das Soziale ethnisiert.
In Bochum hetzte Ronny Zasowk am 17. August gegen »unqualifizierte Zuwanderer«, die es sich in der »sozialen Hängematte gemütlich machen« würden. Und das Parteipräsidiumsmitglied warnte, die innere Sicherheit in den westdeutschen Städten sei durch die Einwanderung gefährdet. An einzelnen Orten versucht die Partei, die über 6.000 Mitglieder verfügt, neben der Tour mit weiteren Kundgebungen Wahlklientel anzusprechen, wobei sie vor allem auf rassistische Parolen setzt. Am 17. August wollte die NPD in der Erfurter Trommsdorffstraße, wo viele Geschäfte von MigrantInnen geführt werden und eine Moschee steht, für Tierschutz protestieren. Plakat-Aufschriften wie »Kick Islam out of Germany« offenbarten, dass es der Partei darum ging, gegen Menschen muslimischen Glaubens zu hetzen. In Leipzig marschierte sie am selben Tag gegen die Al-Rahman-Moschee. Motto: »Maria statt Scharia! Islamisierung und Überfremdung stoppen.« Ganz offensichtlich scheint die NPD die gestiegenen Ressentiments in der Mitte der Gesellschaft gegen Muslime und Flüchtlinge nutzen zu wollen. Am 20. August liefen Parteikader erneut gegen die Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf auf. Seit Wochen hetzt dort die »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« unter großem Zuspruch der AnwohnerInnenschaft gegen die Flüchtlinge.
In Mecklenburg-Vorpommern provozierte die Partei schon im Vorfeld der heißen Wahlkampfphase vor Flüchtlingsunterkünften. Vier Wochen vor dem Wahltag begann sie dort mit einer nahezu flächendeckenden Plakatkampagne, die die verstärkt rassistische Wahlkampfausrichtung widerspiegelt: »Kriminalität bekämpfen, Grenzen dicht« und »Geld für Oma, statt für Sinti und Roma.« Soziale Themen werden kaum aufgegriffen, wenn sie nicht ethnisch aufgeladen werden können. Es zeigt sich, dass die Partei ihren selbst angestrebten Imagewandel nicht schafft.
Vor vier Jahren erreichte die NPD bei der Bundestagswahl 1,5 Prozent – 635.525 Zweitstimmen. Ein Ergebnis, das sie wegen der Wahlkampfkostenrückerstattung feierte. Weniger Prozente dürften den Druck auf Apfel erhöhen.

Moderater Name, aggressiver Wahlkampf

Eine Partei, eine Kandidatur. In Nordrhein-Westfalen tritt »Die Rechte« zur Bundestagswahl an. Die jüngste extrem rechte Partei um Christian Worch kandidiert in keinem weiteren Bundesland. Ihr Motto: »Dabei sein ist alles.«

von Andreas Speit

Für »13,2 Millionen Wahlberechtigte« seien sie »zumindest theoretisch wählbar«, heißt es auf der Bundeswebseite. Spitzenkandidat der Partei: André Plum, einst bei der verbotenen »Kameradschaft Aachener Land« aktiv. Auf ihrer Homepage muss die Organisation, die nach eigenen Angaben 260 Mitglieder hat, allerdings erst einmal ihre Kandidatur erklären. Denn »innerhalb und außerhalb der Partei« werde über den Sinn einer Kandidatur zu einer Bundestagswahl in einem Bundesland diskutiert. Der vermeintliche Grund: Die Partei »Die Linke« und das Landesinnenministerium hätten angezweifelt, ob sie eine »eigenständige Partei« seien. »Da haben wir dann eben beschlossen«, schreibt die Partei auf der Webseite, »uns auf einen Wahlzettel setzen zu lassen«. Kandidatur als Provokation? Nein, nicht nur, »Die Rechte« will den privilegierenden Parteienstatus sichern und strebt die staatliche Parteienfinanzierung an.



^ »*Die Rechte« marschierte am 20.07.2013 in Hamm*

Von der »Bewegung« in eine Partei

Die Kandidatur ist auch aus der Geschichte der Partei heraus erklärbar, denn in dem bevölkerungsstärksten Bundesland entstand der erste Landesverband von mittlerweile fünf. Neun Kreisverbände bestehen zudem in NRW. »Die Bewegung braucht keine Partei«, war das Credo von Christian Worch, langjähriger Vordenker der »Freien Kameradschaften«. Der jüngere Vormacher der »Autonomen Nationalisten«, Dennis Giemsch, sah es nicht anders. Doch am 15. September 2012 gründeten sie in der Thusneldastraße in Dortmund-Dorstfeld den Landesverband, drei Wochen nach dem Verbot des »Nationalen Widerstands Dortmund« (NWDO), der »Kameradschaft Hamm« (KH) und der »Kameradschaft Aachener Land«. Der NWDO hatte lange in dem Stadtteil ungehindert fast eine »national befreite Zone« durchsetzen können, Menschen bedroht und angegriffen. In der bundesweiten Szene galten »die Dortmunder« mit ihren schwarzen Klamotten, der professionellen medialen Inszenierung und militanten Aktionen als Avantgarde. Die Internetseite von »Die Rechte« verheimlichte nicht, dass deren Personal aus verbotenen Strukturen kommt. Seit der Gründung ist Giemsch Landesvorsitzender, Sascha Krolzig von der KH Landesvize. Mit der schnellen Hinwendung zu einer legalen Organisation wurde somit die häufig aufgestellte Behauptung aus Polizei- und Verfassungsschutzkreisen widerlegt, ein Verbot treibe Betroffene in den Untergrund.

Der Name als Aktivposten

Keine vier Monate vor der Gründung des Landesverbandes hatte Worch am 27. Mai 2012 zum Gründungstreffen nach Hamburg geladen. »Der größte Aktivposten der Partei ist ihr Name«, glaubt der Bundesvorsitzende. Denn der Clou des Namens sei, dass man mit dem Verweis auf die Partei »Die Linke« dem »Normalbürger« die Angst nehmen könnte: »Wenn es eine Linke gibt, sollte es folgerichtig auch eine Rechte geben.« Die Gründung trieb Worch gemeinsam mit AktivistInnen aus der DVU an, welche die geplante Fusion mit der NPD ablehnten. Bei dem Treffen wählten die Anwesenden denn auch die frühere DVU-Vorsitzende in Schleswig-Holstein, Ingeborg Lobocki, zur Bundesvize. Auch die Programmatik, so Worch, sei von der DVU übernommen: Die Rechte sei »weniger radikal als die NPD«, aber »radikaler als die REPs und die Pro-Bewegung«.

Kein moderater Wahlkampf

Beim laufenden Wahlkampf findet sich diese Programmbeschreibung nicht wieder. Im Gegenteil: Ein Plakat in Dortmund zeigt vier inhaftierte Herren: Horst Mahler, Axel Möller, Gottfried Küssel und Sven Skoda. Die Wahlforderung: »Freiheit für alle politischen Gefangenen.« Holocaustleugnung, Verherrlichung des Nationalsozialismus, die Befürwortung einer Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung sind für »Die Rechte« folglich legitime Meinungsäußerungen. Im Juni hatte Worch noch erklärt, ihre Themen zur Bundestagswahl seien »durchaus moderat«. In Hamm hinterließ der Wahlkampfmarsch von rund 150 ParteifreundInnen einen ganz anderen Eindruck. Die Polizei musste einschreiten, als aus dem Marsch heraus JournalistInnen angegriffen werden sollten. »Rotes Gezeter – neun Millimeter« und »Wir putzen unsere Stiefel mit dem Blut der Antifa« skandierten sie und grölten »Für Rasse in den Tod« und »Alles für Volk, Rasse und Nation«. Die Parole »Palästina hilf' uns doch – Israel gibt's immer noch« dürfte eine Rednerin besonders angesprochen haben: die verurteilte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck. Krolzig stellte sie als »unermüdliche Kämpferin für Deutschlands Freiheit und große Dame des deutschen Nationalismus« dar. In Dortmund richteten sie zur Wahl Infostände aus, tourten mit einem PKW, um für einen Marsch »Gegen Organisationsverbote – Für Meinungsfreiheit!« zu werben.

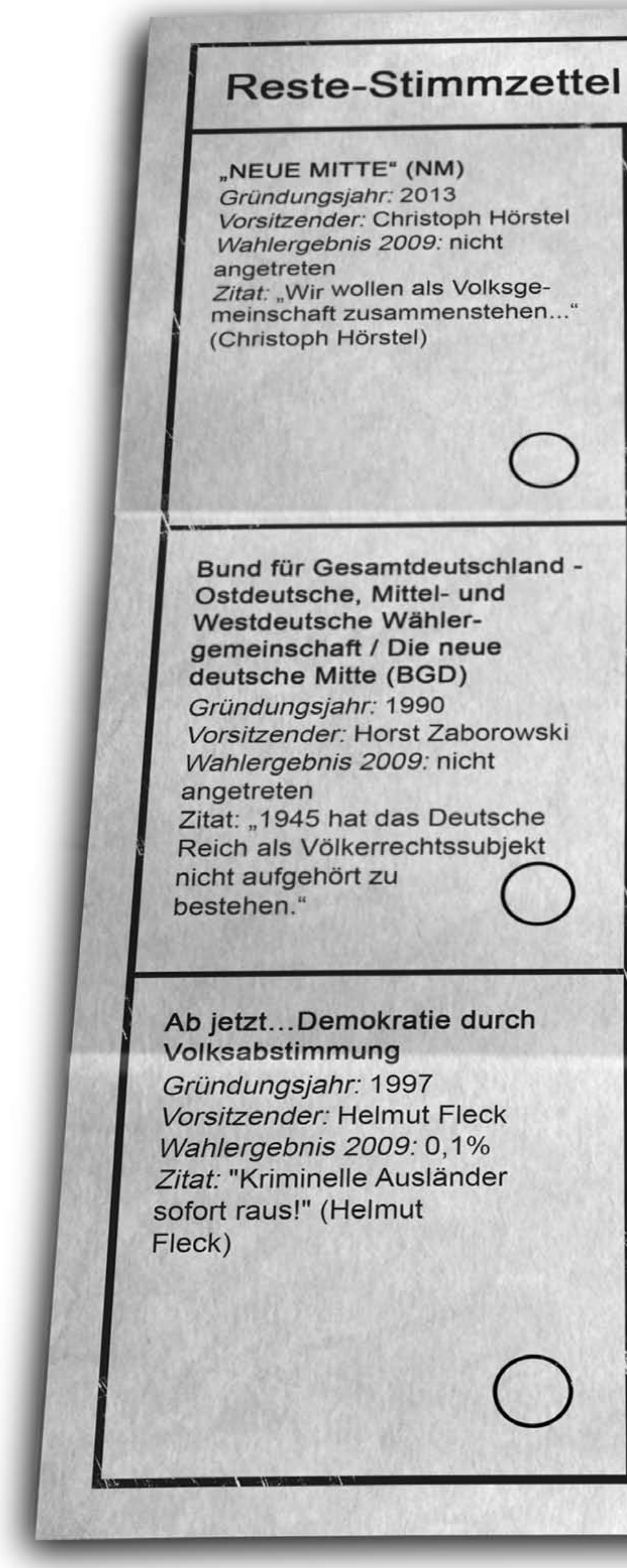
Kein Wahlerfolg in Sicht

Seit der Gründung betonte Worch, seine Vita schmälere nicht einen Wahlerfolg der Partei. Schon 1978 wirkte er, der sich selbst als »Nazi« bezeichnet, bei einer Aktion der »Hansabande« mit. Mit Eselsmasken und einem Schild »Ich Esel glaub noch, dass in deutschen KZs Juden vergast wurden« marschierte sie in Hamburg auf. »Ich würde nicht davon ausgehen, dass meine Biographie alleine einen Zulauf zur Partei verhindert«, meint Worch. Das trifft zu, denn das weitere Personal und das politische Agieren der gesamten Partei dürften ebenso einem größeren Wahlzuspruch entgegenwirken. Seit dem 3. Juli steht ihr Spitzenkandidat vor dem Amtsgericht Aachen – wegen Diebstahls, Landfriedensbruchs, Angriffs auf eine linke Wohngemeinschaft, Bedrohung und Beleidigung von PolizistInnen. Stimmen aus der Szene könnten aber der NPD fehlen.

Rechte Kleinstparteien zur Bundestagswahl

38 Parteien sind zur Bundestagswahl 2013 zugelassen. Darunter sind auch viele Kleinstparteien zu finden, die rechte Ideologien vertreten: von Verschwörungstheorien über religiösen Fanatismus bis hin zu Geschichtsrevisionismus.

von Otto Levi



»NEUE MITTE« (NM)

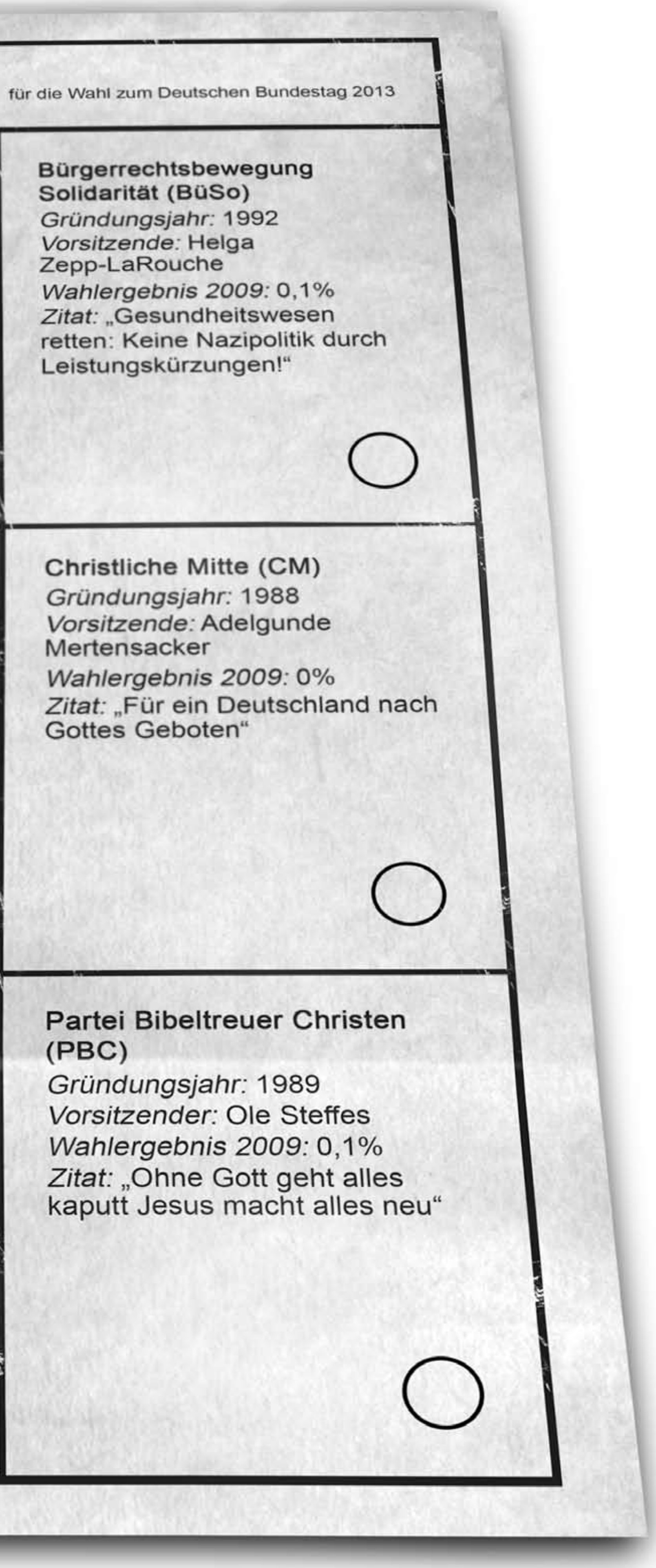
Laut des Parteiprogramms der »Neuen Mitte« ist »illegale Zuwanderung entschlossener zu bekämpfen als bisher«. Man wolle sich künftig AusländerInnen besser aussuchen. Auf der Facebook-Seite von NM heißt es, man solle jeden Befund zum Holocaust frei diskutieren dürfen. 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sei es an der Zeit, dass amerikanische und britische Soldaten, die in Deutschland stationiert sind, »endlich auch mal abziehn!«. Parteivorsitzender der »Neuen Mitte« ist der ehemalige ARD-Reporter Christoph Hörstel, der mittlerweile gern gesehener Experte in Kreisen von VerschwörungstheoretikerInnen wie dem rechten »KOPP Verlag« ist. Auch mit einer antisemitischen Veranstaltung, wie dem diesjährigen »Al Quds-Tag« in Berlin, hat er keine Berührungsängste und trat dort als Redner vor einem »Boycott Israel«-Plakat auf. Weitere bekannte Unterstützer sind der Journalist Moustafa Kashefi alias Ken Jebsen, der 2011 nach antisemitischen Äußerungen den RBB verlassen musste. Das Lied der Partei zur Bundestagswahl kommt von der verschwörungstheoretischen Band »Die Bandbreite« um Marcel Wojnarowicz.

Bund für Gesamtdeutschland – Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft / Die neue deutsche Mitte (BGD)

Für den »Bund für Gesamtdeutschland« (BGD) ist »die Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Ordnungen und Einrichtungen seitens der Besatzungsmächte in Deutschland nach dem 8. Mai 1945 rechtsungültig«. Der BGD wünscht sich Deutschland in den Grenzen des »Zweiten Deutschen Reiches« zurück und spricht von 14 Millionen »vertriebenen« Deutschen aus ihren »angestammten Heimatgebieten«. In rassistischer Manier sieht der BGD die »kulturelle und ethnische Identität« der Deutschen in Gefahr und stellt fest: »Der Boden sowie die vorhandenen Elemente Licht, Luft, Wasser usw. gehören dem Deutschen Volk.« Der Parteivorsitzende, Horst Zaborowski, schreibt dazu: »Wir können besser und friedvoller in dieser Bundesrepublik Deutschland leben, ohne die 20 Millionen, die sich in Deutschland tummeln, die deutsche Staatsbürgerschaft nicht anstreben, nur an der Ausnutzung von Volk, Land und Elementen interessiert sind.«

Ab jetzt…Demokratie durch Volksabstimmung

Die Partei »Ab jetzt…Demokratie durch Volksabstimmung« fordert die Einführung von Volksabstimmungen zu allen wichtigen Sachfragen und Gesetzen. Ein weiteres großes Thema der Partei war bisher die Begrenzung der Zuwanderung, da Deutschland kein Einwanderungsland sei und die sozialen Sicherungssysteme bei weiterem Zuzug zusammenbrechen würden. Zudem forderte die Partei die konsequente Abschiebung straffällig gewordener AusländerInnen und eine Verschärfung des Asylrechts. Die Partei will die »Strafbarkeit von Meinungen, Gesinnungen, Anschauungen« abschaffen und fordert die Wiedereinführung der D-Mark. In ihrem Programm verlinkt sie den rechten verschwörungstheoretischen »KOPP Verlag« und macht Werbung für dessen Publikationen.



Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)

Ginge es nach der »Bürgerrechtsbewegung Solidarität« (BüSo), so stand die Welt seit Gründung der Partei 1992 bereits mehrfach am Abgrund und tut es auch in diesem Jahr laut Parteiprogramm: »Die Welt befindet sich heute [...] in der tiefsten wirtschaftlichen und moralischen Krise seit Mitte des 14. Jahrhunderts.« In der Vergangenheit wurde der Partei immer wieder vorgeworfen, sie sei eine antisemitische, antiamerikanische und autoritäre Polit-Sekte. Die Bundesvorsitzende ist Helga Zepp-LaRouche, Ehefrau des Anführers der »LaRouche-Bewegung« Lyndon LaRouche. Hauptziel der Partei ist eine »neue Weltwirtschaftsordnung«, die nur durch eine »weltweite Koalition patriotischer Kräfte für den Aufbau einer Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten« erfolgen kann. Deutschland falle dabei eine Schlüsselrolle zu und habe seine »welthistorische Aufgabe in der Welt« zu erfüllen. Nur wenn sich die Deutschen für diese neue Ordnung einsetzten, könnten sie »ihre wirkliche Identität« finden. Deutschland solle aus allen EU-Verträgen seit Maastricht 1992 aussteigen, eine Nationalbank schaffen und die D-Mark wieder einführen.

Christliche Mitte (CM)

Die »Christliche Mitte« (CM) hat sich dem Kampf gegen Islam, Schwangerschaftsabbrüche und Homosexualität verschrieben. Sie will in Deutschland einen christlichen Gottesstaat errichten: »Die Christliche Mitte [...] hat das Ziel, das öffentliche Leben nach den Geboten Gottes, dem göttlichen Grundgesetz, umzugestalten und alle öffentlichen Einrichtungen zu den christlichen Werten zurückzuführen.« Alle Gesetze sollen sich an den Geboten Gottes orientieren. In einem Atemzug sagt sie »Nein« zu »Porno, Homosex, Mißbrauch von Kindern, ungeordneter Sexualität« und »Ja« zur »gottgewollten Familie, zu christlicher Sitte und Ordnung«. Frauen möchte die Partei zur Pflege »fraulicher und mütterlicher Eigenschaften« ermutigen. Das größte Verbrechen unserer Zeit sei Abtreibung, die als kriminelle Tat zu bestrafen sei. Die CM fühlt sich dem »Erbe des christlichen Abendlandes verpflichtet« und »bejaht die Liebe zur Geschichte des eigenen Volkes«. Der »EU-Zentralismus« verrate die Liebe zur Heimat und zur eigenen Kultur. Kriminelle Muslime sollen ausgewiesen werden und gegen Asylmissbrauch hart vorgegangen werden.

Partei Bibeltreuer Christen (PBC)

Die »Partei Bibeltreuer Christen« will, dass gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften nicht gleichgesetzt werden mit der Ehe zwischen Mann und Frau. Scheidungen sollen erschwert und Abtreibungen verboten werden. In den Lehrplänen aller Schulen sollen die Bibel und ihre Prinzipien berücksichtigt werden. Regelmäßiger Bibelunterricht an allen Schulen – auch für »Ausländerkinder« – sowie Schulgebete werden gefordert. Die PBC setzt sich gegen jegliche Form der Abtreibung ein und bezeichnet diese als »Massenmord«. Auch wenn die ChristInnen der PBC die Nächstenliebe predigen, fordern sie dennoch, »reine Wirtschaftsflüchtlinge« und »kriminelle Asylsuchende« konsequent auszuweisen.

Eine Chronik des NSU – VIII

(6. Mai - 22. August 2013)

von Christian Schaft und Frederik Müller

06. Mai: Vor dem Münchner Oberlandesgericht (OLG) beginnt der Prozess gegen die mutmaßliche Terroristin des »Nationalisozialistischen Untergrundes« (NSU) Beate Zschäpe und die mutmaßlichen NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, Carsten Schultze und André Eminger.

13. Mai: Bei einer ZeugInnenvernehmung im Untersuchungsausschuss (UA) des Thüringer Landtages wird bekannt, dass die fehlerhafte Kommunikation zwischen dem Landeskriminalamt (LKA) und dem »Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz« (TLfV) 1998 zum Fluchterfolg der späteren NSU-Mitglieder beitrug. Nicht alle Informationen über die Verdächtigen wurden an das LKA gegeben, so dass sich die Razzia am 26. Januar 1998 verzögerte.

14. Mai: Am zweiten Verhandlungstag des NSU-Prozesses wird unter anderem der Anklagesatz, eine Zusammenfassung der fast 500-seitigen Anklageschrift, verlesen. Zschäpe wird die Mittäterinnenschaft bei zehn Morden und zwei Sprengstoffanschlägen vorgeworfen.

16. Mai: Am vierten Prozesstag in München gab Richter Manfred Götzl bekannt, der Anschlag in der Kölner Keupstraße bleibe Teil des Verfahrens, es werde keinen zweiten NSU-Prozess geben. Auf Grund des Umfangs des Prozesses war diskutiert worden, das Attentat gesondert zu verhandeln.

16. Mai: Der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages hat zum Abschluss seiner 15-monatigen Arbeit den Behörden ein miserables Zeugnis ausgestellt. In den Verfassungsschutzämtern sei »für den Rechtsextremismus nicht unbedingt das qualifizierteste Personal vorhanden«, sagte der Ausschussvorsitzende Sebastian Edathy (SPD).

04. Juni: Am fünften Verhandlungstag im NSU-Prozess gesteht der Mitangeklagte Schultze, zusammen mit dem Mitangeklagten Wohlleben die Ceska-Pistole mit Schalldämpfer besorgt und an Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt übergeben zu haben. Er hatte dies schon im Ermittlungsverfahren gestanden. Gedanken darüber, was Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe mit der Waffe vorhatten, habe er sich nicht gemacht.

06. Juni: Vor dem Thüringer NSU-UA sagt die Mutter des mutmaßlichen NSU-Mitgliedes Böhnhardt zu den Umständen der Hausdurchsuchung und der Flucht ihres Sohnes 1998 aus. Ihren Aussagen nach hatte Böhnhardt vor seiner Flucht durch eine Polizistin einen Hinweis auf die drohende Verhaftung erhalten. Auch sei es ihm möglich gewesen, Mundlos und Zschäpe vor der Flucht zu kontaktieren. Weiterhin wird bekannt, dass sich die Eltern während der Zeit des Untertauchens mehrfach im Geheimen mit ihrem Sohn getroffen haben.

07. Juni: Der Angeklagte Gerlach gibt in der Vernehmung beim NSU-Prozess zu, Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe mit Reisepässen, Führerscheinen und 2001 oder 2002 einer Waffe versorgt zu haben, die Wohlleben beschafft hatte.

10. Juni: Vor dem Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss sagen zwei Zeugen der Polizeiabteilung des Thüringer Innenministeriums aus. Nach der Aussage des vernommenen und 1998 ermittelnden Beamten Robert Ryczko, haben die BeamtInnen während der Garagendurchsuchung die »Ansage gehabt«, niemanden festzunehmen, solange es keine außergewöhnlichen Funde gebe. Das Fluchtpotential der Verdächtigen habe man unterschätzt.

11. Juni: Die Aussage des Angeklagten Schultze bewegt im NSU-Prozess die Staatsanwaltschaft dazu, einen weiteren ungeklärten Anschlag in Nürnberg im Zusammenhang mit dem NSU zu prüfen. Es gebe einen Zusammenhang zwischen einem Rohrbombenschlag in einer Gaststätte eines türkischen Betreibers. Ein Helfer des Betreibers habe am 24. Juni 1999 einen etwa 30 Zentimeter langen Gegenstand entdeckt, der wie eine »Taschenlampe« ausgesehen habe, und beim Anschalten explodierte. Das Opfer erlitt Verbrennungen. Die Bundesanwaltschaft musste einräumen, dass es eine aktualisierte Liste mit Personen aus dem Umfeld des NSU gebe. Die sogenannte »129er-Liste« umfasse nun etwa 500 Personen.

13. Juni: Der UA des Bundestages trifft sich zu einer geheimen Sondersitzung. Es soll um mögliche Hinweise eines V-Mannes aus Baden-Württemberg zum Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter gehen. Dieser soll in Zusammenhang mit dem Mord eine Verbindung in die rechte Szene vor Ort belegen können.

18. Juni: Der Generalbundesanwalt gibt bekannt, dass gegen Zschäpe ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen des Anschlags von 1999 in Nürnberg eingeleitet wird.

18. Juni: Im NSU-Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtages wird bekannt, dass die ermittelnden Behörden schon 2007 von einer Gruppe namens »NSU« gehört hätten. Ein Beamter sagte, der Verfassungsschutz aus Thüringen oder Sachsen habe die Mitteilung gemacht, dass es eine rechte, terroristische Vereinigung NSU gebe, »das heißt dann Nationalsozialistischer Untergrund«. Der NSU könnte etwas mit der ungeklärten Mordserie zu tun haben. Später nimmt die Staatsanwaltschaft München Ermittlungen gegen den Beamten wegen möglicher Falschaussage auf.

19. Juni: Die Rostocker Bürgerschaft beschließt, einen Gedenkstein für das NSU-Opfer Mehmet Turgut zu errichten.

20. Juni: Aufgrund des Auffindens neuer, bisher nicht registrierter Akten zu »Blood & Honour«, dem »Ku-Klux-Klan« sowie der Geheimdienstoperation »Terzett« beim Sächsischen Verfassungsschutz wird dessen stellvertretender Präsident Olaf Vahrenhold entlassen.

21. Juni: Berlins Landeskriminalamt hatte noch einen dritten V-Mann im Umfeld des NSU. Neben Thomas S. (»V-Mann 562«) und dem Spitzel »VP 620« habe laut Akten auch der »V-Mann 773« über das Umfeld der Abgetauchten berichtet.

24. Juni: Die »taz« berichtet, daß 2004 aufgenommene Überwachungsvideos aus Köln, die Böhnhardt und Mundlos kurz vor dem Platzieren der Nagelbombe in der Keupstraße zeigen, nicht vollständg ausgewertet wurden. Darauf seien mögliche weitere ZeugInnen zu sehen, die Nebenklage will die vollständigen Videos als Beweisstücke in das Verfahren einbringen.

27. Juni: Ein Hinweis auf eine weiteres, 1998 bei Böhnhardt aufgefundenes »Telefonnummernverzeichnis relevanter Personen« taucht in den Akten des Thüringer Untersuchungsausschusses auf. Die Liste wurde nie ausgewertet und ist offenbar vernichtet worden.

27. Juni: Der Bruder des NSU-Mordopfers Süleyman Tasköprü aus Hamburg kritisiert, dass weder Kanzlerin Angela Merkel (CDU) noch Präsident Joachim Gauck bisher die Angehörigen in Hamburg besucht hätten und sich die Sicherheitsbehörden bisher nicht bei der Familie für falsche Verdächtigungen und Ermittlungen gegen sie im Zusammenhang mit dem Mord entschuldigt hätten.

1. Juli: Merkel trifft in Berlin 40 Angehörige der NSU-Opfer, sie fordern von der Regierung unter anderem stärkeres Bemühen um die Aufklärung der NSU-Morde.

3. Juli: Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und der Chef des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« (BfV), Hans-Georg Maaßen, kündigen als Lehren aus dem NSU für den Geheimdienst 130 Reformmaßnahmen für die interen Arbeitsabläufe und den Umgang mit Akten an. BeobachterInnen nannten die Auflistung eine »Hitliste der Banalitäten«.

8. Juli: »Der Spiegel« berichtet, die frühere Partnerin des mutmaßlichen NSU-Helfers Wohlleben sei unter dem Tarnnamen »Jule« Informantin des TLfV gewesen. 1998 und 1999 soll sie Informationen über ihn und seine Kontakte in der Neonazi-Szene berichtet haben.

10. Juli: Der MDR meldet, das TLfV habe 2001 versuchte, den NSU-Helfer Carsten Schultze als Informanten zu gewinnen. Das gehe aus Unterlagen des Amtes hervor. Ob er tatsächlich angesprochen oder geworben wurde, ist bislang unklar. Schultze verneint eine Ansprache durch das TLfV.

13. Juli: In Dortmund wird ein Gedenkstein für die NSU-Opfer eingeweiht. In der Stadt wurde Mehmet Kubasik als erstes Opfer des NSU ermordet.

17. Juli: Der Bayerische Landtag diskutiert den Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses. In dem öffentlichen Dokument werden den Behörden Fehler bei der Fahndung wegen der fünf Morde des NSU in Bayern vorgeworfen. Zudem sei der Geheimdienst ahnungslos, inenffizient und voreingenommen gewesen.

18. Juli: Im NSU-Prozess sagt ein BKA-Beamter aus, der V-Mann des TLfV Tino Brandt habe in den 1990er Jahren die späteren NSU-Mitglieder darin bestärkt, Gewalt anzuwenden.

23. Juli: Laut einer repräsentativen Studie glauben zwei Drittel der in Deutschland lebenden TürkInnen nicht an eine lückenlose Aufklärung der NSU-Morde. Nur neun Prozent denken, daß die Rolle der Sicherheitsbehörden geklärt werde und nur sieben Prozent der Befragten glauben, dass die Bundesregierung den politischen Willen zur Aufklärung hat. 70 Prozent sagen, die Taten hätten ihre privates Leben beeinflußt. Es würden heute erhöhte Sicherheitsvorkehrungen getroffen und Pläne zur Auswanderung gemacht.

26. Juli: In einem Positionspapier wirft Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) dem Innenminister des Landes, Jörg Geibert (CDU), und dem TLfV vor, aus dem NSU nichts gelernt zu haben. In den Behörden habe sich »nichts geändert«.

30. Juli: Die »Stuttgarter Zeitung« berichtet, daß SPD und Grüne die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum NSU ablehnen, obwohl zahlreiche Spuren des NSU nach Baden-Württemberg führen. So bleibt der letzte Mord der Neonazis 2007 an einer Polizistin in Heilbronn bis heute völlig rätselhaft.

31. Juli: Die Staatsanwaltschaft Erfurt stellt die Ermittlungen gegen Zschäpe wegen einer Schießerei am Bahnhof Erfurt am Silvesterabend 1996 ein. Drei Neonazis – zwei Männer und eine Frau – hätten damals nach einem Streit auf zwei andere Männer geschossen. Sie wollen nach dem Auffliegen des NSU Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe als Täter wiedererkannt haben. Die Staatsanwaltschft ist der Auffassung, es gebe keinen Anfangsverdacht für eine MittäterInnenschaft Zschäpes.

04. August: Der MDR schreibt, daß die Thüringer Landesregierung erst mit einer Verspätung von eineinhalb Jahren Geheimdienst-Unterlagen zum NSU der Bundesanwaltschaft zur Verfügung gestellt hat. Die Akten zur versuchten Anwerbung von Carsten Schultze als Spitzel seien erst jetzt in einem Panzerschrank des Geheimdienstes aufgefunden worden.

06. August: Ein Bayerischer Ermittler sagte im NSU-Prozess, er sei nach dem Mord an Ismail Yasar 2005 »selbstverständlich« von einem rassistischen Hintergrund ausgegangen, es seien dann aber keine konkreten Spuren gefunden worden.

10. August: Die »Stuttgarter Zeitung« berichtet, der NSU habe in 14 Städten in Baden-Württemberg potentielle Anschlagsziele ausgespäht. Einzelpersonen, Geschäfte von MigrantInnen und Parteibüros seien von den mutmaßlichen NSU-Mitgliedern auf einer Liste registriert worden.

18. August: »Der Spiegel« berichtet, das Bundesinnenministerium verlangt vor der Veröffentlichung des Abschlussberichtes des UA des Bundestages zum NSU die Bearbeitung von insgesamt 118 Textstellen und die komplette Streichung von 47 Passagen.

22. August: Der UA des Bundestages übergibt nach eineinhalb Jahren Arbeit seinen öffentlichen Abschlussbericht an den Bundestag und stellt ein »beispielloses Versagen der Behörden« fest. Der Bericht umfast knapp 1.400 Seiten, basiert auf 12.000 Akten und den Aussagen von 107 ZeugInnen.

Protokolle aller Verhandlungstage am Münchener OLG im NSU-Prozess gibt es unter: www.nsu-watch.info

Im ›Hier und Jetzt‹?

Im Juni erschien die aktuelle Ausgabe der »hier & jetzt«. Auf fast 180 Seiten will die »radikal rechte zeitschrift« intellektuelle Vorarbeit leisten. Dazu versucht die NPD-nahe Zeitschrift ein Forum für viele Spektren der extremen Rechte zu sein. Nationale Sozialrevolutionäre, ›Neue-Rechte‹, Deutsch-Nationale und andere finden in ihr eine Plattform für ihre Ansichten.

von Toni Brandes



Geld koste die Herstellung, viel Geld: »Deshalb würden wir uns sehr freuen, wenn uns der eine oder andere Leser unserer Zeitschrift in unserer weiteren Arbeit mit einer Spende […] unterstützen könnte«, bettelt Arne Schimmer, Chefredakteur der Zeitschrift in einem Brief vom 3. Juni 2013, der der 19. Ausgabe der »hier & jetzt« beilag. Geld verschlingen vor allem die Druckkosten. Aber auch der Rechtsstreit um die staatliche Finanzierung des NPD-nahen »Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität e. V.« koste. Unter ihrer Ägide erscheint seit November 2009 (Ausgabe 14) das Magazin. Gegründet wurde das Bildungswerk als Stiftung, die den »Wertvorstellungen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands nahesteht«, 2005 in Dresden. Um die Gewährung finanzieller Zuschüsse durch den Freistaat Sachsen zur erreichen, hatte die Institution eine – mittlerweile wegen der geringen Aussicht auf Erfolg zurückgenommene – Klage eingereicht.

Vor der Übernahme durch die Stiftung erschien die erstmals 2005 publizierte »hier & jetzt« unter der Leitung der sächsischen »Jungen Nationaldemokraten« (s. drr Nr. 100) und unter Angelika Willig als Chefredakteurin. Mit dem Wechsel der Herausgeberschaft verließ die promovierte Philosophin das Projekt. Doch der publizistischen Laufbahn der mittlerweile 50-Jährigen, die unter anderem bei rechten Zeitungen wie der »Jungen Freiheit« begann, tat das kaum Abbruch. Heute schreibt sie regelmäßig für das österreichische Magazin »Neue Ordnung« und jüngst beispielsweise auch für »Umwelt & Aktiv«. Willig ist eine der wenigen Frauen, die in der Zeitung publizierten; in der aktuellen Ausgabe findet sich beispielsweise unter 18 Artikeln nur einer von einer Autorin. Den von »hier & jetzt« selbst gestellten Anspruch, »einen modernen Nationalismus zu formulieren und identitäre Lebensart jenseits der Schmuddelecken zu offerieren« sowie »ein Debattenorgan zu sein, in dem Streitfragen kontrovers und auf hohem Niveau ausgetragen werden können«, versucht die Zeitschrift einzulösen, indem sie die Spannbreite der Themen weit fasst.

Lange Wartezeit

Gut ein Jahr verging, bevor die aktuelle Ausgabe im Frühsommer 2013 erschien. Begründet wird dies mit anderweitiger Arbeit, gleichwohl macht es auch deutlich, welcher Stellenwert dem Projekt eingeräumt wird. Der große zeitliche Abstand zur 18. Ausgabe macht sich im Umfang sowie in der Aktualität der Artikel bemerkbar – offenkundig wurde aufgenommen, was in der Zwischenzeit an Texten auflief. Thematisch wird eine breite Palette abgedeckt: Vom NPD-Verbot über die Wirtschaftskrise und Identitätsfragen bis hin zu Fragen der Schulpflicht.

Feindbestimmung(en)

Der Hauptfeind, an dem sich die AutorInnen in dem Heft abarbeiten ist der »Universalismus«, also die Auffassung, dass Werte eine universale Gültigkeit besitzen. Er liegt dem Liberalismus und Sozialismus zugrunde. Darum weiß auch Arne Schimmer und problematisiert das aus rechter Perspektive bereits im Editorial zur neuen Ausgabe: »War der Sowjetkommunismus nicht die letzte Konsequenz einer alle ›Ganzheiten‹ wie Völker, Kulturen, Religionen und Nationen negierenden Fortschrittstheorie, deren Wurzeln in der Französischen Revolution mit ihrem ›Kult der Vernunft‹ lagen und die zwangsläufig in Repression und Terror enden mußte?« Vom historischen Bruch 1989 ausgehend, kommt er bei der aktuellen Wirtschaftskrise an und attestiert der Europäischen Union und den »politischen Eliten, nichts aus einem so epochalen Ereignis wie dem Untergang der Sowjetunion gelernt [zu] haben!« Schimmer sieht nun am politischen Horizont den Nationalstaat erstarken. Dieser werde – den Bemühungen der »Konterrevolutionären« (gemeint ist die »neofeudale(n) Klasse von Kommissaren und Gouverneuren«) zum Trotz – zurückkehren. Später wird Schimmer dieses Thema in seinem Artikel »Das Scheitern des Universalismus in der Euro-Krise« vertiefen. Auch im Interview mit dem bekannten konservativen Historiker Ernst Nolte ist der Kampf zwischen Universalismus und Partikularismus ein Thema. Daneben streift das Interview die von Nolte bearbeiteten Sujets, hält sich länger mit dem historischen Nationalsozialismus auf – eruiert die Vergleichbarkeit von Auschwitz und der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten sowie die »Vertreibung« der Deutschen. Das Interview endet mit einem

Seitenhieb auf den laut »hier & jetzt« alles umfassenden »Kampf gegen rechts«. In die gleiche Kerbe schlägt Professor Dr. Paul Gottfried, ein Konservativer aus den USA. In seinem Artikel »Metamorphosen« beklagt er den zur »Herrschaftsideologie« aufgestiegenen »Antifaschismus«. Dieser sei »multikulturell und antinational« und werde zunehmend von »Intellektuellen, Beschäftigten des öffentlichen Sektors und Zuwanderern« getragen. Demgegenüber bringt Wolfgang Bendel »Die Rechte« – hier ist nicht die Partei gemeint – in Stellung. Sie sei in einem schlechten Zustand. Mit einem Parforceritt durch die Geschichte der Rechten handelt er Nationalsozialismus, Nationalbolschewismus und Faschismus ab. Allen sei gemein, dass sie versucht haben, linke Elemente zu integrieren. Vom heutigen Konservatismus sei nicht viel zu erwarten, komme er doch als »verkappter Liberalismus« daher. Abhilfe will Bendel mit seinem »Kurzkompendium rechter und linker Denkweisen« schaffen. Mit der Gegenüberstellung von Begriffen wie »Identität statt Globalismus«, »Reichsidee statt Nationalstaat« sowie weiteren Vorgaben möchte er die »Rechte« ideologisch festigen und lädt pathetisch zum Besuch in das »Land der Rechten« ein.

Stammschreiber Schwab

Einen festen Platz in der Zeitschrift hat Jürgen Schwab. Der aus dem Fränkischen stammende Germanist ist Autor der ersten Stunde. In nahezu jeder Ausgabe hat er veröffentlicht. Politisch zählt er zu den bekanntesten Vertretern des national-revolutionären Spektrums. Unter anderem hat er »Zur Ausländerpolitik« (3/2006), zum »Zionismus« (5/2006), zu »Nationaler Antikapitalismus« (6/2007) und zur »Querfront« (9/2008) geschrieben. Neben seinen publizistischen Tätigkeiten beteiligte sich Schwab an Aktionen des neonazistischen »Freien Netz Süd« (FNS). Er war Redner auf mehreren Veranstaltungen dieser jüngst von Hausdurchsuchungen betroffenen Kameradschaft (s. drr Nr. 143, S. 8). Sein aktueller Beitrag in »hier & jetzt« unter dem Titel »Interessen im Nationalen Widerstand« behandelt – ausgehend von der Debatte um den aktuellen NPD-Vorsitzenden Holger Apfel – die »Zerwürfnisse zwischen Teilen des partei-freien Kameradschaftsspektrums und Teilen der NPD«. Schwab lässt Sympathien für Apfels Kurs erkennen. Wenn festgelegt werde, »welche Schnittmengen in Inhalten und Aktionsformen es zwischen NPD und ›Freien‹ gibt«, würde das die Glaubwürdigkeit von Apfel stärken und dem Interesse der NPD, Wahlen zu gewinnen, dienen. Bei den Protagonisten der »Freien Kameradschaften« spart Schwab nicht mit Kritik. Ihnen wirft er ein beschränktes Politikverständnis vor. Manche hätten es sich in ihrer politischen Wagenburg bequem gemacht, »[...] sie fänden sich mit der gesellschaftlichen Rolle des ausgegrenzten enfant terrible zurecht«. Andere würden ihrer Selbstbezeichnung als »nationaler Sozialist« nicht gerecht. Vorhersehbar beendet Schwab seinen Artikel mit der Feststellung: »Derweil ist es die Aufgabe des sozialrevolutionären Nationalismus, die Wirkungen der Überfremdungsfrage auf ihre Ursache, nämlich auf die kapitalistische Entfremdung der Warenproduktion, zurückzuführen.«

Platz für die »neue Rechte«

Wie um zu beweisen, dass er keine Berührungsängste mit dem politischen Gegner hat, stellt Dominik Schwarzenberger seinem Artikel »Krise und Mangel« ein Zitat des italienischen kommunistischen Theoretikers Antonio Gramsci voran. Weiter im Text wird auf Herbert Marcuse, Rudi Dutschke und Wladimir Iljitsch Lenin Bezug genommen. Schwarzenberger sieht Chancen für eine Erhebung von rechts, sollte sich die derzeitige Krise zuspitzen, der Wohlstand schwinden und Mangel an dessen Stelle treten. Bei seiner Verelendungstheorie setzt Schwarzenberger unter anderem auf die »unbeweibten Männer«, die er vor allem in »Mitteldeutschland« ausmacht. Den wohl interessantesten Beitrag steuert der der ›Neuen Rechten‹ anhängende Dr. Tomislav Sunic mit »Die ethnische Frage als Identitätsfrage – Unterschiede in den USA und Europa« bei. Nach langen Exkursen zu Identitätsfragen in den USA und Europa stellt der ehemalige kroatische Diplomat und Professor Sunic fest: »Aber Rasse ist eben nicht nur als etwas Biologisches – es ist auch eine geistige Gestalt. Als metaphysische Unterlage des Rassenbegriffes kann nur ein starkes und gemeinsames Kulturbewußtsein helfen«. Sunic ergänzt – ganz in ›neurechter‹ Tradition – die Biologie mit Kultur. Interessant wäre die Rezeption des Beitrages, der schlussfolgert, »Die Übertonung des physisch-biologischen Elements als Identitätsmerkmal, wie man das oft in manchen weißen nationalistischen Kreisen findet, ist eine Sackgasse«. Und weiter: »Schöne weiße Körper stehen keinesfalls für einen guten Charakter. Nur der Rassengeist kann der Identität […] die endgültige Ausweiskarte verschaffen.« Es ist augenfällig, dass Sunics Text sich nicht an die breite Masse der sich als rechts verstehenden weißen RassistInnen richtet. Der Artikel ist für eine intellektuelle Minderheit gedacht, das Zielpublikum der »hier & jetzt«. Dieses dürfte auch Interesse an einem weiteren Beitrag haben, der sich mit Veranstaltungen der ›Neuen Rechten‹ beschäftigt. Arne Schimmer berichtet vom »Zwischentag«, dem Zusammentreffen verschiedener VertreterInnen aus diesem Spektrum am 6. Oktober 2012 in Berlin. Er ist angetan von der Vielfältigkeit des Publikums und schöpft Hoffnung für die ›Neue Rechte‹. Das sei der Verdienst von Götz Kubitschek (»Institut für Staatspolitik«), der mit seinem offensiven Stil den Stillstand des Spektrums überwunden habe, so Schimmer.

Hören & Lesen

Rezensionen von CDs und Publikationen haben einen festen Platz in der »hier & jetzt«. In der aktuellen Ausgabe füllen sie gut 40 Seiten. Für einen Teil ist seit der Nummer 14/2009 Friedrich Baunack verantwortlich. Der mittlerweile 58-Jährige hat sich Anfang der 1990er Jahre bei den ›Republikanern‹ engagiert. Danach wechselte der Liedermacher in das Umfeld der NPD. Der Titel der Rubrik »Blätterwald und Scheibenschau« ist gleich neben dem Foto eines Junkers-Bombers der Wehrmacht platziert – doch die Auswahl des Besprochenen erscheint bei ihm beliebig.

Einen großen Raum nehmen die Sammelrezensionen von Erscheinungen zum »Nationalsozialistischen Untergrund« ein, verfasst von Holger Szymanski, Leiter des Parlamentarischen Beratungsdienstes der sächsischen NPD-Landtagsfraktion. Aber er findet nur an einem Buch ansatzweise Gefallen, an jenem des ehemaligen Thüringer Verfassungsschutzchefs Helmut Roewer aus dem rechten »Ares Verlag« (s. drr Nr. 139).

wie & weiter?

Es gibt in der extremen Rechten wenige Publikationen, die die zahlreichen Ausrichtungen innerhalb ihres Lagers in dieser Bandbreite versammeln. Andererseits sollte ihr Einfluss nicht überschätzt werden. Mit einer oder zwei Ausgaben pro Jahr kann die Zeitschrift eher als Aufsatzsammlung betrachtet werden, die eine Minderheit innerhalb der Rechten anspricht. Und so reiht sie sich in die Bestrebungen der verschiedenen Strömungen ein, kontinuierliche Bildungs- und Debattenangebote bereitzustellen. Doch ob alle dem teilweise gehobenen Sprachstil folgen können, ist fraglich. Der LeserInnenkreis ist damit limitiert auf die vermeintlich ›Klugen‹.

Brotherhoods – Zwischen Rockermythos und »Blood & Honour«

Neonazistische »Bruderschaften«, wie die »Brigade 8«, die Rockerclubs nacheifern, wurden bisher von Behörden und Öffentlichkeit kaum beachtet. Dies könnte sich mit dem Verbot einer Partyveranstaltung der »Brigade 8 Crew Bremen« nun ändern.

von David Janzen



^ *Teilnehmer und ein »General« von »Brigade 8« am 25. Mai 2013 in Nienhagen*

»Eine neue Bruderschaft ist bereits in aller Munde, das Gerücht einer neuen weißen Macht dreht bereits die Runde. […] Heil! Heil! Heil! Der Brigade 8« – Die hier von der Band »Legion Germania« besungene Vereinigung war bisher kaum bekannt. Auch die Behörden zeigten sich lange Zeit wenig interessiert an den neonazistischen »Bruderschaften«, deren Zahl in den letzten Jahren sichtbar zugenommen hat. Mit dem öffentlichkeitswirksamen Verbot einer Party der »Brigade 8 Crew Bremen« am 22. Juni dieses Jahres durch den Bremer Innensenator sind die neonazistischen »Brotherhoods«, die Struktur und Habitus der »Outlaw-Motorradclubs« nachahmen, in den Fokus gerückt.

»Ohne Verfassungsschutz wären wir blind«, dankte der Innensenator dem Bremer Verfassungsschutz angesichts dessen Warnung vor der »Brigade 8«. Dabei finden sich auch ganz ohne geheimdienstliche Mittel anzuwenden in sozialen Netzwerken zahlreiche Hinweise und Bilder, die die Mitglieder ganz offen in ihren Kutten und mit entsprechender NS-Symbolik zeigen. Und auffallend viele Anhänger diverser »Brotherhoods«, darunter auch Mitglieder der »Brigade 8«, nahmen an einem großen RechtsRock-Event am 25. Mai 2013 in Nienhagen (Sachsen-Anhalt) teil.

Angst vor Strafverfolgung und Verboten scheinen die »Bruderschaften« bisher kaum zu haben. Offen militant ist dementsprechend ihre Symbolik: Pistolen, Sturmgewehre und gekreuzte Handgranaten prägen die Selbstdarstellung. Die »Arische Bruderschaft«, die vor allem in Südniedersachsen und Thüringen auch als Ordnertruppe bei RechtsRockkonzerten auftritt, verwendet gekreuzte Handgranaten als Markenzeichen. Unmissverständlich ist auch die Aussage eines Werbebanners der »Brigade 8«: Ein im Stil amerikanischer Gangsterfilme gekleideter Mann hält dort dem Betrachter eine Pistole ins Gesicht. »Vollstrecker Brigade 8« ist dort zu lesen und im Pistolenlauf prangt »1%«. »Einprozenter«, so nennen sich die Motorradclubs, die sich als »Outlaws«, als »Gesetzlose« verstehen.

Neben der Rockerszene sehen die Behörden auch im verbotenen »Blood & Honour«-Netzwerk ein Vorbild der »Brigade 8«. Der von ihr benutzte Zahlencode »28« steht nicht nur für »B8«, sondern gilt auch als Szenekürzel für »B&H« (Blood & Honour). Zudem präsentiert sich zum Beispiel ein Mitglied der »Brigade 8 Ostdeutschland« ganz offen im Internet vor einer »Blood & Honour«-Fahne. Auch die guten Verbindungen in die Rechtsrockszene, insbesondere zu Bands, wie »Strafmaß« und »Bunker 16«, die als »B&H«-nah gelten, legen entsprechende Verbindungen nahe.

Ihre Wurzel hat die »Brigade 8« in Schleswig-Holstein. Hier residiert auch der »President« aller »Chapter« der unterschiedlichen Bundesländer. Von Schleswig aus vertreibt dieser über seine »Nordic War Clothing & Streetwar Company« allerlei Merchandise der Gruppe. Für Anhänger, die nicht Mitglied sind, gibt es dort Aufnäher mit der Aufschrift »Supporter Brigade 8 Crew« und dem Symbol eines Sturmgewehrs. Auch der Online-Shop »Zentralversand« von Rene Herrmann, der in Chorin (Brandenburg) sitzt, vertreibt Aufnäher für die »Unterstützer«.

Unklar ist, über wie viele Mitglieder und »Chapter« die Vereinigung tatsächlich verfügt. Neben den »Chaptern« in Schleswig-Holstein und Bremen, die auch als »Northland« und »Nordic« bezeichnet werden, existiert ein Ableger in Niedersachsen, deren »Member« vor allem aus den Regionen um die Landeshauptstadt kommen. Hier traten bisher vor allem Marc J. und Sebastian G. als Mitglieder der »Brigade 8« auf. Beide sind eher in der subkulturell orientierten RechtsRockszene zuhause, wobei Marc J. auch schon an neonazistischen Aufmärschen teilnahm. Das »Chapter Ostdeutschland« hat seinen Schwerpunkt in der Oberlausitz. Daneben soll es noch »Chapter« in Thüringen, Sachsen, Mecklenburg und Nordrhein-Westfalen geben. Außerdem erweckt die »Brigade 8« den Eindruck einer Expansion ins Ausland. So tritt ihr Kopf seit kurzem als »President Brigade 8 World« auf.

Die »Brigade 8« ist nicht die einzige neonazistische Bruderschaft, die ihren Stammsitz im nördlichsten Bundesland hat. Hier residiert auch die »Bruderschaft Midgards Wächter«. Diese veranstaltete Anfang August einen »Balladenabend«, bei dem die neonazistischen Liedermacher »Raunijar« und Kai Müller aus dem niedersächsischen Bad Lauterberg auftraten. Das Publikum war denn auch eine Mischung aus ein paar bekannten AktivistInnen aus der Neonazi-Szene und denjenigen, die eher subkulturell in der RechtsRockszene unterwegs sind. Auch Müller trägt gern ein »Rockeroutfit«. Seine Kutte zeichnet ihn als Mitglied des »Chapters Süd-Harz« der »Bruderschaft Sign of the Hammer« aus.

Ob »Brigade 8«, »Sign of the Hammer«, »Straight hate München«, »Urd&Skult«, »Bloodlines Germania«, »Blood Brother Nation« oder »Wolf's Hook White Brotherhood« – alle betonen trotz all der Rockermimikry, dass sie kein MC, also kein »Motorradclub« seien. Zu groß ist die Angst, die wirklichen Rocker mit ihren Revieransprüchen auf den Plan zu rufen. Dabei versuchen die »Bruderschaften« durchaus, sich mit den großen Klubs gut zu stellen, erhofft man sich doch, so etwas mehr von deren Mythos der Unantastbarkeit abzubekommen.

Ideenlos für Deutschland

Seit 2002 finden in Thüringen regelmäßig RechtsRock-Großveranstaltungen mit mehreren Hundert Neonazis unter freiem Himmel statt. Auch 2013 wurden drei Neonazi-Festivals erneut von NPD und »Freien Kräften« gemeinsam durchgeführt, die Zahl der BesucherInnen ging jedoch zurück. Ärgerlich ist das vor allem für die NPD, die bislang am meisten davon profitierte.

von Matthias Ritter



^ *»Priorität 18« mit Maik Müller in Kahla am 15. Juni 2013*

Der »Nationale Kundgebungstag« des NPD-Funktionärs Thorsten Heise zog am 4. Mai im Eichsfeld trotz besten Wetters nur rund 400 Neonazis an. Im vergangenen Jahr waren es trotz Regens gut 950 Gäste. Auch zum »Thüringentag der nationalen Jugend« am 15. Juni in Kahla, der 2002 als erste Veranstaltung dieser Art in Thüringen vom mutmaßlichen Helfer des »Nationalsozialistischen Untergrundes« Ralf Wohlleben initiiert worden war, kamen nur 160 BesucherInnen – statt 250 wie im Jahr zuvor. Und selbst das erfolgreichste RechtsRock-Festival in Thüringen, das »Rock für Deutschland« in Gera, verzeichnete am 6. Juli trotz des Auftritts der in der Szene beliebten Band »Lunikoff Verschwörung« mit 600 angereisten Neonazis einen BesucherInnenrückgang von 400 Personen.
Durchschnittlich haben sich die TeilnehmerInnenzahlen zum Vorjahr fast halbiert. An der Unsicherheit, ob die Veranstaltungen kurzfristig verboten werden könnten, liegt der Rückgang der BesucherInnenzahlen allerdings nicht. Denn Thüringen ist ein sicheres Pflaster für RechtsRock-Open-Airs, die von NPD-Aktivisten als politische Kundgebung angemeldet werden. Verbote gab es nur selten und auch wenn mittlerweile keines der Festivals mehr ohne eine Überzahl an GegendemonstrantInnen stattfindet, gelingen nur selten ernsthafte Störungen.

»National befreite Zone«
Auf den Festival-Arealen bleiben die Neonazis unter sich. Die Polizei beschränkt sich in der Regel auf Vorkontrollen und ahndet Rechtsverstöße erst im Anschluss. So solle die Situation nicht eskalieren, heißt es. Nicht zu Unrecht freute sich daher der NPD-Aktivist Safet Babic aus Trier, der in Gera als Redner auf der Bühne stand, über die »national befreite Zone«, die mit dem »Rock für Deutschland« mitten in der Stadt geschaffen wurde. So entsteht eine Erlebniszone mit RechtsRock, Reden und Verkaufsständen sowie manchmal sogar Kinderprogramm. Die Gründe für den BesucherInnenrückgang sind an anderer Stelle zu suchen. Einerseits hat die Zahl offen beworbener RechtsRock-Konzerte in »Mitteldeutschland« zugenommen, die Szene verteilt sich auf mehr Veranstaltungen. Andererseits wirkte das diesjährige musikalische Angebot für die Szene ideenlos. Mit einem spektakulären Line-Up konnte keines der Festivals aufwarten. Auch mit der Band »Lunikoff Verschwörung«, die in Gera antrat, lassen sich keine großen ZuschauerInnenzahlen mehr erzielen. Zu oft war der ehemalige Sänger von »Landser«, Michael Regener, in jüngerer Zeit zu sehen. Auch das bei allen Festivals per Auflage verfügte Alkoholverbot förderte die Attraktivität nicht – auch wenn es oft mit dem Gang zur nahen Tankstelle unterlaufen wird. So zeigte auch das Beispiel des schlecht besuchten »Thüringentags der nationalen Jugend« in Kahla, dass vor allem das musikalische Angebot über die Zahl der Gäste entscheidet. Denn dort lag der Schwerpunkt der Veranstaltung wie in den vergangenen Jahren erneut auf politischen Reden, darunter in diesem Jahr auch Rechtsterrorist Martin Wiese, der sich mit sieben weiteren RednerInnen und nur drei Bands ohne nennenswerte Highlights die Bühne teilte. Zudem wurde in diesem Jahr erst spät für die Thüringer Neonazi-Festivals geworben. Sowohl für das »Rock für Deutschland« als auch für den »Nationalen Kundgebungstag« tauchten erst rund vier Wochen vorher die ersten Flyer auf.

Geldquelle
Stören dürfte der BesucherInnenrückgang vor allem die NPD, aus deren Reihen die Anmelder stammen, denn die Partei profitiert materiell von den als Spenden deklarierten Eintrittsgeldern zwischen 15 und 25 Euro. 2011 kamen so mehr als 21.000 Euro für die Neonazipartei zusammen, wie aus Unterlagen des NPD-Landesparteitages 2012 hervorgeht. Zudem gelingt es der Partei mit den Festivals, die subkulturelle Szene zu mobilisieren und an sich zu binden – also jene Neonazis, die weder zu Aufmärschen kommen noch auf Parteiveranstaltungen gehen. Auch der für die NPD strategisch wichtige Schulterschluss mit den »Freien Kräften« gelingt auf diesem Weg. Sie übernehmen bei den Veranstaltungen Ordnerdienste oder den Getränkeverkauf. Für die gute Zusammenarbeit mit den »Freien Kräften« sind insbesondere die anmeldenden NPD-Aktivisten Gordon Richter in Gera und Thorsten Heise im Eichsfeld verantwortlich. Sie stammen selbst aus der Szene der »Kameradschaften« und sind seit Jahren vor Ort aktiv. Während Richter von den Gruppen »Vollstrecker Gera« und »Volkszorn Gera« unterstützt wird, ist auf vielen T-Shirts der HelferInnen von Heise das Logo der »Arischen Bruderschaft« zu sehen.

Keine Selbstäufer
2013 hat sich gezeigt, dass die Thüringer RechtsRock-Open-Airs immer noch viele Neonazis anziehen, aber nicht zu Selbstläufern geworden sind. Doch dass es möglich ist, eine große Zahl subkulturell orientierter Neonazis zu mobilisieren, zeigte das erstmals veranstaltete Festival »In Bewegung« des Betreibers des »Germania Versandes« und NPD-Aktivisten Patrick Weber aus dem Thüringischen Sondershausen (s. Seite 18). Mit frühzeitiger, aufwändiger Werbung und einer ausgewählten Liste an Bands, darunter »Kraftschlag« und der Liedermacher Frank Rennicke, gelang es, mehr als 800 Neonazis in das abgelegene Berga kurz hinter der Grenze zu Sachsen-Anhalt zu locken.

Und noch ein Nazi-Open-Air

Die Gemeinde Berga liegt im Südwesten von Sachsen-Anhalt direkt an der Landesgrenze zu Thüringen. Am 10. August 2013 fand im Gewerbegebiet des 1.800-EinwohnerInnen-Ortes unter dem Titel »In.Bewegung – Das politische Fest der Nationalen« ein weiteres RechtsRock-Festival statt. Mit um die 1.000 BesucherInnen war es erfolgreicher als die etablierten konzeptionell ähnlichen Veranstaltungen in Thüringen.

von Silke Heinrich



Schon seit Anfang des Jahres machte der Thüringer Patrick Weber Werbung für seine in Sangerhausen geplante und später nach Berga verlegte Veranstaltung. Auf einer regelmäßig aktualisierten Website konnten Interessierte detailliert den Fortschritt der Programmplanung verfolgen. Für das »Bewegungsfest« machte Weber Werbung auf den jährlichen Thüringer Neonazi-Open-Airs. Er war beim »Eichsfeldtag« in Leinefelde, dem »Thüringentag der nationalen Jugend« in Kahla sowie dem »Rock für Deutschland« in Gera mit einem Banner und T-Shirt-Werbung präsent. Der 30-Jährige hat Erfahrung mit der Durchführung derartiger Veranstaltungen. In den Jahren 2008 und 2011 fand der »Thüringentag der nationalen Jugend« unter seiner Regie in dessen Heimatstadt Sondershausen statt. Insbesondere 2011 lag die TeilnehmerInnenzahl weit über dem Durchschnitt. Weber ist Mitglied im Thüringer NPD-Landesvorstand sowie Kreisvorsitzender im nur wenige Kilometer von Berga entfernten Kyffhäuserkreis. Außerdem betreibt er seit Jahren den »Germaniaversand« und steht damit auch für die Verknüpfung von Politik und Musik, die auf Festen wie in Berga die Neonazis mobilisieren soll.

Rechtsrock für Groß und Klein

Am Eingang zum Veranstaltungsgelände bildete sich gegen 13 Uhr eine lange Schlange. Männer, Frauen und Kinder warteten geduldig darauf, die geforderten 18 Euro »Spende« pro Person für diese als politische Kundgebung angemeldete Veranstaltung zu bezahlen. Dafür erwarteten sie dann nicht nur Redner und Infostände, sondern auch ein ausgedehntes musikalisches Programm, einige Verkaufsstände sowie eine Kinderbetreuung. Musikalisch hatte Weber mit Frank Rennicke sowie den Bands »Oidoxie« und »Kraftschlag« Szenegrößen eingeladen, die sicher wesentlich zum Publikumserfolg der Veranstaltung beigetragen haben. Daneben traten die Thüringer »Kinderzimmerterroristen« (KZT), »Strafmass« aus Bremen sowie »Painful Awakening« aus Mecklenburg-Vorpommern auf. Die Bühne war mit zwei Werbebannern des »Germaniaversandes« geschmückt. Während der Auftritte der Bands vergnügten sich zahlreiche anwesende Kinder auf der Hüpfburg oder tanzten zur Neonazi-Musik. Einige trugen bereits Szene-T-Shirts, zum Beispiel mit der Aufschrift »Arisches Kind« und einer Huldigung blauer Augen und blonder Haare, beides passte perfekt zum Veranstaltungsmotto »Deutsche Kinder braucht das Land« und dem völkischen-rassistischen Inhalt der Reden.

Volksfront reloaded?

Den Rednern war teilweise bewusst, dass sie bei derartigen Veranstaltungen die Rolle des Spaßverderbers innehaben. So entschuldigte sich der Hauptredner des Tages, der Berliner Anwalt Wolfram Nahrath, auch dafür, dass die vorherige Band nicht länger spielen konnte. Mit Andreas Storr, Udo Pastörs und Udo Voigt war das Redner-Aufgebot sehr NPD-lastig und wurde vom »freien Aktivisten« Maik Müller aus Dresden komplettiert. Wird doch gerade auf derartigen Festen in Thüringen und Umgebung nach dem Scheitern der sogenannten »Volksfront von rechts« demonstrativ versucht, die Zusammenarbeit zwischen der Partei und den parteiungebundenen Kräften weiter aufrechtzuerhalten. So präsentierten sich neben der NPD mit dem »Gedenkbündnis Bad Nenndorf«, der Initiative »Tag der deutschen Zukunft« und dem »Aktionsbündnis gegen das Vergessen« auch die ausnahmslos aus den Reihen der »Freien Kräfte« stammenden Veranstalter der wichtigsten überregionalen Demonstrationen dem eher subkulturell interessierten Publikum. Den Trend abnehmender BesucherInnenzahlen konnten sie damit jedoch nicht aufhalten. Währenddessen wehten über der Bühne die vier Fahnen, die exemplarisch für den Schulterschluss zwischen NPD und »Freien Kräften« wie auch für den Spagat zwischen Radikalität und Realpolitik stehen: die Fahne der NPD und die schwarz-rot-goldene der BRD auf der einen Seite sowie die schwarze Fahne der »Freien« und die schwarz-weiß-rote Reichsfahne auf der anderen Seite.

Thüringer Export

Die Info- und Verkaufsstände waren weitestgehend die gleichen wie bereits in Leinefelde, Kahla und Gera: Neben der Thüringer Bekleidungsmarke »Ansgar Aryan« und Webers »Germania-Versand« waren unter anderem die Thüringer AktivistInnen des »Bündnisses Zukunft Hildburghausen« sowie das »Nationale Bildungswerk Ronneburg« vor Ort. Auch das Kinderprogramm in Form eines Clowns und einer Hüpfburg waren aus dem Nachbarbundesland importiert. Auffallend war, dass weder die NPD noch »Freie Kräfte« aus Sachsen-Anhalt maßgeblich in die Organisation der Veranstaltung im eigenen Bundesland eingebunden waren. Auf der Liste der Redner und Infostände sucht man Vertreter aus Sachsen-Anhalt vergebens. Lediglich hinter dem NPD-Stand und dem vom Thüringer »Ring Nationaler Frauen« betriebenen Infotisch sowie an der Bratwurst-Ausgabe hielten sich Sachsen-AnhalterInnen auf. Warum die Veranstaltung in Sachsen-Anhalt durchgeführt wurde, bleibt Spekulation. Möglicherweise wollte Weber damit an eine Reihe von Neonazi-Sommer- und Winterfesten in Sangerhausen anknüpfen, die in den Jahren 2007 bis 2009 stattfanden. Damals war das Neonazi-Paar Enrico Marx und Judith Rothe aus dem nahegelegenen Sotterhausen an der Organisation beteiligt. Beide waren mit ihren Kindern in Berga lediglich Gäste, Marx stellte jedoch seine Gulaschkanone zur Verfügung.

Ausgerockt

Das »Europa Erwacht«-RechtsRockfestival am 10. August 2013 im unterfränkischen Roden-Ansbach wurde von den Behörden kurzfristig verboten. Die veranstaltenden Neonazis vom »Freien Netz Süd« zeigten sich überrascht und überfordert.

von Robert Andreasch



^ *Norman Kempken (links) zusammen mit Matthias Bauerfeind am 1. Mai 2013 in Würzburg*

Die Zutaten versprachen viel: einen Termin im Zeitraum der früheren »Rudolf-Heß-Aktionswoche«, für den die bekannten RechtsRockkapellen »P.W.A.« (Estland), »Act of Violence« (Laupheim), »Vérszerzödés« (Ungarn) und »Die Lunikoff Verschwörung« (Berlin) bereits zugesagt hatten; ein unkündbares Privatgrundstück am Rande des im Landkreis Main-Spessart gelegenen kleinen Dorfes Roden-Ansbach und weit und breit kaum antifaschistische Strukturen; dazu als Anmelder den erfahrenen »Freies Netz Süd« (FNS)-Führungskader Norman Kempken aus Nürnberg und die Gewissheit, hier vor zwei Jahren mit dem »4. nationalen Frankentag« des FNS schon einmal ein neonazistisches Open-Air mit 600 BesucherInnen ungestört veranstaltet zu haben.

Das Rezept hatte sich bei den Neonazis des bayerischen Kameradschaftsverbands damals bewährt: den Jugendlichen der Umgebung ein niedrigschwelliges Angebot zu machen, für die eigene Szene ein familientaugliches Fest (»Spaß für Groß und Klein mit Trampolin sowie Infoständen und mehr«) und radikale NS-Verherrlichung gleichermaßen anzubieten. Schon der Flyer war mit einem Fackelträger im Stile des NS-Künstlers Arno Breker gestaltet. Und der Festivalname »Europa Erwacht« war nicht weniger NS-nostalgisch als der bisherige Konzerttitel »Frankentag«, der die Bezeichnung der NS-Massenspektakel auf dem mittelfränkischen Hesselberg aufgriff: Joseph Goebbels hatte Anfang Februar 1937 den nationalsozialistischen »Deutschland erwache!«-Schlachtruf zu »Europa erwache!« umgewandelt und zwar, so schrieb er in sein Tagebuch, ganz bewusst gedacht als Kriegsdrohung des »Deutschen Reichs« gegen die Länder Europas. Spätestens mit den Songs der RechtsRockbands »Skrewdriver« und »Macht und Ehre« wurde die Parole in unterschiedlichen Abwandlungen in der Neonaziszene populär.

Das FNS versuchte über Titel und Bandauswahl dem Festival einen betont internationalen Touch zu geben. In Ungarn bewarben die lokale Sektion der dort ebenfalls verbotenen »Blood & Honour«-Organisation und die B&H-nahe Neonazipartei »Nemzeti Forradalmi Párt« (»Nationalrevolutionäre Partei«) das Festival und starteten im Sommer 2013 dazu einen Kreativwettbewerb. Den ersten Preis, eine kostenlose Fahrt von Ungarn zum »Europa Erwacht«-Festival, gewann ein ungarischer Neonaziaktivist, der ein Gedicht auf einem selbstgemachten »Blood & Honour«-Flyer eingereicht hatte.

Die Zutaten ergaben in diesem Jahr jedoch kein schmackhaftes Resultat: Fünf Tage vor dem Konzert erließ die unterfränkische Gemeinde Roden einen Untersagungsbescheid gegen das Nazikonzert. Ihre Gefahrenprognose stützten die Behörden wieder einmal nicht auf die Bedrohung durch Hunderte Neonazis und die von ihnen zu erwartenden Straftaten, sondern auf die aktuelle »Waldbrandgefahr« und dass die Wege zum Grundstück »nur für den land- und forstwirtschaftlichen Verkehr freigegeben« seien.

Die Neonazis scheiterten vor dem Verwaltungsgericht in Würzburg mit einem Eilantrag. Das Gericht, das vor zwei Jahren ein Verbot des »Frankentags« noch aufgehoben hatte, entschied in diesem Jahr anders: der Veranstaltungsort sei »völlig ungeeignet« und es drohten außerdem »erhebliche Belästigungen« für die Natur.

Kempken und sein offiziell als Veranstalter auftretender Verein »Bund Frankenland e.V.« (Würzburg) hätten dagegen Beschwerde beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) in München einlegen können. Doch die Neonazis des FNS kapitulierten vorzeitig und verzichteten auf ihr Open-Air. Es schien fast so, als seien sie angesichts der derzeitigen Mobilisierungsschwäche bayerischer Neonazistrukturen froh gewesen, das »Festival« nicht mehr durchführen zu müssen. Auf der Webseite zum RechtsRockkonzert hieß es jedenfalls unter auffälligem Verzicht auf den sonstigen Größenwahn: »letztendlich kann das Festival aufgrund der Wege(un)rechtssprechung so nicht stattfinden« und »[wir] hoffen zumindest im nächsten Jahr eine kraftvolle Veranstaltung, trotz staatlicher Repression und wachsender Gesinnungsdiktatur, etablieren zu können, damit Europa endlich erwacht!«

Auf Flugblättern, die in Ansbach verteilt wurden, drohten die Neonazis daraufhin lokalen AntifaschistInnen und dem Bündnis »Main-Spessart ist bunt!«, dass sie »auf jeden Fall« in Roden »präsent sein« würden. Und der führende unterfränkische »Freie Netz Süd«-Aktivist Matthias Bauerfeind legte vor Gericht für den gleichen Samstag von 10 bis 24 Uhr eine »politische Kundgebung« auf öffentlichem Grund in Ansbach ein. Nur wenige Meter vom ursprünglich geplanten Konzertgelände entfernt und genau vor dem mit FNS-Transparenten geschmückten Wohnhaus des Besitzers der Wiese, auf der das Neonazi-Festival stattfinden sollte, versammelten sich schließlich keine 50 TeilnehmerInnen aus Nordbayern in einer Sackgasse. Angesichts der auf Bierbänken unter Pavillons sitzenden Neonazis kritisierte die Polizei einen »fehlenden Kundgebungscharakter«. RednerInnen, die zum angemeldeten Thema »Main-Spessart bleibt deutsch – Argumente statt Verbote« etwas hätten sagen können, waren jedoch Mangelware und so endete die Ersatzveranstaltung um 16 Uhr schon weit vor dem angemeldeten Schluss.

»Die Wurzeln bewahren«

Im Spätsommer tourte eine US-amerikanische NeoFolk-Band durch Europa, an deren politischer Ausrichtung es kein Deuteln gibt – interessiert hat es beinahe niemanden.

von Sören Pettersson und Hanne Kruse



^ *»Changes« auf der Europatour 2013*

»Am Samstag den 31. August 2013 präsentiert Atelier Abraxas ein besonderes Event am Lagerfeuer: Changes (Robert N. Taylor & Nicholas Tesluk) werden auf ihrer ›Ride the Tiger World Tour‹ bei uns im schönen Leipzig Station machen. Die Veranstaltung wird im Schlosspark Knauthain stattfinden«, verkündeten die OrganisatorInnen Ende Juni via Facebook. Die nur 80 Karten waren nach knapp zwei Wochen ausverkauft – dabei ist die Band zwar den Fans von NeoFolk ein Begriff, darüber hinaus aber kaum bekannt. Entsprechend gaben sie auf ihrer vom französischen Label »Autre Que« organisierten Tournee, die ihren Beginn auf dem »Ménuo Juodaragis Festival« in Litauen hatte, in jedem Land (Dänemark, Deutschland, Österreich, Ungarn, England, Russland, Griechenland) jeweils nur ein Konzert. Allerdings konnten die BesucherInnenzahlen keinerorts an den Auftakt heranreichen: Zu dem großen, mehrtägigen heidnischen Fest, bei dem die Amerikaner Headliner waren, kamen ca. 5.000 Gäste. Immerhin gilt die Gruppe der beiden Musiker als der Vorläufer des sich in den 1980er Jahren entwickelnden NeoFolk. Die Gründungsgeschichte der Band jedoch sagt viel darüber aus, wo nicht nur diese, sondern auch die Stilrichtung an sich anzusiedeln ist.

Background

Im Interview mit Keith Preston für »Attack the System« bei »Counter Currents Radio« zeigt sich Taylor redselig über seinen Lebenslauf. Der heute 67-Jährige erzählt, dass er früh zu den »Minutemen« ging, die er als bewaffnete anti-kommunistische Kampforganisation skizziert, vergleichbar mit der heutigen »Milizbewegung«. Sie seien damals – in den 1960er Jahren – davon ausgegangen, dass die Regierung pro-kommunistisch sei, immer weiter nach links abrutsche und schließlich eine Diktatur in den USA errichten werde. Ihr Gegenentwurf war eine rechte Revolution – entsprechend wurden sie vom FBI observiert und infiltriert. Der Gründer der »Minutemen«, Robert DePugh, wählte den Weg in den Untergrund und finanzierte den Kampf mit Banküberfällen, erzählt Taylor. Bald darauf folgte er ihm – doch dieses Leben gefiel ihm nicht. Die Leute seien paranoid geworden, man habe sich gegenseitig verdächtigt und manche seien hingerichtet worden. Er wandte sich vom Untergrund ab, der ›Kunst‹ zu und begann zu musizieren. Der Unterschied von »Changes« gegenüber all den anderen Folk-Bands da draußen, denen von Bob Dylan und Joan Baez, sagt er, habe darin bestanden, dass sie nicht »aus einer linken Perspektive« kamen. Doch für die Musik und Themen von »Changes« interessierte sich damals niemand. In den frühen 1970er Jahren habe er sich dem Paganismus zugewandt. Aber in den existierenden Gruppen traf er auf Dinge, die er nicht mochte, auf »Feminismus und Gedanken aus der Linken«. Er entscheidet sich zur Gründung einer »Germanic Heathen Group« (»Germanische Heidengruppe«). Er wollte etwas Positives haben, erklärt er, weg von den negativen Gedanken, die ihn in den 1960er Jahren umtrieben. Im »folkish movement« kämpften sie dafür, »die Menschen zu ihren Wurzeln zurück zu bringen«. Allerdings fällt seine Gesellschaftsanalyse mehr als düster aus: »Wir meinen, die westliche Zivilisation ist tot, sie stirbt nicht, sie ist tot!« Es gelte, die »kulturellen Wurzeln zu bewahren für das, was noch kommen wird«. Damit schließt sich der Kreis zur aktuellen Tour. Deren Titel ist eine Anspielung auf ein gleichnamiges Werk des faschistischen Kulturphilosophen Julius Evola, in dem der eine ›Anleitung‹ für ein Überleben in diesen Zeiten offeriert. Schon das Motto der Tour 2005 – »Men Among the Ruins« – war von dem Italiener inspiriert.

Musik

›Ausgegraben‹ wurden »Changes« von Michael Moynihan von »Blood Axis« in den frühen 1990er Jahren. Auf seinem Label »Storm« veröffentlichte er 1995 in Kooperation mit »Cthuhlu Records« von Willi Stasch aus Moers eine Single mit alten Aufnahmen. Es folgen weitere Platten – in Europa, hier finden sie ihre Fans im NeoFolk. Mit diversen MusikerInnen dieser Szene haben sie seitdem kollaboriert, unter anderem mit dem Berliner Axel Frank von der Band »Werkraum« und in Österreich mit Gerhard Petak und seiner Gruppe »Allerseelen«. Dabei ist die Musik von »Changes« unspektakulär. Sie spielen klassischen US-amerikanischen Folk. Dass sie zum frühen, vorzeitigen Ursprung des NeoFolk gerechnet werden, hat nur dann seine Berechtigung, wenn es um die inhaltlichen Motive geht, welche die Band verarbeitet.

Manche Texte der ›Urgesteine‹ handeln von sehnsüchtiger Liebe, andere von Mythen und Helden und wieder andere formulieren gesellschaftskritische Ansichten. »Twilight of the West« ist beispielsweise, wie Taylor selbst schreibt, inspiriert von Oswald Spenglers »Untergang des Abendlandes« (1918). Auch das neo-spenglerische Buch »Imperium« (1948), das Hauptwerk von Ulick Varange alias Francis Parker Yockey, einem US-amerikanischen Faschisten, stand dem Lied Pate. Und das Stück »Waiting for the Fall« sei eine »gewöhnliche revolutionäre Ballade. Ich nehme an, ihr Leitmotiv und Botschaft können überall da Anwendung finden, wo es politische Unterdrückung und eine Reaktion darauf gibt«. Dass sich »Changes« ausdrücklich eine rechte Revolution wünschen, daran sollte kein Zweifel bestehen. Nichtsdestotrotz konnten sie ungestört in Leipzig und anderswo auftreten. Es scheint, wenn es keine offensichtlich gegrölten ›Hasstexte‹ sind, interessiert sich kaum jemand für Bands vom rechten Rand.

»Märtyrer der Bewegung«

Die Neonazi-Szene muss mit einer Pilgerstätte weniger auskommen: Nach jahrelangen Auseinandersetzungen um das Grab des SA-Sturmführers Horst Wessel, wurden nun die letzten Spuren auf dem St. Nikolai Friedhof im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg entfernt. Seit 1989 finden sich regelmäßig Neonazis auf dem Friedhof ein, um des »Märtyrers der Bewegung« zu gedenken. Die braune Szene hat bislang nicht auf die Umgestaltung des Grabes reagiert. Lediglich die Berliner »Jungen Nationaldemokraten« (JN) kommentierten die Umgestaltung auf Facebook: »Auf dem Grabfeld befanden sich unzählige frisch gepflanzte Dornensträucher, welche sich innerhalb kürzester Zeit auf dem Kompost wiederfanden. Wer sich derart an Gräbern vergreift, verdient unsere höchste Verachtung.«

Diskriminierung in Deutschland

Diskriminierungen von Menschen mit Migrationshintergrund, Homosexuellen, Alten und Behinderten in Schulen, Universitäten und Unternehmen ist in Deutschland Alltag. Dies ist das Ergebnis einer Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Bereits bei der frühkindlichen Betreuung finde eine »Segregation« statt, das heißt die Trennung in verschiedene soziale Gruppen. Dies betreffe vor allem behinderte Kinder, aber auch solche mit Migrationshintergrund oder »niedriger sozialer Herkunft«. Bereits in der Grundschule herrsche eine »Ausgrenzungspraxis«, die Chancenungleichheit bedinge und teilweise sogar fördere. Das Recht auf einen diskriminierungsfreien Zugang zu allgemeinbildenden Schulen sei bisher nur unzureichend verwirklicht. Die Studie stellt fest: »Kinder mit Migrationshintergrund leiden unter Vorurteilen und sachlich ungerechtfertigten Zuschreibungen wie etwa einer niedrigeren Leistungsfähigkeit. Sie bekommen häufiger einen sonderpädagogischen Förderbedarf attestiert. So kann zum Beispiel ein türkischer Name oder die »niedrige soziale Herkunft« von SchülerInnen beim Lehrkörper dazu führen, dass Leistungen schlechter bewertet werden.« Schulmaterialien reproduzierten Stereotype wie rassistische Vorstellungen oder normative Vorstellungen über Familie. Der Zugang zur Hochschule sei für angehende Studierende mit Migrationshintergrund, mit Behinderungen oder einer »niedrigen sozialen Herkunft« immer noch die zentrale Hürde.

Hakenkreuze im Versandhandel

Wegen des »Verdachts der Verbreitung von Propagandamitteln und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen« hat das Landeskriminalamt Thüringen am 11. Juli 2013 eine Privatwohnung und eine Pension durchsucht. Die Razzia fand im südthüringischen Bad Lobenstein statt. Ermittelt wird gegen den 44-jährigen Betreiber eines Versandhandels und seine 34-jährige Ehefrau, die Inhaberin der Pension. Die Beamten fanden unter anderem antisemitische Literatur, Stahlhelme mit SS-Runen, Dolche und Christbaumkugeln mit Hakenkreuzen, die zum Teil frei zugänglich gewesen seien. Nach LKA-Angaben betreibt das Ehepaar unter dem Deckmantel eines Versandhandels mit militärisch-historischen Antiquitäten einen Handel mit Uniformen und Devotionalien der NSDAP, SS und SA.

Totschlag auf dem »Tänzelfest«

Aus rassistischen Gründen haben mehrere Männer am 17. Juli 2013 auf dem »Tänzelfest« im bayerischen Kaufbeuren Menschen brutal angegriffen, wobei einer der Attackierten durch den Angriff ums Leben kam. Aus einer Gruppe von sieben Männern, die im Auftrag einer ostthüringischen Baufirma auf einer Baustelle in der Region arbeiteten, wurden gegen Ende des Festes drei Spätaussiedler rassistisch beschimpft und angegriffen, die sich jedoch zur Wehr setzten. Sicherheitspersonal und eine Gruppe Unbeteiligter, darunter auch ein 34-jähriger in Kaufbeuren wohnender Kasache, näherten sich der Auseinandersetzung. Einer der Rassisten, der 36-jährige Falk H., schlug ohne Warnung auf den zufällig anwesenden 34-jährigen Mann ein. Dieser fiel bewusstlos zu Boden, musste vor Ort reanimiert werden und verstarb einen Tag später im Krankenhaus. Der Familienvater hinterlässt eine Frau und zwei Kinder. Falk H. ist wegen »rechtsmotivierter Straftaten« polizeibekannt. Gegen ihn wurde wegen dringenden Verdachts des Totschlags Haftbefehl erlassen. Ein weiterer Tatverdächtiger, der 22-jährige Markus V., wurde wieder auf freien Fuß gesetzt. Bis zum Freitag verschwieg die örtliche Polizei den möglichen rassistischen Hintergrund der Tat, wie es heißt »aus ermittlungstaktischen Gründen«. Nach Informationen der »Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.« (a.i.d.a.) stehen mindestens zwei der Angreifer der Neonazi-Szene nahe. Die OrganisatorInnen des Festes veranstalteten am Samstag einen Gottesdienst und einen Schweigemarsch mit 500 Menschen zum »Mahnmal gegen Extremismus«. Das Fest wurde fortgesetzt.

FSF vs. VS

Die Punkband »Feine Sahne Fischfilet« (FSF) ist auch in diesem Jahr im Verfassungsschutzbericht von Mecklenburg-Vorpommern vertreten. FSF wird zur Last gelegt, dass sie nicht für staatstragenden Antifaschismus stehe. Stattdessen machen ihr offenes Engagement gegen Neonazis und ihr antifaschistisches Selbstverständnis die Band offenbar zu Verfassungsfeinden. Rund 3.700 Zeichen beziehungsweise eineinhalb Seiten widmet der Inlandsgeheimdienst der Gruppe. Alle Neonazi-Bands aus dem nordöstlichen Bundesland zusammen bekommen mit insgesamt rund 4.200 Zeichen nicht einmal ansatzweise eine solche Aufmerksamkeit. Die Band erwägt nun, gerichtlich gegen die Nennung im Bericht vorzugehen. Den Schlapphüten wird die Band in diesem Jahr keinen Präsentkorb für kostenlose Werbung überreichen, wie sie es 2012 tat. Stattdessen schlägt FSF vor, den Verfassungsschutz abzuschaffen: »Wenn der Verfassungsschutz, in seinem Abschnitt über die Taten des NSU in MV, immer noch den falschen Namen des Mordopfers benutzt, dann ist dies eine Zustandsbeschreibung der Verhältnisse und macht unseres Erachtens nach deutlich, wie diese Behörde tickt. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Taten des NSU und dem eigenen Versagen in MV findet nicht statt. Eine Behörde, die Nazistrukturen aufbaut, Rassisten hofiert, nach dem Öffentlichwerden des NSU ihre Aktenvernichter glühen ließ und antifaschistische Projekte weiterhin kriminalisiert, gehört abgeschafft.«

»Political Correctness«

Unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit kämpfen in Deutschland seit den 1990er Jahren Konservative und Neonazis gegen die vermeintlich alle gesellschaftlichen Bereiche dominierende »Political Correctness« und können sich dabei oft im Einklang mit weiten Teilen der Gesellschaft wähnen.

von Margarete Schlüter

»Ich finde, dass ›political correctness‹ zum Unwort des Jahrzehnts gekürt werden müsste!«, ließ Frauke Petry, eine der BundessprecherInnen der »Alternative für Deutschland« (AfD) Mitte April dieses Jahres im Blog »Junge Politiker« verlautbaren. Und während einer vom Hamburger Landesverband der Partei organisierten Veranstaltung unter dem Motto »Political Correctness – Zum Schaden der Demokratie?« am 26. Juni diskutierte Ralf Kenttnaker von der AfD mit dem Publikum eifrig über »Meinungskanalisierung« durch die Medien und Teile der Politik sowie vermeintliche Denk- und Sprechverbote. Konsequent müsse an Begriffen wie »Neger« oder »Zigeuner« festgehalten werden – ihr rassistischer Kontext wird dabei verleugnet. Gleichwohl handelt es sich hier auch um eine Strategie, um angebliche Tabuthemen diskursfähig zu machen. Im Programm der AfD zur Bundestagswahl 2013 wird in diesem Zusammenhang von »unkonventionellen Meinungen« gesprochen. Dass diese gar nicht so ungewöhnlich sind, offenbart deren gesellschaftliche Verbreitung.

»Political Correctness« als Kampfbegriff

Der Begriff der »Political Correctness« (PC) wurde Ende der 1960er Jahre in den USA von Schwarzen, FeministInnen und Linken geprägt. Mit einer gemeinsamen Kampagne verfolgten sie das Ziel der Gleichberechtigung gesellschaftlicher Minderheiten. Dabei ist der Wirkmächtigkeit von Sprache eine große Bedeutung zugeschrieben worden. So sei der Gebrauch nichtdiskriminierender Sprache wie auch das Sichtbarmachen von Interessen seitens der gesellschaftlich Benachteiligten notwendig, um eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erkämpfen. Gegen diese Bestrebungen machen Konservative in den USA seit dem Ende der Regierungszeit des Präsidenten Ronald Reagan, das heißt seit den späten 1980er Jahren, mobil. Sie begannen, das Thema und vor allem den Begriff ›Political Correctness‹ als Kampfbegriff gegen Liberale, Linke und BürgerrechtlerInnen zu verwenden.

Im darauffolgenden Jahrzehnt entdeckten auch in Deutschland, inspiriert aus Übersee, Konservative, ›Neue Rechte‹ und Rechtsradikale das Thema für sich. Was damit angegriffen wird, unterliegt hierzulande steten Veränderungen.

Im Kampf gegen vermeintliche ›Korrektheiten‹

Zunächst bemühten in den 1990er Jahren Rechte das Thema ›Political Correctness‹, um die offizielle Geschichtsschreibung und -deutung anzugreifen: Im April 1995 wurde in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) ein Appell mit dem Titel »8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen« geschaltet und vom früheren Herausgeber der FAZ, Fritz Ullrich Fack, anerkennend kommentiert. Die Initiatoren der Anzeige waren unter anderem die Rechtskonservativen Klaus Rainer Röhl, Rainer Zitelmann, Ulrich Schacht und Heino Schwilk. Sie unternahmen den Versuch, im Rahmen der Debatte um den 8. Mai 1945 als »Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus«, genau diese Interpretation zu hinterfragen. Der Tag sei vielmehr ein »Tag der Schande«, »Tag der Niederlage« oder »Tag der Schmach«, aber auf gar keinen Fall ein »Tag der Befreiung«. Unterschrieben wurde der Appell unter anderem von VertreterInnen der »Neuen Rechten«, GeschichtsrevisionistInnen, der Partei »Die Republikaner« wie auch von PolitikerInnen aus der CSU und der FDP. Wiederholt wiesen Konservative und Neonazis darauf hin, dass »Millionen von Deutschen« das damals nicht so empfunden hätten – die Frauen seien vielmehr massenhaft geschändet und die Männer in Kriegsgefangenschaft oder Internierungslager verschleppt worden. Zudem hätten Millionen ihre Heimat in ›Ostdeutschland‹ verlassen müssen. Doch, so monierten sie, darüber dürfe heute nicht mehr in der Öffentlichkeit gesprochen werden, das verbiete die ›politische Korrektheit‹.

Ein Beispiel für das Agitieren gegen PC in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ist die 1996 von der »Jungen Freiheit« (JF) initiierte Kampagne unter dem Motto »PC – Nein danke! Gegen Intoleranz und Tugendterror«, in deren Rahmen Plakate und Aufkleber verbreitet wurden, wobei letztere nach wie vor erworben werden können.

Nach den Anschlägen vom 11. September begann sich in Deutschland der grundsätzlich den Islam ablehnende Diskurs unter dem Deckmantel der ›Meinungsfreiheit‹ zu sammeln, am augenfälligsten in der Gründung des Online-Portals »Politically Incorrect« 2004. Hier wird Hetze gegen den Islam betrieben – stets unter Gleichsetzung aller Strömungen des Islams sowie Gleichsetzung des Islams mit Islamismus. Ferner schüren die AutorInnen der Seite Ängste vor einem durch »Multikulturalismus« und »Islamisierung« vorangetriebenen Völkermord und dem Untergang der westlichen Zivilisation. Letztlich widmete Anders Breivik in seinem Pamphlet »A European Declaration of Independence« (2011) gar dem Thema ›Political Correctness‹ ein eigenes Kapitel. Es sei eine das westliche Europa beherrschende Ideologie, schreibt der Massenmörder. Sie beruhe auf dem Kulturmarxismus und ihre Gefährlichkeit bestehe darin, dass sie mittels des Feminismus traditionelle Geschlechter- und Familienbilder zerstöre und den ›Multikulturalismus‹ protegiere, durch den die Islamisierung Europas und damit der ›Untergang des Abendlandes‹ forciert werde.

Diese Gefahr sehen auch in Deutschland einige am Horizont heraufziehen, zumindest wenn man ihren Ausführungen zur ›Gefahr‹ des Gendermainstreamings Glauben schenkt. Die durch das Gendermainstreaming angestrebte Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen trage zur Auflösung angeblich feststehender biologischer und gesellschaftlicher Identitäten des Weiblichen und Männlichen bei. Im Zuge dessen werde das althergebrachte Familienbild zerstört, wonach primär der Mann für den Unterhalt der Familie zu sorgen und die Frau sich um Haushalt und Kinder zu kümmern habe. Mit dieser heterosexistischen Konstruktion von Mann und Frau werden Vielfalt und



BILD kämpft für Meinungsfreiheit

Das wird man ja wohl noch sagen dürfen

Sonnabend 4. September 2010 0,60 €

Bild

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH

HAMBURG

www.bild.de

Wer Arbeit ablehnt, verdient keine Stütze!

Kinderschänder gehören für immer weggesperrt!

Zu viele junge Ausländer sind kriminell!

Wer nichts gelernt hat, soll hinterher nicht jammern, dass er keinen Job bekommt!

Ausländer, die sich nicht an unsere Gesetze halten, haben hier nichts zu suchen!

Auf den Schulhöfen muss Deutsch

NACHRICHTEN Leserbriefe Seite 11

Polen-Präsident bei Merkel
Berlin – Deutschland und Polen wollen ihre Zusammenarbeit in der EU weiter vertiefen. Das kündigten Polens Präsident Bronislaw Komorowski und Bundeskanzlerin Angela Merkel bei seinem Antrittsbesuch in Berlin an.

Spitzengespräch „Stuttgart 21"
Stuttgart – Das Spitzengespräch von Befürwortern und Gegnern des Bahnprojekts „Stuttgart 21" soll kommenden Freitag stattfinden. Allerdings steht das Treffen auf der Kippe. Grund: Die Bahn lehnt einen vorübergehenden Abriss-Stopp ab.

Röttgen entschuldigt sich
Berlin – Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) hat sich bei Außenminister Guido Westerwelle (FDP) dafür entschuldigt, dass er ihn als „irreparabel beschädigt" bezeichnet hatte.

44 Tote bei Anschlag
Islamabad – Ein Selbstmordattentäter hat in Pakistan mindestens 44 Menschen getötet. Weitere 100 Personen wurden verletzt.

Milliarden für Banken
Brüssel – Die EU-Kommission hat einen Fonds zur Stabilisierung der griechischen Banken genehmigt. Das hoch verschuldete Land darf bei Bedarf Notkredite über 10 Milliarden Euro vergeben.

Dax im Plus
Frankfurt/M. – Dax: 6135 (+ 51). Euro: 1,2874 (1,2818) Dollar. Kilobarren Gold: 31080 (– 120) Euro

BILD am SONNTAG bestellen, Geschenk sichern!

fentlichten (überarbeiteten) Redeskript schreibt er ferner: »Letztlich verbirgt sich hinter der ideologiebedingten Säuberung der Sprache nichts anderes als die Intoleranz der selbsternannten Tugendwächter. Die katastrophalen Folgen dieser geistigen Selbstzensur sind Konformität und Uniformität des Denkens. Wir legen uns freiwillig den Maulkorb an. Denkfeigheit tritt an die Stelle freiheitlichen Bürgermuts. Freimütige demokratische Diskussionen werden im Keim erstickt und ganze Themenbereiche dem öffentlichen Diskurs entzogen.« Und so geriert sich dieses Spektrum als ›Verteidiger der Wahrheit‹, als »AussprecherInnen dessen, was mal gesagt werden müsse«, als »Tabubrecher«. Die JF-Autorin und Antifeministin Birgit Kelle fordert daher, »Themen auf[zu]greifen und das aus[zu] sprechen, was viele denken, sich aber schon lange nicht mehr trauen offen auszusprechen«. In dieser Rolle sehen sich im Übrigen nicht nur ProtagonistInnen des Konservatismus, der ›Neuen Rechten‹ oder des Neonazismus – nein, auch Thilo Sarrazin mit seinem Buch »Deutschland schafft sich ab« (2010) oder die »Bild«-Zeitung: »BILD kämpft für Meinungsfreiheit«, titelte sie am 4. September 2010: »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen«, hieß es darunter in den bekannten Riesenlettern. Es folgte eine Aufzählung ›unbequemer Wahrheiten‹: »Wer Arbeit ablehnt, verdient keine Stütze«, »Kinderschänder gehören für immer weggesperrt«, »Nicht wir müssen uns den Ausländern anpassen, sondern sie sich uns!« und so weiter. Wer sich mit bundesdeutschen DurchschnittsbürgerInnen unterhält, wird feststellen, dass dies leider keine tabuisierten Meinungen sind, sondern mehrheitsfähige Äußerungen.

Die Konstruktion einer vermeintlichen Herrschaft von ›Political Correctness‹ über Gesellschaft und Medien gleicht daher letztlich einer Verschwörungstheorie, mit der traditionelle oder diskriminierende Vorstellungen verteidigt werden. Und sobald Ungleichheiten in Frage gestellt werden, Menschen sich für Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung einsetzen und rassistische Äußerungen eben als rassistisch kritisieren, holen die anti-emanzipatorischen Kräfte die ›PC-Keule‹ hervor, die nicht ungleich der vermeintlichen ›Faschismus-Keule‹ ist. Laut schreien sie, die Meinungsfreiheit werde eingeschränkt und mit eben dieser Keule auf die ›Wahrsager‹ eingeschlagen.

Unterschiedlichkeit der Menschen ausgeblendet und die bestehenden Hierarchien, Machtunterschiede und Dominanzverhältnisse als positiv gewertet.

›Gesinnungsdiktatur‹

Mit diesen Vorstößen von Rechts wird stets versucht, die Bundesrepublik als ein System darzustellen, in dem sich eine linksliberal-antifaschistische Leitideologie durchgesetzt habe. Demnach herrsche in Deutschland eine »Gesinnungsdiktatur« vor, die in antidemokratischer, geradezu totalitaristischer Manier Denkverbote erteile und die Meinungsfreiheit mit Hilfe von Zensur beschneide. Kennzeichnend für diese ›Diktatur‹ sei die ›politisch korrekte Herrschaft‹ von Minderheiten (»68er«, »MultikulturalistInnen«, FeministInnen, AntifaschistInnen, Linke, Liberale) über eine Mehrheit.

Dass derartige Diskussionen in eben dieser Diktion letztlich auch in der Union von CDU/CSU ihren Platz finden, zeigte der Jahreskongress des »Studienzentrum Weikersheim« 2008, der unter dem Motto stand: »Gegen die Meinungsdiktatur der Political Correctness – Für eine wertorientierte Demokratie.« Jörg Schönbohm, damals noch brandenburgischer Innenminister, stilisierte die »Politische Korrektheit zu einer ernstzunehmenden Gefahr in unserer Demokratie«. In seinem anschließend veröf-

Fazit

›Political Correctness‹ ist seit mehr als 20 Jahren ein rechter Kampfbegriff, der noch immer nicht an Glaubwürdigkeit eingebüßt hat. Im Namen der Meinungsfreiheit werden mit ihm emanzipative Vorstellungen diffamiert, Feindbilder konstruiert und eine TäterInnen-Opfer-Umkehr betrieben. Das hohe Gut der freien Rede verkommt damit zum Deckmantel für Diskriminierungen, Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus.

Schüler mit Säbeln

Am 5. und 6. Juli dieses Jahres fand in Hamburg das jährliche, bundesweite Treffen des »Allgemeinen Pennälerringes« (APR), dem Zusammenschluss von 13 Schülerburschenschaften statt.

von Felix Krebs

Während sich im Erdgeschoss laut Selbstdarstellung 40 APR-Burschenschafter und deren »Alte Herren« trafen, versuchten vom Balkon des ersten Stocks Angehörige der gastgebenden »Hamburger Burschenschaft Germania« die Gegenkundgebung und die zahlreich erschienenen Medien zu provozieren. Mit Biergläsern in der Hand, einer halb nackten Frauenpuppe und dummen Sprüchen gaben sie sich redliche Mühe, alle vorhandenen Klischees über Korporierte zu erfüllen und demonstrierten ein zutiefst verkommenes akademisches Milieu.

Verantwortlich für das Treffen war die neonazistische» Pennale Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg« (Chattia), deren Verbindungen und Doppelmitgliedschaften in die militante Szene von NPD und Kameradschaften gut dokumentiert sind. So ist zum Beispiel das Mitglied des NPD-Bundesvorstandes Thorsten Heise seit mindestens 2006 unter dem Biernamen Ulex, ehemals Spitzname von NS-Propagandaminister Goebbels, Alter Herr der »Chattia«. Laut internen Unterlagen soll auch Lars Georgi, früher einer der wichtigsten RechtsRock-Händler, vor geraumer Zeit Mitglied der »Chattia« gewesen sein.

Der »Allgemeine Pennälerring« (APR)

Die APR-Pennalien bezeichnen sich selbst als »national-freiheitliche und wehrhafte Pennalkorporationen« und bekennen sich zum burschenschaftlichen Prinzip (s. drr Nr. 141). Diesbezüglich sind sie am ehesten mit der »Deutschen Burschenschaft«, deren politischer Orientierung, Brauchtum und Prinzip, vergleichbar. Gegründet wurde der APR 1990 ursprünglich von fünf Pennalien. Hamburg und Umgebung waren gleich mit dreien vertreten, darunter mit der »Pennalen Burschenverbindung Teutonia Hamburgia«, ein Bund über den der Hamburger Verfassungsschutz in einem geheimen Bericht 1993 schrieb, es handele sich bei der Teutonia um eine »eindeutig rechtsextremistische Verbindung«, der »auch ausschließlich Rechtsextremisten angehören.« Die »Teutonia« war jahrelang inaktiv, erst vor kurzer Zeit konnte sie neue Mitglieder gewinnen und mischt nun wieder im APR mit.

Ihren eigenen Nachwuchs »keilen« (werben) die Pennäler außer im rechten Spektrum natürlich auch an den Schulen, wo sie vertreten sind. »Der Keilbetrieb wird direkt in den Schulklassen umgesetzt, wobei hier leider ein schlechter Zeitgeist herrscht«, berichtete beispielsweise die »Gymnasiale Burschenschaft Germania Kiel«. Für ihre Vernetzung, Veranstaltungen, Reisekosten, Schulungen, Werbung aber auch für Säbelklingen und andere Fechtausrüstung erhebt der APR von seinen Mitgliedsbünden jährliche Beiträge.

Als quasi programmatische Grundlage veröffentlichte der APR 2005 ein »Geleitheft der konservativen Jugend – Identitätssuche, Pflichterfüllung und Rebellion«. Der schwülstige Text strotzt nur so vom Bekenntnis zu Männerbund, Elite, Führertum und völkischem Nationalismus. »Jugend unseres Volkes! […] Erhebe dich aus den Trümmern unserer Zeit, befreie dich von allem, was dich peinigt – breite deine Flügel über unser ew'ges Vaterland und benetze sie mit deinem Schweiß und Blute […] ignoriere die Schwätzer und achte deine Führer!« heißt es dort im Epilog. Gepriesen wird auch das wohl bekannteste Lied des Jungvolks in der Hitler-Jugend (HJ) »Auf hebt unsre Fahnen«, in dem Werte besungen werden, welche als Vorbild für die Pennäler gelten sollen. Sogar aus Hitlers Rede aus dem Jahr 1935 vor HJ-Angehörigen wird, allerdings leicht abgeändert zitiert. »Zäh wie Leder – schnell wie die Windhunde – hart wie Kruppstahl«, so müsse auch die heutige »konservative« Jugend laut APR-Heft sein.

Blutiges Ritual

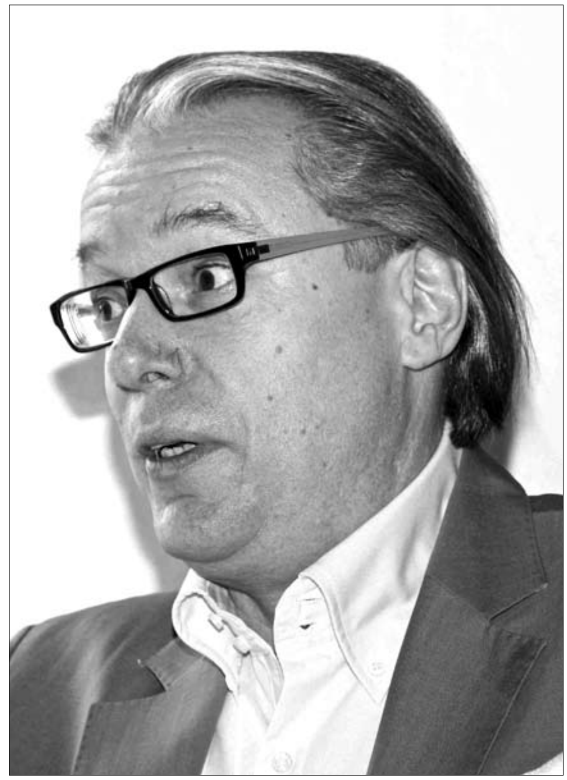
In den Medien wurde besonders darauf abgehoben, dass in Pennalien auch Minderjährige ab 16 Jahren Mensuren, meist nach der »Linzer Pauk- und Ehrenordnung von 1958« (LPO), schlagen sollen. Bei den ritualisierten Körperverletzungen wird nicht auf den Kopf, sondern mit stumpfen Säbeln auf den nackten Oberkörper geschlagen. Die entstandenen Riss- und Quetschwunden bleiben so anschließend unter der Kleidung verborgen, denn Schülermensuren waren vor 1938 oftmals an Schulen in Österreich verboten. In der LPO ist auch geregelt, dass nur »Personen, welchen der ›Allgemeine Ehrenkodex‹ die Waffenehre zuspricht«, Mensuren schlagen dürfen, es »gelten die Bestimmungen des Waidhofner Abkommens«. Mit diesem wurde Ende des 19. Jahrhunderts beschlossen, »dem Juden auf keine Waffe mehr Genugtuung zu geben, da er deren unwürdig ist!« Laut Hamburger Senat ein Ausschluss auf antisemitischer Grundlage.

Der mediale Gegenwind für Burschenschaften im Allgemeinen und Pennalien im Besonderen hat deutlich zugenommen. Der gastgebenden Germania scheint ihr Ruf innerhalb der übrigen Hamburger Korporierten inzwischen gleichgültig zu sein und so bläst sie zum vermeintlichen Gegenangriff. War man in der Sierichstraße noch vor zwei Jahren eifrig darum bemüht, jeden Verdacht des »Rechtsextremismus« von sich zu weisen beziehungsweise um entsprechende Konspirativität bemüht, wurden in jüngster Zeit geschichtsrevisionistische und eindeutig rassistische Plakate und Flugblätter an der Universität in Hamburg verteilt. Pikantes Detail: Noch 2009 finanzierte die Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt dem Germanenhaus anteilig »eine energieeffiziente Heizungsanlage und Warmwasserversorgung«. Regiert wurde Hamburg damals aus einer Koalition von CDU und Grünen, Innensenator war CDU-Mitglied Christoph Ahlhaus, damals Konkneipant einer schlagenden Verbindung. Mit Rückendeckung oder Unterstützung aus dem konservativen Spektrum für extrem rechte Verbindungen wie die Germania dürfte es in Hamburg wohl zukünftig enger werden.

Chemnitzer Front

Eigentlich ist die TU Chemnitz im Bereich Sozialwissenschaften als besonders staatstragend bekannt. Sie gelangte durch den Umstand zu fragwürdiger Berühmtheit, dass hier die wissenschaftlich schon längst ad absurdum geführte »Extremismustheorie« ihre Wiederauferstehung feierte und bis heute lebendig ist. Auch weiterhin verlässt streng konservativer Nachwuchs mit Doktorhut die TU.

von Volkmar Wölk



Dafür sorgt Professor Dr. Eckhard Jesse, Hauptvertreter der »Extremismustheorie«, Vertrauensdozent der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung und Extremismusbeauftragter der sächsischen CDU, der nun Konkurrenz von ganz rechts bekommen hat – in Person des Geschichtsprofessors Frank-Lothar Kroll (siehe Bild), zu dessen Forschungsschwerpunkten die »Ideengeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts« zählt.
Kroll, bekennender preußischer Monarchist und innerhalb seines Fachs keineswegs unumstritten, hatte selbst bisher mehrfach wegen seiner engen Verbindungen zur intellektuellen ›Neuen Rechten‹ von sich reden gemacht (s. drr Nr. 98). Nun wurde, ausgerechnet durch den Widerstand von Eckhard Jesse und natürlich durch den Zorn des Betroffenen, öffentlich, dass Kroll neben dem CDU-nahen Wissenschaftlernachwuchs wohl auch den der ›Neuen Rechten‹ anzieht.
Sebastian Maaß heißt der Zeitgeschichtler, der sich Kroll als Doktorvater auserkoren hatte. Zweitgutachter für seine Arbeit sollte Prof. Harald Seubert aus Nürnberg sein, aktueller Präsident des einschlägig bekannten »Studienzentrums Weikersheim«. Kroll und Seubert sind unter anderem über das »Preußeninstitut e.V.« und den »Zollernkreis« miteinander verbunden, beide referierten in der Vergangenheit beim »Institut für Staatspolitik« (IfS) . Die Dissertation von Maaß, die beide beurteilen sollten, trägt den Titel »Die Geschichte der konservativen Intelligenz 1945 – heute«. So heißt sie nach einer Intervention Krolls, der wegen seines Kollegen Jesse vom eigentlichen Titel »Geschichte der Neuen Rechten« abriet. Der 32-jährige Maaß könnte für einen hoffnungsvollen Nachwuchswissenschaftler gehalten werden, der sich in seinen Publikationen gründlich auf den jeweiligen von ihm behandelten Themenkreis vorbereitet hat. Buchveröffentlichungen über die »Konservativen Revolutionäre« Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck, Othmar Spann, Wilhelm Stapel und seinen Hamburger Kreis, Friedrich Georg Jünger und zuletzt über Oswald Spengler im renommierten Verlag »Duncker & Humblot« könnten darauf schließen lassen. Ein zweiter Blick lässt zweifeln. Der Großteil der genannten Werke wurde vom Kieler »Regin-Verlag« veröffentlicht. Maaß betreut in diesem Kleinverlag auch eine eigene Buchreihe, die »Kieler Ideengeschichtlichen Studien«.

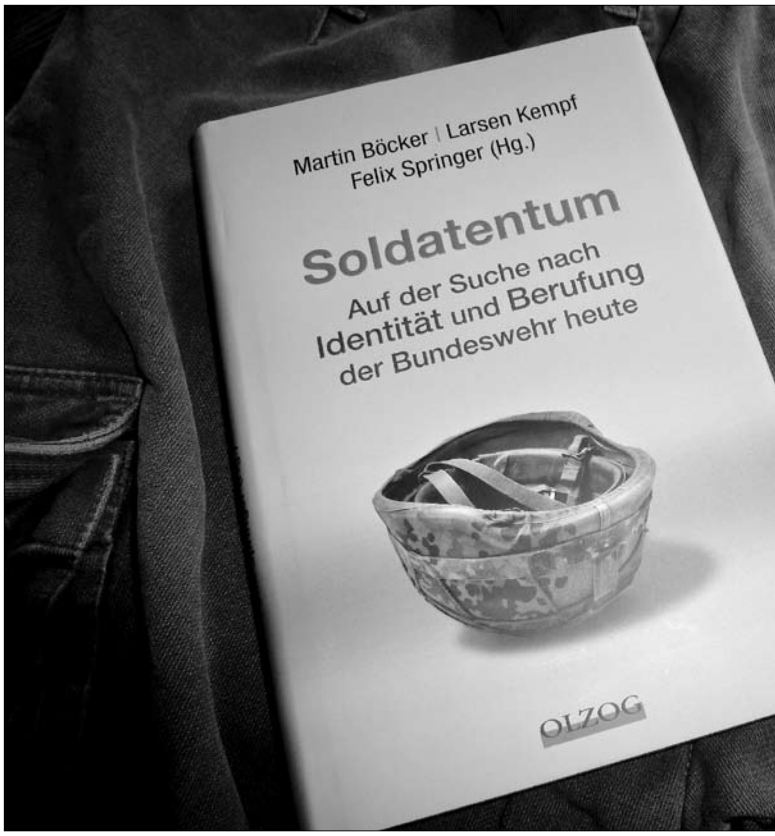
Der Regin-Verlag
Seit einigen Jahren ist Dietmar Sokoll Inhaber des »Regin-Verlages«, in dessen Programm sich auch Bücher der esoterischen Hitler-Verehrerin Savitri Devi und des rumänischen Faschistenführers Corneliu Codreanu finden. Auch die nationalrevolutionären Zeitschriften »Junges Forum« und »Hagal« wurden bis zu ihrer Einstellung hier verlegt. 2004 wurde Sokoll aus der »Alten Halleschen Burschenschaft Rhenania-Salingia zu Düsseldorf« ausgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt war er schon längst fester Bestandteil der extremen Rechten. Er hatte zum Umfeld der »Europäischen Synergien« gehört, einer neurechten Gruppierung, welche die Treffen ihrer deutschen Sektion regelmäßig im »Collegium Humanum« in Vlotho durchgeführt hatte. Die Treffen der neuheidnischen »Artgemeinschaft« von Jürgen Rieger im thüringischen Ilfeld hatte er ebenso mehrfach besucht wie sein Vorgänger als Verlagsinhaber Markus Fernbach. In diesem Verlag hatte Maaß zwei weitere Bände publiziert, die zugleich integraler Bestandteil seiner Dissertation werden sollten. Es handelt sich dabei jeweils um lange Interviews mit den »neurechten« Intellektuellen Hans-Dietrich Sander und Günter Maschke. Beide lassen sich auch mit Wohlwollen nicht mehr als konservativ charakterisieren.

»Chemnitzer Front«?
Maaß kommt in seiner Arbeit zu folgendem Ergebnis: Auch der »radikale Flügel« der deutschen ›Neuen Rechten‹ habe den »Boden der Rechtsstaatlichkeit zu keiner Zeit verlassen«. Kroll und Seubert wollten das mit »cum laude« (vulgo: zwei) benoten, Jesse sah jedoch rechtsradikale Tendenzen und weigerte sich daher, die notwendige mündliche Prüfung abzunehmen. Eigentlich hätte er Vorsitzender der Prüfungskommission sein sollen. Damit war die Dissertation gestorben, sie soll aber demnächst im Regin-Verlag erscheinen. Ein kleiner Skandal, nicht der Rede wert? Ja, wenn es ein Einzelfall wäre. Aber es scheint sich, rechts von Jesse und seinen AnhängerInnen, an der TU Chemnitz eine Art wissenschaftliche »Chemnitzer Front« zu bilden – in Anlehnung an die »Harzburger Front«, die Monarchisten, deutschnationale Konservative und Nazis vereinte. Eine Übertreibung? Ebenfalls im Regin-Verlag erschien auch ein Band von Benedikt Kaiser. Kaiser studiert Politikwissenschaft an der TU Chemnitz und stammt aus dem Spektrum der »Nationalen Sozialisten Chemnitz« (NSC). Mit Eric Fröhlich – ebenfalls aus dem Spektrum der NSC – als Co-Autor sollte ein weiterer Band im Regin-Verlag erscheinen. Und glaubt man den Informationen aus der Uni, beweist diese inzwischen erhebliche Anziehungskraft auf die ›Neue Rechte‹. So versucht Erik Lehnert, Geschäftsführer des IfS, sich zur Zeit an der TU zu habilitieren. Es hat den Anschein, als könnte sich in Sachsen eine weitere Kaderschmiede der ›Neuen Rechten‹ etablieren – diesmal mit akademischen Weihen.

Wissenschaftlicher Militarismus von rechts

Ein jüngst veröffentlichter Sammelband will die Diskussion über soldatische Identität und Berufung vorantreiben. Die Herausgeber kommen aus dem Umfeld des »Instituts für Staatspolitik«. Inhaltlich nehmen sie Abschied vom Konzept des »Bürgers in Uniform« – der Soldat von heute solle eine andere Position im Staate haben.

von Cornelia Mannewitz



»Soldatentum«: Ein Buch mit diesem antiquiert anmutenden Titel ist im Juni 2013 im Münchner »Olzog Verlag« erschienen, begleitet von freundlichen Reaktionen auf der Webseite von »amazon«, aber auch in der Zeitschrift »Sezession«, dem Hausblatt des neurechten »Instituts für Staatspolitik«, und im »bendler-blog« des Kommunikationsberaters und Reserveoffiziers Sascha Stoltenow (und zwar nicht nur auf dem Blog, sondern auch in einer Vielzahl von Tweets). Auch erste Lesungen gab es bereits, mit aktiver Beteiligung unter anderem des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus. Die »Karl-Theodor-Molinari-Stiftung«, das Bildungswerk des »Deutschen BundeswehrVerbandes«, hat den Druck mitfinanziert. Ihr Vorsitzender Ulrich Kirsch verfasste ein Geleitwort, ein zweites schrieb Klaus Naumann, General a.D., ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und einige Jahre Vorsitzender des NATO-Militärausschusses. Er hebt auf die »unsicherer werdende Welt« ab, auf die neue »Freiwilligenarmee« und ihre Rolle, »Gefahren durch Einsatz in der Fremde von der Heimat abzuhalten«. Und er sieht Bedrohungen aus dem Inneren der Gesellschaft auf die Bundeswehr und ihre Rolle als internationaler Repräsentant des Staates zukommen: »Aus dem notwendigen Übel des Kalten Krieges wurde die ungeliebte Nebensache [die Bundeswehr, A.d.A.], die Gefahr läuft – sollte die Mehrheit der Deutschen der Deutschland in der Welt isolierenden Illusion eines utopischen Pazifismus erliegen – zur überflüssigen Unbekannten zu werden.« Dem gelte es durch eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die Rolle der Streitkräfte entgegenzutreten und zu dieser wolle dieses Buch einen Anstoß liefern.

Die Herausgeber

Diese prominente Rahmung des Sammelbands irritiert beim Blick auf die Herausgeber, Martin Böcker, Larsen Kempf und Felix Springer, denn es handelt sich dabei um die komplette Redaktion des Studierendenmagazins »Campus« der »Universität der Bundeswehr München«, die 2011 durch den dortigen »Studentischen Konvent« als solche gewählt und nach Demissionsforderungen wegen ihrer Verbindungen zum neurechten »Institut für Staatspolitik« durch denselben noch einmal in ihrem Amt bestätigt wurde – was Götz Kubitschek in der »Sezession« als Sieg der »Campus drei« feierte. Alle drei sind Autoren rechtsintellektueller Medien. Und alle drei sind in dem Band mit einem eigenen Beitrag vertreten. Felix Springer schreibt über den »Soldat als Gestalt«, in Anlehnung an das Konzept »Gestalt« bei Ernst Jünger und auch in dessen schwülstigem Stil: Die geschichtliche Entwicklung des Söldners zum Soldaten sei »zu begreifen als Teil jener richtenden Ströme des Denkens, die durch die Zeiten hindurch fließen und den geschichtlichen Erscheinungen ihre Form aufzwingen«. Larsen Kempf widmet sich dem »Soldaten als Feindbild im Inneren?«. Er sieht ein Problem in dem angeblich »kompromisslosen Bekenntnis zum Frieden«, auf dem die »Legitimitätslegende der Bundesrepublik« beruhe und Militär und bundesrepublikanische Gesellschaft sozusagen naturgemäß in eine »scharfe Opposition« stelle. Und Martin Böcker verfasst einen Aufsatz mit dem Titel »Soldat und Partisan als Antibürger«, den er mit dem an die Gefühlswelt des Lesers appellierenden Hinweis einleitet, die Frage nach dem Soldatentum sei »auch die Suche nach [...] einer Idee, die nicht nur theoretisch begründbar, sondern auch emotional annehmbar sein muss«.

AutorInnen

Der Band versammelt Studierende, Promovierte und Professoren, vom Fach her mehrheitlich Politikwissenschaftler, Historiker und Theologen. Die Hochschulbeschäftigten unter ihnen kommen mit einer Ausnahme (Universität Jena) alle von der Universität der Bundeswehr München; einer (Gottfried Küenzlen, heute noch Mitherausgeber der Zeitschrift der evangelischen Militärseelsorge) hat sogar seinen Abschiedsvortrag anlässlich seiner Emeritierung 2010 beigesteuert. Schließlich ist noch die akademische und publizistische Freelancerin Cora Stephan zu nennen, ebenfalls promoviert und regelmäßige Autorin auf Henryk M. Broders »Achse des Guten«. Im vorliegenden Band leistet sie allerdings nichts mehr als einen feuilletonistischen Aufriss des Themas. Den Einblick in den Kriegsalltag, konkret in Afghanistan, liefert Marcel Bohnert in seinem Beitrag über kämpfende Soldaten und solche im Lager, im Jargon »Drinnies« und »Draußies«. Er hat in Deutschland und den USA studiert und ist als UN-Militärbeobachter ausgebildet. Die in ganz Mecklenburg verbreitete »Schweriner Volkszeitung« porträtierte den gebürtigen Schweriner Bohnert letztes Jahr in einer Art Homestory als den tapferen jungen Soldaten von nebenan. Mit seiner umfangreichen Publikationsliste schließt er zu den anderen Autoren des Bandes auf.

»Olzog«

Der »Olzog Verlag« bringt Literatur verschiedener Sachgebiete heraus, wobei ihm ein Bewusstsein für seine Kundschaft im rechten Spektrum nicht zu fehlen scheint. Mit seiner Sparte Politik und Geschichte ist er laut Selbsteinschätzung »seit über 60 Jahren Chronist der Bundesrepublik Deutschland. Alle wesentlichen politischen Entwicklungen der Bundesrepublik sind hier dokumentiert, immer wieder hat sich der Verlag in vorausschauender Weise Themen gewidmet, lange bevor diese in die Tagesmedien eindrangen«. Zu seinen Autoren zählen der »Extremismus«-Forscher Eckhard Jesse ebenso wie der Geschichtsrevisionist Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof. Für die Vermarktung von »Soldatentum« hat sich der Verlag im Übrigen etwas Besonderes einfallen lassen: Die Titelseite ›ziert‹ ein Stahlhelm mit Bundeswehrflecktarnbezug. Der Schutzumschlag ist an dieser Stelle geprägt, als handle es sich bei dem Buch um ein wertvolles Stück Literatur in Ledereinband. Farblich erscheint dieser in einem zurückhaltenden hellen Sepia – eine Anspielung auf die Wüstenfarbigkeit der Einsatz-Bilder aus Afghanistan.



Der ›neue Soldat‹

»Auf der Suche nach Identität und Berufung der Bundeswehr heute« lautet der Untertitel des Buches. Aber darum geht es in der Mehrzahl der Beiträge gar nicht. Es geht vielmehr um den, der Träger des »Soldatentums« aus dem Haupttitel sein soll, nämlich den Soldaten. Das von ihm gezeichnete Bild kann, über alle Diversität in Fachlichkeit, Konsistenz, Machart und ideologischem Anspruch der Beiträge des Bandes hinweg, so umrissen werden: Er ist der auf sich selbst gestellte archaische Kämpfer im Einsatz, für den seine gesetzlichen Auftraggeber Rechtsstaat und demokratische Gesellschaft keinen Bezugspunkt mehr bieten (eine künstlerische Verarbeitung dieses Begriffs vom Soldaten hat, nebenbei, vor nicht langer Zeit in dem Film »Schutzengel« von Til Schweiger stattgefunden).

Dieses Bild wird vielfältig begründet. Staatstheoretisch: Der demokratische Staat sei nicht mehr Abbild des Weltganzen; wer für ihn kämpfe, kämpfe letztlich für nichts (Jochen Bohn). Gottfried Küenzlen geht nicht ganz so weit: Er plädiert für die Verankerung eines neuen Leitbildes in der »Nation«, lässt diese allerdings undefiniert. Militärtheoretisch: Rückbindung soldatischen Handelns an demokratische Werte sei relativierbar, es habe Vor- und Nachteile – moderne Kriege seien schließlich asymmetrisch und verlangten eine andere Art zu kämpfen (Carlo Masala). Aus der Kriegspraxis heraus: Für die Soldaten im Einsatz entstünden völlig verschiedene Erfahrungswelten, die sowohl untereinander als auch mit der Erfahrung des zivilen Lebens inkompatibel seien (Marcel Bohnert). Geschichts- und kommunikationspolitisch, wobei nicht einmal der eigene »Stall« geschont wird: Die Bundeswehr habe seit ihrer Gründung bei ihrem Bemühen, eine militärische Identität zu entwickeln, systematisch versagt (Sascha Stoltenow). Die Traditionskultur der Bundeswehr sei selbstblockierend, angstbesetzt und lähmend für die Entwicklung eines zeitgemäßen Verständnisses vom Soldaten. Es wird empfohlen, eine positive Beziehung zu den militärischen Qualitäten und zum Kameradschaftsgeist der Wehrmachtssoldaten zu entwickeln. Auch sollte die Motivation der Attentäter des 20. Juli, wenn man sich schon auf sie als Traditionsgeber beruft, nicht geleugnet, sondern durchaus klar als konservativ benannt werden (Stefan Gerber). Sicherheitspolitisch: Es bedürfe einer nationalen Sicherheitsstrategie, in der unumwunden auch die wirtschaftlichen Interessen benannt werden (Fabian Schmidt). Historisch-soziologisch: Die Armee sei nur in Teilen ein Abbild der Gesellschaft und Sterben aus Idealismus sei nun einmal nicht von jedem zu verlangen (Michael Wolffsohn). Politikwissenschaftlich: Demokratische Gesellschaften entwickelten keine klaren Feindbilder (Bernhard Schreyer).

Neu ist das nicht: Der »archaische Kämpfer«, der seine »niederen Instinkte« benötigt, wurde schon vor knapp zehn Jahren vom damals neuen Inspekteur des Heeres Hans-Otto Budde gefordert. Die offen praktizierte Kriegspolitik der letzten Jahre ermuntert aber mittlerweile zu noch schärferen Postulaten. Es ist dieses Buch, das sie gesammelt zum Ausdruck bringt: Der »Staatsbürger in Uniform« habe ausgedient. Der Soldat setze sein Leben ein und verdiene allein dafür Wertschätzung. Der Sinn des Einsatzes für den Soldaten liege in einfachen Dingen wie der Pflichterfüllung, der Erfahrung von Kameradschaft und einem diffusen Gefühl von Vaterlandsverteidigung. Politiker erscheinen als wankelmütig und beim Versuch einer Neudefinition soldatischer Aufgaben hilflos. Den Ernstfall »Einsatz« würden sie ohnehin nicht kennen. Die Friedensbewegung, wenn man denn überhaupt von einer solchen sprechen könne, sei herrschaftsnah. Der demokratische Staat mit seinem kulturellen und Meinungspluralismus zerlege sich selbst. Das sind deutlich erkennbare Positionen der ›Neuen Rechten‹, die auf konservativem Gedankengut der Vergangenheit fußen und hier sogar nicht einmal mehr den positiven Bezug auf den deutschen Faschismus meiden. Die Führung der Gesellschaft übernehmen müsste eigentlich das Soldatentum: »Als Gestalt [...], als geschichtliches Phänomen muss der Soldat an exponierter Stelle stehen, nicht nur als Symptom der Verhältnisse, sondern als Prinzip des Handelns«, schreibt Felix Springer.

Daneben findet sich in dem Band viel unbekümmertes militaristisches Denken, zum Beispiel, wenn Springer sein Loblied auf die Gewalt singt: »Alles, was Kultur ist, ist gewaltsam konsolidierter Normzusammenhang.« Auch Kritik am Kapitalismus, Friedrich Nietzsche- und Carl Schmitt-Zitate und Ähnliches finden hier ihren Platz. Und letztlich geht es doch auch um die Bundeswehr, und zwar den Dachverband für die Soldaten des hier beschriebenen neuen Typs, zu dem einige sie wohl machen möchten: Wer, wie in einigen dieser Beiträge, die existierenden politischen Verhältnisse als strukturell derart unfähig zu einer Neukonzeption des Soldatentums darstellt, sagt sich implizit von ihnen los und fordert Autonomie. Was das politisch bedeuten würde, wird hier noch nicht ausformuliert. Immerhin werden einige Perspektiven für die Organisation der Bundeswehr aufgezeigt: Vorschläge für eine bessere Medialisierung des Militärischen, Installierung eines eigenständig handlungsfähigen Kommunikationschefs (Stoltenow); immer mehr Vorgesetzte, die sich durch das weitverbreitete Karriere- und Absicherungsdenken hindurch ihren Weg an die Spitze bahnen und Soldaten mit Gefechtserfahrung, die eine neue Generation von Führern mit heranziehen (Bohnert) – Führern, wohlgemerkt.

Eine Diskussion über die Aussagen des Buches, wie sie sich die Herausgeber und Autoren wünschen, sollte man nicht befördern, sehr wohl aber die Diskussion über das Buch selbst, als Spiegel eines Teils der geistigen Strömungen, welche die Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee freisetzt.

»Wider die Multikulti-Apologie«

Thüringens Regierungssprecher Karl-Eckhard Hahn und die »Deutsche Gildenschaft« stehen unter Druck.

von Georg Fuchs

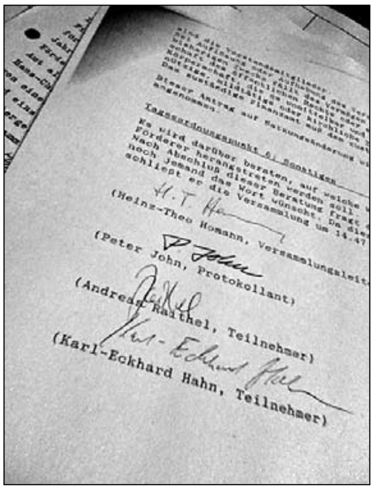
»Die Mitarbeit an den Zeitschriften Phönix und Etappe habe ich […} bereits zum damaligen Zeitpunkt als Fehler betrachtet und distanziere mich davon noch einmal ausdrücklich«, schrieb Thüringens Regierungssprecher Karl-Eckhard Hahn (CDU) am 20. August 2013 in einer persönlichen Erklärung. Er war zum 1. Juli von CDU und SPD zum Regierungssprecher ernannt worden. »der rechte rand« (Nr. 143) und »Die Zeit« (14.08.2013) berichteten kurz danach über seine Vergangenheit als Redakteur rechter Blätter, Autor in Sammelbänden der »Neuen Intellektuellen Rechten« und über sein führendes Engagement in der völkisch geprägten »Deutschen Gildenschaft« (DG). Gegenüber der Zeitung »Die Zeit« lehnte Hahn anfangs eine Distanzierung ab. Doch der Druck wuchs, bundesweit berichteten Medien. Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) kündigte an, mit ihm keine Pressekonferenzen durchzuführen, bis der politische Charakter der DG geklärt sei. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) steht weiter hinter Hahn.

Verfassungsfeindlich?

Am 20. August beschloss die Landesregierung, bei der »Innenministerkonferenz« (IMK) ein Gutachten einzuholen. Derzeit sitzt Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) der IMK vor. Sein Ministerium – damals noch CDU geführt - schrieb 2010, die DG sei zwar kein »Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes«, die Behörde verfolge aber ihre »Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit, um zu prüfen, ob die Grenze zur verfassungsfeindlichen Bestrebung überschritten« sei. Pistorius ging auf Distanz zur DG: »(I)n Niedersachsen würde ich meinem Regierungschef wegen ihrer ideologischen Schnittmenge mit dem Rechtsextremismus nicht empfehlen, ein Amt so zu besetzen«. Hahns Gilde, die »Trutzburg Jena zu Göttingen«, zeigt exemplarisch Charakter und Funktion der elitären DG. Aus ihr erwuchsen Kader, die sich später an einflussreichen Positionen in unterschiedlichen Strömungen der Rechten wiederfinden – von der CDU (Hahn) über die »Neue Intellektuelle Rechte« (Karlheinz Weißmann) bis hin zur NPD (Andreas Molau).

Vereinsgründer

1984 stiegen Hahn und Weißmann in die Redaktion der »Phönix« ein, ein Theorieblatt in der Tradition der »Konservativen Revolution«. Doch 1986 stellte es sein Erscheinen ein. Ein Teil der Redaktion setzte die Arbeit in der 1988 gegründeten »Etappe« fort, darunter Hahn. Er behauptet nun, sich dort schon 1989 wieder »zurückgezogen« zu haben. Doch aus dem engsten Kreis der »Etappe« wurde ebenfalls 1988 der »Verein zur Förderung von Wissenschaft und Publizistik« (VFWP) gegründet. Ziel war die Förderung wissenschaftlicher Veranstaltungen und der Nachwuchspublizistik. »der rechte rand« hat nun die Vereinsunterlagen einsehen können. Von den sieben Gründungsmitgliedern waren sechs eng mit der »Etappe« verbandelt. Der stellvertretende Vorsitzende Heinrich Theodor Homann war Herausgeber, der zweite Stellvertreter Herbert Mengele wird auf der Website als Autor geführt. Unter den weiteren Vereinsgründern finden sich der erste Chefredakteur Peter John, der Mitarbeiter Andreas Raithel und die Autoren der »Etappe« Hans-Christof Kraus und Hahn selbst. Ob der Verein die Herausgabe der Zeitschrift begleitend unterstützen sollte, ist nicht eindeutig belegbar, doch die Parallelität der Personen und Veröffentlichungen auf der Website der »Etappe« legen das nahe. 1991 wurde der Verein dann aufgelöst. Laut Protokoll der letzten Versammlung am 16. Juni 1991 war es seit 1990 nicht möglich, ein »geeignetes Projekt zur Förderung« zu finden. Nur drei Mitglieder waren noch zur Auflösung erschienen, unter anderem Hahn als »Protokollant«.



^ *Unterschrift von Hahn*

Völkisch?

»Wären völkische Ideologien, Nationalismus oder völkischer Nationalismus das programmatische Fundament der DG, wäre ich nicht Mitglied dieser Verbindungen«, schrieb Hahn 2013. Angesichts der Vorwürfe lasse er seine Mitgliedschaft in der DG ruhen. Doch der langjährige Funktionär müsste es besser wissen. Denn in der »Salzburger Erklärung« von 1992 bekennt sich die DG zu »nationaler Überzeugung« und der »konstruktiven Rolle, die das deutsche Volk im europäischen und weltweiten Zusammenhang übernehmen« solle: »Dies schließt die tatkräftige Unterstützung des deutschen Volkstums ein, das außerhalb der Bundesrepublik Deutschland lebt. Die deutsche Einheit wurde um den Preis des schmerzlichen Verzichts auf die Ostgebiete und das Sudetenland erreicht.« Dagegen setzt die DG auf das Konzept der »Volksgruppenrechte«, das maßgeblich von »Vertriebenen« entwickelt wurde und der Idee individueller Menschenrechte entgegensteht. Ziel ist die Neuordnung Europas entlang der »Volksgruppen«, im Fokus stehen dabei »Deutsche« außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik. In einem programmatischen Aufsatz zu diesem Thema in »Criticón« (Nr. 142/1994) wurde Hahn deutlich: »Das größte Risiko liegt in dem parallelen Versuch, die Rechte der Volksgruppe mit jenen der Wanderarbeitnehmer in einen Topf zu werden (Anm.: Fehler im Original). Sei es, daß damit der Trend zugunsten kodifizierter Volksgruppenrechte unterbunden werden soll oder die Apologeten einer multikulturellen Gesellschaft hier einen idealen Ansatzpunkt sehen, um ihre Ideologie durchzusetzen. […] Die multikulturelle Gesellschaft zerstört letztlich den Kontext, in dem ein Volksgruppenrecht seinen Sinn entfaltet, weil sie darauf angelegt ist, jede Form gewachsener nationaler Kulturen aufzulösen und sie in der Beliebigkeit zahlloser Gruppen und Grüppchen aufgehen zu lassen.«

Kleine Freiheit

Drei Jahre nach der Gründung der bundesweiten rechtspopulistischen Partei »Die Freiheit« haben sich deren Aktivitäten überwiegend auf Bayern reduziert.

von Robert Andreasch



^ *Michael Stürzenberger in München*

Zwei Mal pro Woche steigt Michael Stürzenberger mit Megafon auf ein kleines Podest in der Münchner Fußgängerzone. Hinter ihm hängt eine Deutschlandfahne mit den aufgeklebten Slogans »Danke Thilo!« und »PI-News.net«. Daneben steht der Stand seiner Partei »Die Freiheit« (DF) mit den Aufschriften »Keine Moschee am Stachus – Unterschriften hier«. Die hier gesammelten Unterschriften sollen ein Bürgerbegehren erzwingen, das schließlich den Bau einer repräsentativen Moschee in München verbietet.

Den Erfolg soll der »Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie« einmal mehr die strategische Trias rechtspopulistischer Organisationen bescheren: Der antimuslimische Rassismus wird anhand eines lokalen Aufhängers – vordergründig mittels »demokratischem Engagement«, tatsächlich aber durch eine mit massiven Provokationen einhergehende Eskalationsstrategie – in die Praxis umgesetzt.

Weit über einhundert Mal haben der ehemalige CSU-Funktionär Stürzenberger und sein kleiner Kreis an SympathisantInnen in den letzten Monaten ihren rassistischen Hass mit Kundgebungen und Infoständen in die Münchner Stadtteile getragen. Nur ein einziges Mal bekamen sie dabei die Unterstützung der Bundespartei: Bei einer Aktion am 20. April 2013 auf dem Münchner Stachus trat der DF-Bundesvorsitzende René Stadtkewitz mit einer kurzen Rede auf. Stadtkewitz hat in Berlin durch Anti-Moschee-Aktivitäten eine gewisse Popularität erlangt. Anders als Krawall-Agitator Stürzenberger legt der ehemalige CDU-Politiker im Auftreten jedoch auf eine gewisse Zurückhaltung und »Seriosität« wert.

»Politically incorrect« (PI)-Stammautor Stürzenberger dagegen setzt sich in seinen sechs- bis achtstündigen Dauerreden wie in seinen PI-Artikeln regelmäßig über alle juristischen und moralischen Grenzen hinweg. Er repräsentiert schon allein durch seine Person und seine Position als bayerischer Landesvorsitzender und Beisitzer im Bundesvorstand die Muslimfeindschaft der kleinen Partei. »Islamkritik« und die Warnung vor »Ausländerkriminalität« und »Deutschenfeindlichkeit« bestimmen bei der DF oft die wenigen Aktivitäten in den Landesverbänden. Andere politische Standpunkte sind in der Partei bis heute weitgehend ungeklärt, insbesondere die für eine sich »volksnah« gebende rechte Partei wichtige Positionierung zu sozialen Themen.

Ein häufiges Merkmal rechtspopulistischer Organisationen ist die kurze Halbwertszeit ihrer Existenz beziehungsweise öffentlichen Präsenz. Im Falle der »Freiheit« hat sich, von München abgesehen, schon das gewöhnlich schnelle Aufblühen verlangsamt. So hat die DF zum Beispiel in den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen bis heute keine funktionierenden Landesverbände aufbauen können.

Absetzbewegungen

Die im Oktober 2010 in Berlin gegründete DF machte zuletzt bundesweit nur noch wenig auf sich aufmerksam und von der »Generation Freiheit«, der einst unter anderem von Christopher von Mengersen installierten Parteijugend, ist auch nichts mehr zu hören. Einige Mitglieder scheinen ihr Fähnchen mittlerweile in jedes neue zarte Windchen zu halten, egal, ob es sich unter dem Namen »German Defence League« (GDL) oder »Identitäre Bewegung« andeutet: Im Frühjahr protestierten in Hamburg noch DF-AnhängerInnen mit der »Pro-Bewegung« und anderen gegen die Nutzung der ehemaligen Kapernaumkirche als Moschee und gegen den Staatsvertrag mit einigen Islamverbänden (s. drr Nr. 143). Dass einige Hamburger »Die Freiheit«-Funktionäre seitdem zur »Alternative für Deutschland« (AfD) wechselten oder im neuen »Konservativ-Freiheitlichen Kreis« tätig sind, ist kein pfiffiger Unterwanderungsversuch einflussreicher DF-Strategen, sondern vielmehr ein Anzeichen für längst stattfindende Abwanderungs- und Absetzungsbewegungen.

Es scheint, als könnte die DF mit ihrem bundesweiten Anspruch zerrieben werden: zwischen der rechtspopulistischen Konkurrenz aus PRO-Gruppen, »Bürger in Wut«, »Republikanern« und rechten »Freien Wählern« einerseits sowie andererseits der AfD, die aktuell mehr mediale Aufmerksamkeit, sichere Wahlerfolge und lohnende Pöstchen verspricht. Eine Unterstützung durch »Junge Freiheit«, »Institut für Staatspolitik« (IfS) und andere Netzwerke der ›Neuen Rechten‹ hat sich die DF nicht zuletzt durch Stürzenbergers in der Szene umstrittenen Auftritt auf dem IfS-»Zwischentag« in Berlin im Jahr 2012 weitgehend verbaut (s. drr Nr. 139).

Bei der Landtagswahl in Niedersachsen erhielt die DF im Januar 2013 0,3 Prozent der Zweitstimmen. Der Größenwahn der »Freiheit« ist trotzdem nicht gestutzt. Der bayerische Landesverband sammelte im Sommer 2013 über 2.000 Unterschriften, um bei den Landtagswahlen im September 2013 wenigstens im Bezirk Oberbayern auf dem Wahlzettel zu stehen. Stürzenberger will mit der DF bei der Kommunalwahl im Frühjahr 2014 kandidieren und ins Münchner Stadtparlament einziehen. Die Kombination aus Wahlkampf und einem gleichzeitigen lokalen, Anti-Moschee-Bürgerentscheid könnte in der Tat eine gefährliche Mischung ergeben. Bisher hat die Hetze von Stürzenberger und Co in München allerdings weitaus mehr Menschen empört als überzeugt: mit der Israelitischen Kultusgemeinde sowie evangelischer und katholischer Kirche führen mittlerweile diejenigen, die ursprünglich wichtige Zielgruppen der antimuslimischen und DF-Agitation sein sollten, die regelmäßigen Proteste gegen »Die Freiheit« mit an.

Die »Europa-Idee«

Seit 2010 schart die »Europäische Aktion« RevisionistInnen und HolocaustleugnerInnen um sich. Mit ihrem radikalen Revisionismus und Rassismus gibt sie sich gern wichtiger und internationaler, als sie tatsächlich ist.

von Nina Juliane Rink

Zwei junge Männer in weißen Hemden und Trachtenhosen trommeln konzentriert, während vor ihnen die Nationalfahnen der europäischen Länder arrangiert werden. Auf dem Programm steht noch das gemeinsame Singen des »Europa-Liedes«, Musik und Volkstanz, ein bisschen Folklore. Den weitaus größeren Teil der Veranstaltung nehmen jedoch wirre Reden ein, die mit einer wilden Mischung aus antisemitischer und rassistischer Hetze, Verschwörungstheorien und revisionistischen Äußerungen die ganze Bandbreite extrem rechter Ideologien bedienen.



^ *Europäische Sprüh-Aktion gegen Wahlplakat der Partei Die Linke*

So oder so ähnlich stellt sich die »Europäische Aktion« ihr »Europa-Fest« vor, das sie für den 14. September 2013 zum dritten Mal »im deutschsprachigen Raum« plant.

Neue alte Ideen

Die »Europäische Aktion« (EA), auf deren Einladung hin getagt wird, sieht sich als »Bewegung zur politisch-kulturellen Erneuerung [ganz] Europas«. Ein Blick auf die Führungsriege der EA – Bernhard Schaub für die Schweiz und Dr. Rigolf Hennig als »Gebietsleiter« Deutschlands – legt nahe, dass es hier nicht primär um das Tradieren von Volkstänzen geht. Bernhard Schaub, der 1992 seinen Arbeitsplatz wegen revisionistischer Äußerungen verlor, gründete unter anderem mit Ursula Haverbeck und Horst Mahler 2003 den »Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten« (VRBHV), ein internationaler Zusammenschluss von HolocaustleugnerInnen. Schaub und Haverbeck arbeiteten auch im »Collegium Humanum« zusammen, das zeitgleich mit dem VRBHV 2008 verboten wurde. Die Kontakte aus dieser Zeit setzen sich fort. Arnold Höfs, mit dem Schaub und Haverbeck 2006 die berüchtigte »Holocaust-Konferenz« in Teheran besuchten, war VRBHV-Schatzmeister und bekleidet heute dieselbe Funktion bei der EA. Hennig war ebenfalls schon im VRBHV aktiv und publiziert genauso wie Haverbeck und Höfs in der revisionistischen Zeitung »Stimme des Reiches«. Seine Tätigkeit für die NPD im Kreis Verden gab er Anfang des Jahres aus gesundheitlichen Gründen auf.

Die EA wurde 2010 unter dem Namen »Bund Freies Europa« gegründet und schart seitdem MitstreiterInnen aus extrem rechten Kreisen um sich. Die Organisation unterteilt sich in Zentralsekretariat, Landesleitung und Stützpunktleitungen, wobei sich die Aktivitäten auf den deutschsprachigen Raum konzentrieren. In Frankreich schloss sich mit »Terre et Peuple« um den neurechten Ideologen Pierre Vial eine bereits bestehende Struktur der EA an.

Laut eigenen Angaben existieren außerdem Abteilungen in Großbritannien, Spanien, Portugal sowie in Russland, Weißrussland und Bulgarien. Diese scheinen aber oft eher nur durch einzelne Personen auf dem Papier vertreten zu sein, jedenfalls sind sie selbst auf der Seite der EA kaum wahrnehmbar. Eine Einschätzung, wie groß der Kreis der Mitglieder tatsächlich ist, fällt schwer, auch im Hinblick darauf, dass anonyme Mitarbeit oder bloße finanzielle Unterstützung ebenso wie aktive Teilnahme erwünscht sind. »Die EA ist kein Verein und keine Partei. […] Wir sind eine Bewegung – aber eine organisierte Bewegung«, so Schaub in seinem 2011 veröffentlichten Buch »Die Europäische Aktion«. Grundlage für die Zugehörigkeit zu dieser Bewegung sei die Anerkennung der sogenannten »Sieben Ziele«, die Schaub und Hennig ausgiebig bei jeder sich bietenden Gelegenheit vor interessiertem Publikum referieren: 2013 unter anderem bei »Die Rechte Hamm«, den »Freien Kräften München« oder der Jahrestagung der »Russlanddeutschen Konservativen«.

Sieben Ziele

Ganz oben auf der Wunschliste steht die »Wiederherstellung der freien Rede«, indem die Gesetze abgeschafft werden, welche die Leugnung des Holocaust unter Strafe stellen. Schaub knüpft hier an seine Aktivitäten im VRHBV und im »Collegium Humanum« an: »Die freie Holocaust-Forschung zu unterstützen, ist […] nichts Geringeres als ein Beitrag dazu, den Dritten Weltkrieg zu verhindern.« Daran anschließend könnten die weiteren Ziele wie »Abzug aller fremder Truppen«, »staatliche Selbstbestimmung [der] BRD und der BRÖ« und »Repatriierung außereuropäischer Einwanderer« in Angriff genommen werden – bei der Agitation gegen eine vermeintlich noch bestehende »alliierte Besatzung« und der Forderung nach Abschiebung handelt es sich um konventionelle Parolen der extremen Rechten. Als Gegenentwurf zur Europäischen Union schlägt die Organisation »europäische Eidgenossenschaft« vor. Die Befreiung Europas läuft unter dem Motto »Reconquista – Rückeroberung!«. Der Bezug auf die »Rückeroberung Spaniens« durch christliche Truppen im Mittelalter scheint aktuell in der Szene en vogue zu sein, die »Identitären« verwenden ihn ebenfalls.

Zur Ergänzung oder Bestätigung der »Sieben Ziele« werden Texte anderer revisionistischer, rassistischer und antisemitischer AutorInnen herangezogen, so wie die »ethnosozialistischen« Auffassungen von Pierre Krebs, einem Theoretiker der französischen »Neuen Rechten«.

Die »weiße Rasse« Europas lebe, zurückgedrängt von einem »eurasisch-negroiden Menschenbrei«, wie es Hennig formuliert, unter dem »Diktat



^ *Rigolf Hennig als Redner 2012 in Bad Nenndorf*

einer raumfremden Machtgruppe«, so Schaub. Nicht nur Europa, auch der Rest der Welt werde von der »amerikanisch-zionistischen Politik« kontrolliert und gesteuert. Mehr oder weniger dezente antisemitische bis verschwörungstheoretische Anspielungen dieser Art finden sich in nahezu allen Texten und Videos der EA.

Das »deutsche Reich« und die Welt – Pläne für die »Neue Zeit«

Mit Ende der »alliierte[n] Vormundschaft« könne die »Abwicklung der BRD« in Angriff genommen werden, lässt die EA im Netz verlautbaren. Ziel ist die Wiederherstellung des deutschen Reiches, eine revisionistische Träumerei, die Hennig auch schon mal auslebt, wenn er sich selbst als »Reichsbürger« betitelt. Die Ablehnung der BRD und die Aberkennung ihrer staatlichen Souveränität sind in der extremen Rechten weit verbreitet.

Die anschließende »Neuordnung Europas« mit »innen- und kulturpolitischer Selbstbestimmung für die Völker und Volksgruppen« bringt das Konzept der »Europäischen Eidgenossenschaft« ins Spiel. Es unterscheidet sich von dem des »Europas der Vaterländer«, das hierzulande breite Zustimmung in der extremen Rechten erfährt, dahingehend, dass die Staaten außenpolitisch ihre Souveränität abgeben und einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik zustimmen. Diese Überlegungen erklären auch den starken gesamteuropäische Bezug und die Rolle Russlands.

Aus geostrategischen Gründen, vorrangig zur Sicherung der Außengrenzen, aber auch zum Zweck des »kulturellen Austauschs« komme Russland eine besondere Stellung zu, wie Schaub in seinem Buch »Die Europäische Aktion« ausführt: »Russland und Europa sind zwei Brüder, die Rücken an Rücken stehen und während der kommenden Kampfphase die gemeinsame Menschenart und Kultur verteidigen müssen.«

Kampf um die Köpfe

Der Export dieser Ideen solle die »Neuordnung Europas« vorbereiten. Schwerpunktmäßig bestehen die Aktivitäten der Europäischen Aktion bisher aus der Organisation von Veranstaltungen, um extrem rechte Kräfte zu gewinnen und um künftige Führungskader zu werben. Auch wenn von »Parteiarbeit in einem besetzten Land«, wie es Schaub konsequenterweise formuliert, eigentlich nichts zu halten sei, trat die EA beispielsweise am 13. Juli 2013 in Freising mit der NPD zusammen auf Demonstrationen auf oder organisierte gemeinsam mit der JN den »Südwestdeutschen Kulturtag« am 13. April 2013.

Mit Plakat- und Flugblattaktionen soll zudem die »unaufgeklärte« Öffentlichkeit informiert werden. Hennig wandte sich mit der Zeitung »Europa ruft« vor allem an »ältere Menschen, die keinen Rechner haben«. Die »Stützpunkte« in NRW und München/Oberbayern sind hingegen auch auf Facebook zu finden und verbreiten dort neben den offiziellen EA-Beiträgen antisemitische, rassistische oder antimuslimische Inhalte anderer Gruppen wie der »Bürgerinitiative Ausländerstopp« oder »Freies Netz Süd«.

Propaganda mit Stil

Als besonderes »Parade-Beispiel« lobte das Zentralsekretariat die EA-Kampagne im Fürstentum Liechtenstein unter Stützpunktleiter Oliver Hasler. Dort verteilten AnhängerInnen flächendeckend Flugblätter an Haushalte, klebten Plakate und platzierten Luftballons mit dem Kreuzsymbol der EA. Hilfreich bei dieser verhältnismäßig aktionistischen Form dürften hier die Verbindungen der lokalen Gruppe zur »Volkstreuen Jugend Fürstentum Liechtenstein« (VJFL), einer freien Kameradschaft, gewesen sein.

Diese »ausgefallenen« Aktionen seien begrüßenswert, um die Organisation bekannt zu machen, räumt Schaub in einem Leitbrief 2012 ein. Alles steht unter der Maßgabe, einen seriösen Eindruck zu machen; der Handlungsrahmen wird zudem dadurch abgesteckt, dass Äußerungen und Aktionen juristisch nicht anfechtbar sind.

Die Führungsriege der EA sieht sich ohnehin nicht als Straßenkämpfer, eher als intellektuelle Elite.

In einem Brief an den Verfassungsschutz geben sich Schaub, Hennig und Dr. Hans Berger, seines Zeichens Gebietsleiter Österreichs, verhandlungsbereit: »Wir […] bieten Ihnen gerne ein Gespräch auf Führungsebene an, um Ihnen zu erläutern, wie wir uns einen geordneten Übergang vom Provisorium BRD zu […] einer Europäischen Eidgenossenschaft vorstellen.« Großzügig ließ Schaub in einer Festrede 2011 verlauten, das Ganze lasse sich »grundsätzlich auf friedlichem Wege lösen«.

Erfolg bleibt fraglich

Schaub und Co sehen die »Europäische Aktion« als »Plattform«, um »die guten Kräfte« in einer rechten Bewegung zu sammeln, an deren Spitze sie selbst stehen. Mit einer ordentlichen Portion Größenwahn stellen sie ihr Konzept als einzig überzeugendes heraus. So bezeichnet Hennig die »Alternative für Deutschland« (AfD) zwar als »Hoffnungsträgerin«, aber als unfähig, »[…] den offenen Angriff auf das System […] auf sich zu nehmen.« Die »Identitären« wiederum hätten zwar gute Ideen, aber keine tragfähige Organisation. »Es ist erstaunlich, mit wieviel Hingabe und rhetorischem Geschick Bernhard Schaub die jungen Herzen der Freiheitsbewegung begeistern kann«, berichtete ein Zuhörer von einer JN-Veranstaltung zum Jahreswechsel 2013. Ähnliche Gefühle dürften die Vorträge wohl noch bei einigen Freien Kameradschaften, VerschwörungstheoretikerInnen, RevisionistInnen, HolocaustleugnerInnen und völkisch-rassistischen Splittergruppen auslösen. An eine konservative Rechte sind die Ideen der EA trotz ihres Bezugs auf die französische ›Neue Rechte‹ aufgrund akuter Demokratiefeindlichkeit und Holocaust-Leugnung ohnehin schwer vermittelbar. Aktionistisch ausgerichtete Kameradschaften dürften sich an den engen Handlungsvorgaben stören. Und auch wenn Kontakte zur NPD und zu deren angegliederten Organisationen vorhanden sind, bleibt fraglich, ob diese auf den legalen Status der Partei verzichten würden, um sich zu Gunsten der ›Vorturner‹ Schaub und Hennig der EA anzuschließen. Eine geplante enge Zusammenarbeit mit anderen europäischen »Völkern« und Russland ist in der extremen Rechten Deutschlands nicht unbedingt üblich und zudem ist die gemeinsame Außenpolitik in der angestrebten »Europäischen Eidgenossenschaft« eine Forderung, die viele »KameradInnen« eher befremden wird.

Der gefeierte Kriegsverbrecher

Zum 100. Geburtstag des ehemaligen SS-Offiziers Erich Priebke übten sich Neonazis in Italien und Deutschland in Provokation und blindem Aktionismus. Für sie ist der Kriegsverbrecher eine wichtige Identifikationsfigur, weil er für eins der schlimmsten Massaker im von Deutschland besetzten Italien verantwortlich ist.

von Björn Resener



^ *Neo-Nazis in Solidarität mit Alt-Nazi Priebke*

Am 23. März 1944 führten kommunistische Widerstandskämpfer in Rom eine Aktion gegen die deutschen Besatzungstruppen durch, bei der 33 deutsche Soldaten ihr Leben ließen. Der Partisan Rosario Bentivegna zündete bei der wöchentlichen Machtdemonstration des SS-Polizei-Bataillons »Bozen« eine Bombe in der Via Rasella und andere Kämpfer der »Gruppo Azione Patriotica« (GAP) nutzten den Schock, um das Feuer auf die orientierungslosen Nazis zu eröffnen.

Als Vergeltungsmaßnahme sollten für jeden getöteten Deutschen zehn Italiener sterben. Und so wurden tags darauf in den Ardeatinischen Höhlen 335 Zivilisten erschossen. 195 Opfer waren bereits Geiseln des Sicherheitsdienstes (SD) der SS und 55 saßen als politische Gefangene in italienischen Gefängnissen, während 75 Männer allein wegen ihrer jüdischen Herkunft ausgewählt und zehn weitere Opfer willkürlich auf der Straße aufgegriffen wurden. Erich Priebke war für die Namensliste zuständig. Doch erst nach der Massenexekution will er festgestellt haben, dass fünf Gefangene mehr getötet wurden als ursprünglich angeordnet.

Vor Gericht gab der ehemalige SS-Offizier Jahre später zu, zwei Menschen selbst erschossen zu haben. Francesco Polcaro von der italienischen PartisanInnenvereinigung »Associazione Nazionale Partigiani d'Italia« (ANPI) behauptet, dass Priebke auch für verschiedene Folterverhöre und Morde im römischen SS- und Gestapo-Quartier in der Via Tasso verantwortlich ist. Trotzdem konnte er nach der Befreiung entkommen und bis 1994 im argentinischen Ort Bariloche leben, ohne auch nur seinen Namen zu ändern.

Als ihn schließlich ein US-Journalist entdeckte, wurde er nach Italien ausgeliefert. In erster Instanz freigesprochen, erhielt er erst 1998 eine lebenslange Haftstrafe, die schon ein Jahr später in Hausarrest umgewandelt wurde. Unter dem Vorwand in der Kanzlei seines Anwalts zu arbeiten, konnte Erich Priebke die Wohnung aber regelmäßig verlassen. Mehrfach wurde der Hausarrest gelockert. So machte erst wenige Tage vor seinem 100. Geburtstag ein Video Furore, das ihn in Begleitung zweier Bodyguards und seiner Betreuerin beim Spaziergang durch die italienische Hauptstadt zeigt.

Sein Fall ist nicht nur wegen des Massakers in den ardeatinischen Höhlen von Bedeutung, denn bei der Prozessvorbereitung stieß der Militärstaatsanwalt Antonino Intelisano im Sitz der Militäranwaltschaft in Rom durch Zufall auf Tausende vergilbte Akten. Der Fundort ging als »Schrank der Schande« in die italienische Geschichtsschreibung ein, da er 2.274 »provisorisch archivierte« Fälle von in Italien verübten NS-Kriegsverbrechen enthielt. So lösten die Recherchen zu Erich Priebke eine Serie weiterer Gerichtsprozesse aus.

Am 29. Juli 2013 feierte Priebke seinen 100. Jahrestag. Der »Freundeskreis-Erich-Priebke« und die »Kameradschaft Zweibrücken« nahmen das Jubiläum zum Anlass, um zu versuchen, mit einer Demonstration vor das italienische Konsulat ziehen. GegendemonstrantInnen konnten das verhindern.

In Rom wurden sieben Aktivisten der »Gruppe Militia« festgenommen, die mit einem Transparent vor dem Haus des Jubilars auftauchten. Die Neonazis um Maurizio Boccacci waren sicherlich auch für die Großplakate und Graffiti verantwortlich, die wenige Tage zuvor in verschiedenen Vierteln der italienischen Hauptstadt angebracht worden waren und Bezug auf den bevorstehenden Geburtstag von Erich Priebke nahmen. Dabei beschmierten die NS-Nostalgiker unter anderem den Sitz der italienischen PartisanInnenvereinigung ANPI mit Hakenkreuzen und Glückwünschen an den ehemaligen SS-Offizier.

Als einer der wenigen noch lebenden NS-Täter ist Erich Priebke für Neonazis eine wichtige Identifikationsfigur. Er hat bis heute nie ein Zeichen der Reue gezeigt und sieht sich selbst als Opfer einer jüdischen Verschwörung. So behauptete er einst in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung, dass die »Drahtzieher der Inszenierung« gegen seine Person »die Wiesenthal-Zentren« seien.

Vor diesem Hintergrund darf es nicht verwundern, dass sich an der weitestgehend szeneinternen Kampagne zur Freilassung von Erich Priebke sowohl Neonazis aus Deutschland als auch aus Italien, aus der Kameradschafts- und der RechtsRockszene, wie auch aus der NPD und ihrer Jugendorganisation JN beteiligen. Sie posieren mit Transparenten oder T-Shirts, auf denen die Forderung nach einer Amnestie prangt, schreiben Petitionen, oder sie besuchen den »Gefangenen« in Rom.

Priebke empfing bereits NPD-Vorstandsmitglied Ricarda Riefling in seinem Domizil, auch die JN-Bundesvorstandsmitglieder Michael Schäfer und Julian Monaco gehörten zu seinen Gästen. Der JN-Bundesvorsitzende Andy Knape besuchte ihn Anfang Juni diesen Jahres bereits zum zweiten Mal, nachdem er ihm schon im letzten Jahr persönlich zu seinem 99. Geburtstag gratulierte.

Der Zweck der Kampagne für den Kriegsverbrecher besteht jedoch nicht nur in der Unterstützung eines verurteilten Gesinnungsgenossen. Ihn als letzten Kriegsgefangenen Europas zu stilisieren, geschieht vielmehr aus geschichtspolitischem Kalkül. Auf diese Weise sollen die sogenannte Bandenbekämpfung, das heißt Massaker an der Zivilbevölkerung, und letztendlich auch der nationalsozialistische Vernichtungskrieg als scheinbar normales Kriegsgeschehen legitimiert werden.

Rassistische Polizei-Taktik

Die »stop and frisk«-Strategie (»stoppen und filzen«) der New Yorker Polizei ist laut der Entscheidung eines Bundesgerichts indirekt rassistisch. Sie verletze die in der US-amerikanischen Verfassung festgelegten Bürgerrechte von Minderheiten in der Stadt. Laut der »New York Times« teilte die Richterin Shira Scheindlin mit, die Polizei-Taktik sei ein indirektes »racial profiling«, also ein Handeln nach rassistischen Kategorien. In Nachbarschaften, in denen überwiegend Minderheiten wohnten, sei die Zahl der Personenkontrollen drastisch gestiegen. Polizeibeamte hätten seit Jahren regelmäßig »Schwarze und LateinamerikanerInnen kontrolliert, die nicht angehalten worden wären, wenn ihre Hautfarbe weiß gewesen wäre«. Höchste Stellen in der Stadtverwaltung hätten jahrelang weggeschaut. Einen vollständigen Stopp der Taktik forderte die Richterin allerdings nicht. Von unabhängiger Seite soll nun überwacht werden, ob die Polizei ihr Verhalten verändert. Das Urteil ist eine Schlappe für den amtierenden New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg, der die rassistischen Durchsuchungen verteidigt. Die Taktik ist seiner Meinung nach eine der zentralen Abschreckungsmaßnahmen in der Stadt. Das Leben tausender junger schwarzer und lateinamerikanischer Männer sei gerettet worden, indem Tausende Waffen auf den Straßen der Stadt beschlagnahmt worden seien.

Rassistische Kleinbusse

Das britische Innenministerium hat Ende Juni Kleinbusse durch Londoner Stadtviertel mit hohem EinwandererInnenanteil geschickt. Zu lesen war darauf: »Illegal in Großbritannien? Geh heim oder rechne mit einer Festnahme.« Daneben prangten Handschellen und die Anzahl der bereits stattgefundenen Festnahmen. Für eine »kostenlose Beratung« und »Hilfe mit den Reiseunterlagen« solle man per SMS das Wort »home« an eine eigens eingerichtete Nummer schicken. Die Werberegulierungsbehörde hat nach zahlreichen Beschwerden nun eine Untersuchung eingeleitet. Die »beleidigende und verantwortungslose« Kampagne erinnere stark an die Slogans rassistischer und extrem rechter Gruppierungen im Land. Nach Protesten in Zeitungen und im Internet fahren die Busse nicht mehr auf Londons Straßen. Dafür wird die Kampagne nun auf Handzetteln und Anzeigen in Lokalzeitungen fortgesetzt.

Brauner Totenkult

Im ungarischen Budapest soll am 12. Oktober 2013 ein Gedächtniskonzert für Joe Rowan, Sänger der US-amerikanischen Band »Nordic Thunder«, stattfinden. Das Hammerskin-Mitglied wurde am 1. Oktober 1994 nach einem Konzert bei einer Schießerei getötet. In Budapest sind neben den Bands »Worst Nightmare« und »Jogos Önvedelem« auch die deutsche Gruppe »Brainwash« angekündigt. Am 24. September jährt sich zudem zum 20. Mal der Todestag des »Skrewdriver«-Bandleaders Ian Stuart Donaldson. Konzerte sind unter anderem in Schweden, der Ukraine und Frankreich angekündigt.

Rechtsrock auf der »Gorch Fock«

ReporterInnen des NDR haben im April 2013 bei Dreharbeiten auf dem Marine-Schulschiff »Gorch Fock« zufällig gefilmt, wie Bundeswehr-SoldatInnen die RechtsRock Band »Kategorie C« hörten. Die Marine will nun ermitteln. Bereits 2010 geriet das Schulschiff wegen eines Todesfalles, Vorwürfen der sexuellen Belästigung und brutalen Ausbildungsmethoden in die Schlagzeilen. In Thüringen laufen derweil Ermittlungen gegen Hannes Ostendorf, den Sänger von »Kategorie C«. Bei einem Konzert in Sollstedt sollen volksverhetzende Lieder gesungen und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gezeigt worden sein. Die Polizei löste den konspirativ geplanten Auftritt auf und nahm die Personalien der rund 150 BesucherInnen auf. Die rechte Hooligan-Band will in den kommenden Monaten im Raum Berlin (28. September), Ostwestfalen/Lippe (2. Oktober) und zusammen mit der Musikgruppe »Pitbullfarm« bei einem »Weihnachtskonzert« im westlichen Ruhrpott (7. Dezember) auftreten.

Treffen des »Studienzentrum Weikersheim«

Das deutschnationale »Studienzentrum Weikersheim« (SZW) veranstaltet vom 13. bis 15. September 2013 auf dem namensgebenden Schloss in Baden-Württemberg seinen Jahreskongress. Neben den Weikersheimern Prof. Harald Seubert und Jost Bauch werden Vorträge von Michael Stahl aus Berlin, Erik Lommatsch aus Augsburg und Dirk Reitz aus Dresden angekündigt. Reitz ist der Landesgeschäftsführer des »Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge« in Sachsen. Am Sonntag sollen der evangelische Militärdekan a. D. Rolf Sauerzapf aus Remscheid und der katholische Weihbischof Andreas Laun aus Salzburg den Ökumenischen Gottesdienst in der Schlosskapelle zelebrieren. Sauerzapf war erster Vorsitzender des »Preußeninstituts e. V.« und damit Vorgänger von Seubert. Auch Laun passt zum SZW, warnte er doch 2006 im Interview mit dem österreichischen Magazin »Profil«: »Wenn Europa die eigene Bevölkerung ausrottet, wird es zu einem großen Altersheim. Es entsteht ein Vakuum, in das andere Völker einströmen.« Im Anschluss an den Gottesdienst ist eine Veranstaltung »Zum 100. Geburtstag von Hans Filbinger«, dem SZW-Gründungsvater, geplant. Nachdem im vorletzten Jahr Seubert zum Vorsitzenden des SZW gewählt wurde, befindet sich das deutschnationale »Studienzentrum Weikersheim« offensichtlich in wachsender Distanz zur CDU.

Rechtsaußen-Redakteur

Der Deutschlandfunk-Redakteur Bernd Kallina steht dem extrem rechten Milieu nahe, berichtet die »Süddeutsche Zeitung« (SZ) und fragt: »Darf so jemand bei den Öffentlich-Rechtlichen arbeiten?« Die Antwort: Ja, darf er. Denn der Fall ist seit Jahren bekannt. Kallina ist seit 1986 bei dem Radiosender beschäftigt und arbeitet zurzeit in der »Hintergrund«-Redaktion. Er war in den 1970er Jahren Medienreferent bei den »Jungen Nationaldemokraten«, der Jugendorganisation der NPD, und ist aktives Mitglied im Altherrenverband der »Münchner Burschenschaft Danubia«. Außerdem gehört er, so die SZ, dem extrem rechten »Witikobund« an.

Feindbild Polizei

von Alexander Lorenz

Im extrem rechten Denken spielt die Polizei eine erhebliche Rolle. Man schätzt das historische Vorbild, »die hierarchischen Strukturen, die Uniformierung und die Problemlösung durch Gewalt.« Sie gilt als Garant einer angestrebten nationalsozialistischen Ordnung. Parallel dazu hat sich, so die Ausgangsthese der Studie, die Haltung gegenüber PolizeibeamtInnen, StaatsanwältInnen und weiteren VertreterInnen der inneren Sicherheit während der letzten 20 Jahre deutlich ins Negative verkehrt. Engagierte ErmittlerInnen werden bedroht und attackiert; die Verfolgung rechter Straftaten als ›Gesinnungsjustiz‹ eines vermeintlichen ›Polizeistaates‹ diffamiert. Traurige Höhepunkte dieser Entwicklung bilden die Morde an fünf PolizistInnen durch Neonazis seit dem Jahr 1997. Bis heute werden die Täter innerhalb der Szene als Märtyrer im Kampf gegen die Bundesrepublik gehandelt. Lässt dieses Verhalten den Rückschluss auf ein »spezifisch rechtsextremes Feindbild Polizei« zu und, wenn ja, wie wird es artikuliert? Diesen zentralen Fragen geht die Autorengruppe, bestehend aus WissenschaftlerInnen und FachjournalistInnen, mit einer Analyse szenetypischer Medien der neonazistischen Rechten nach. So reicht die Spannbreite von zahlreichen Liedtexten des RechtsRockmilieus, über Internetseiten und Foren der Kameradschaftsszene bis hin zu zwei NPD-Zeitungen. Damit liegt zu diesem Thema erstmalig eine kompakte Darstellung vor, die sowohl die wesentlichen Bilder, Motive und Argumentationsmuster, als auch die inneren Widersprüche dieser Feindbildkonstruktion aufzeigt und einordnet. Das Fazit der Studie fällt dementsprechend eindeutig aus: Trotz strategischer Streitigkeiten innerhalb des ›Nationalen Widerstandes‹ wird mehrheitlich eine »unsachliche und überzogene Kritik« an polizeilicher Ermittlungsarbeit geteilt und reproduziert. In einer für die Szene »typischen Kultur der Selbstviktimisierung sieht sich die extreme Rechte als Opfer einer ungerechtfertigten politischen und polizeilichen Verfolgung und systematischen Ausgrenzung. Aus dieser Position heraus werden Straftaten und Selbstjustiz gerechtfertigt und eine in der Zukunft stattfindende (gewalttätige) Abrechnung angedroht bzw. prophezeit.«

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hrsg.): Feindbild Polizei. Wie reden Rechtsextreme über die Polizei? Potsdam: Eigenverlag, 2013, 55 Seiten, kostenfreier Download unter: http://www.mi.brandenburg.de/media_fast/4055/Feindbild%20Polizei.pdf

Rechte Euro-Rebellion

von Fabian Kunow

Den bei Redaktionsschluss vorliegenden Wahlprognosen für die anstehende Bundestagswahl folgend liegt die »Alternative für Deutschland« (AfD) bei 3 Prozent. Kommt die AfD nicht in den Bundestag, ist ihre Zukunft ungewiss. Als Andreas Kemper an seinem Buch »Rechte Euro-Rebellion – Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V.« arbeitete, wurden gerade erst die Landesverbände der AfD gegründet. Es stellt sich also die berechtigte Frage, ob Kemper mit seiner Publikation nicht etwas voreilig war.
Doch seine Mühe hat sich gelohnt, da er – egal wie die Wahl ausgeht – ein Netzwerk von konservativen und marktradikalen AktivistInnen vorstellt, das sich dem Kampf gegen die Euro-Politik der Regierung, gegen hohe Besteuerung von Reichen, gegen sozialstaatlich organisierte Gerechtigkeit und für rückschrittliche Familienbilder verschrieben hat. Dieses Netzwerk rund um verschiedene mittelständische Verbände, elitäre Vereine und neoliberale KampagnenmacherInnen beschreibt Kemper als ein deutsches Pendant zu der US-amerikanischen Tea-Party-Bewegung.
Kemper kommt bei seiner Beschreibung dieses Milieus des »verrohten Bürgertums« und seiner ProtagonistInnn zugute, dass er weder Parteienforscher ist noch sich mit der extrem Rechten beschäftigt hat. Eigentlich forscht er hauptsächlich über Klassismus, das Festschreiben von sozioökonomischen Unterschieden und der Diskriminierung von statusniedrigen Gruppen. Genau diese Ziele verfolgen diejenigen, welche zur Gründungsgeneration der AfD und ihrer Vorläufer gehören. Beispielhaft dafür ist das Ehepaar Sven und Beatrix von Storch, das sich nach dem Zusammenbruch der DDR für die Rückgabe der alten Junkerländereien einsetzte. Heute ist Beatrix von Storch Spitzenkandidatin der »Alternative für Deutschland« in Berlin. Nicht zufällig tragen viele AktivistInnen aus diesem Umfeld ein »von« im Namen. Ziel dieser Leute ist es, bestehende Statusunterschiede und ökonomische Ungleichheit zu rechtfertigen und zu ihren Gunsten auszubauen, egal ob innerhalb Deutschlands oder zwischen Staaten in der EU.
Diese IdeologInnen der sozialen Ungleichheit in den Fokus – wenigsten der Fachöffentlichkeit – zu bringen, ist das Verdienst von Kemper.

Andreas Kemper: Rechte Euro-Rebellion – Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V. Münster, Edition Assemblage, 2013, 120 Seiten, 12,80.

Wider der Normalität

von Andreas Speit

»Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen« – der knappe Titel des Sammelbandes, herausgegeben von Bodo Ramelow, könnte kaum deutlicher die herausgearbeiteten Aussagen zusammenfassen. Nach knapp eineinhalb Jahren des Auffliegens des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) bestehend aus Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe und nach gut vier Monaten Gerichtsverhandlung gegen Zschäpe und vier Helfer bündelt der Band nicht nur bekannte Fakten, er liefert auch neue Informationen. In 29 Beiträgen gehen die AutorInnen der Entwicklung des NSU nach, zeigen Netzwerke von UnterstützerInnen auf und stellen rechte Terrorpapiere als »Blaupausen des NSU« vor. In diesem Kapitel wird angedeutet, was in weiteren Kapiteln verdichtet wird: Die Rolle der Geheimdienste bei extrem rechtem Terror. Hier gehen die AutorInnen stark auf die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zum NSU ein. Nicht bloß Gerd Wiegel konstatiert, dass der Bundestagsuntersuchungsausschuss trotz Bemühungen der Geheimdienste, vieles geheim zu lassen, »Ungeheuerliches« aufdeckte. Aufgeklärt ist noch lange nicht alles, so Wiegel. Mangelnden Aufklärungswillen der Zuständigen stellen die AutorInnen ebenso in denjenen Ländern fest, wo der NSU Menschen tötete oder UnterstützerInnen hatte. Die AutorInnen des Bandes, der mehr als nur ein Folgeband von »Made in Thüringen?« ist, betonen, dass die Verfassungsschutzbehörden den Fakten gemäß Teil des Problems seien und abgeschafft werden sollten. Diese Forderung missfällt nicht nur in der Politik. »Aus der linken Giftküche«, wettert die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« über den Band. Dass das Gebräu allerdings nicht die AutorInnen ansetzten, wird ignoriert. Die AutorInnen legen dar, so zum Beispiel Kerstin Köditz, dass nicht nur schlicht »Dienst nach Vorschrift« gemacht wurde, sondern, so Sabine Berninger, die Ermittlungen auch durch »rassistische« Einstellungen beeinträchtigt wurden. Auch den Rassismus in der Mitte der Gesellschaft und die Folgen davon zeigen sie auf. Petra Pau hebt hervor, was AnwältInnen der Betroffenen auch beklagen, die mangelnde gesellschaftliche Auseinandersetzung: »Das NSU-Desaster war für manche offenbar nur ein TV-Thriller. Zum Schluss waren die Bösen tot, die Guten haben obsiegt und alles geht ›seinen geregelten Gang‹. Wie gehabt. Als sei nichts gewesen«. Der Sammelband wirkt dieser Normalität entgegen.

Bodo Ramelow (Hrsg.): Schreddern, Spitzeln. Staatsversagen. Hamburg: VSA-Verlag, 2013, 238 Seiten, 12,80 Euro.

der rechte rand ist ein Magazin von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 18,- Euro (Inland) mit Lastschriftverfahren,
20,- Euro ohne Lastschriftverfahren
Abo der rechte rand, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift der rechte rand bis auf Widerruf.
Ab der nächsten Ausgabe möchte ich für 6 Ausgaben ein
[ ] Inlandsabo für 18,- Euro
[ ] Auslandsabo für 25,- Euro
[ ] Soli Inlandsabo für 25,- Euro
[ ] Super Soli Inlandsabo für 50,- Euro bestellen.
Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind umgehend mitzuteilen.

Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Dieses Formular ist nur mit Unterschrift, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an die oben genannte Adresse oder per Mail an: abo@der-rechte-rand.de schicken.
Danke für die Bestellung und viel Spaß beim Lesen.
Redaktion
der rechte rand

Name ____________________ E-Mail-Adresse ________________________
Anschrift ____________________ Unterschrift ________________________

Photos

Hans Schlechtenberg (Seiten 1, 8)
Christian Ditsch/version-foto.de (Seiten 3, 7)
Robert Andreasch (Seiten 19, 29)
Wikipedia - Mef.ellingen (Seite 25)

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Herausgeber: Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr. 16, 30161 Hannover

Postanschrift und Aboverwaltung:
Magazin der rechte Rand
Postfach 304180, 20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.